Nr. 209. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 7. September 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des vorjährigen Parteitages findet der diesjährige in Stuttgart statt.

Auf grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Montag, den 3. Oktober

nach **Stuttgart** in den Dinkelacker'schen Saalbau, Hohenstaufen- und Tübingerstraße, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Montag, den 3. Oktober, morgens 9 Uhr und die folgenden Tage:

1. Konstituirung des Parteitages. Wahl des Bureaus. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes.
   Berichterstatter: J. Auer und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrolleure.
   Berichterstatter: H. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
   Berichterstatter: E. Wurm.
5. Die Maifeier 1899.
   Berichterstatter: W. Pfannkuch.
6. Die deutsche Zoll- und Handelspolitik.
   Berichterstatter: M. Schippel.
7. Anträge zum Programm und zur Organisation.
8. Sonstige Anträge.

Für Sonntag, den 2. Oktober, ist seitens der Stuttgarter Parteigenossen eine Empfangs- und Begrüßungsfeier vorgesehen. Dieselbe findet nachmittags 3 Uhr, im

Zirkus, Marienplatz, statt.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorarbeiten zu treffen, insbesondere die Wahl der Delegirten und die Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge müssen spätestens den 15. September in den Händen des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW, Katzbachstr. 9 I

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts" veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, falls sie zur Veröffentlichung und Berathung gelangen sollen.

Die Adresse des **Lokalkomitees** ist:

Karl Sperka, Stuttgart, Weißenburgstr. 10.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mittheilung zu machen, damit dieses in bezug auf Quartier ꝛc. die nothwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare, mit deren Versendung am 1. September begonnen wird, sind durch das Parteibureau, Adresse

J. Auer, Berlin SW., Katzbachstr. 9 I

zu beziehen.

Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts" noch in der dem Parteitag vorzulegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitage entweder persönlich zu vertreten oder durch befreundete Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitages in der Presse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

Berlin, den 18. August 1898.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Der 31. Gewerkschaftskongreß.*)

London, 3. September.

Die englischen Gewerkschaftskongresse der letzten Jahre werden in der sozialen Geschichte Großbritanniens einen viel wichtigeren Platz einnehmen, als die Presse ihnen zu gewähren jetzt geneigt ist. Wo der modern proletarische Gedanke sich nicht in eignen machtvollen Organisationen ausspricht, sondern bestehende, älteren Perioden angehörende Arbeiterverbindungen durchdringt und umgestaltet, da wird man seinen Vormarsch im Wollen und Denken der Gewerkschaftskongresse zu beobachten haben. Aeußerlich dieselben, wird ihr Inhalt immer neuer und revolutionärer.

Ich habe hier nicht die Frage zu entscheiden, was einer entstehenden, zukunftsreichen Klasse besser nütze: sich von den alten Gewohnheiten und Gedanken mit einem Schlage trennen und den alten politischen Rahmen durchbrechen, oder aber das geistige und moralische Erbe langsam überwinden und so zu sagen, sich unter der alten Hülle ungesehen entwickeln. Soweit ich sehen kann, wurde diese Frage nicht durch bewußtes Denken, sondern durch die gegebenen sozialen und politischen Verhältnisse gelöst. Das kontinentale Proletariat befolgt die erstere Methode, das englische Proletaritat die letztere. Die politischen Einrichtungen Englands gestatten es eben dem Proletariate, sich unter der alten Hülle eine Zeit lang weiter zu entwickeln.

Daraus ergeben und erklären sich die Widersprüche, die wir in der englischen Arbeiterbewegung sehen: sozialistische Wähler und bürgerliche Abgeordnete, sozialistischer Geist in so vielen lokalen und staatlichen Maßnahmen, die von Nichtsozialisten durchgeführt werden; sozialistische Resolutionen der Gewerkschaften und eine reaktionäre Exekutive.

Und daraus die Komik so mancher Vorgänge auf dem soeben verflossenen Gewerkschaftskongresse in Bristol. Ein Lord Mayor und ein Geistlicher begrüßen den Kongreß, dessen Präsident eine ausgezeichnete sozialistische Rede hält; da vertritt eine Resolution den Bimetallismus, doch verlangt eine andere die Vergesellschaftung der Produktionsmittel; Gladstone, der todte Arbeiterfreund, wird gefeiert, und darauf beschließt man die Nothwendigkeit des gesetzlichen Achtstundentages und der internationalen Verbindung des Proletariats, — es ist ein Gährungsprozeß, in dem das Alte sich auflöst und Neues, Lebenskräftiges entsteht. Noch eine liberale Regierung und der Tanz wird losgehen. Die junge Arbeitergeneration, deren sozialistisches Denken in der Rede des Kongreß-Präsidenten so klaren und schönen Ausdruck gefunden hat, wird die Stelle der klugen Mawdsley und Burt, der Knight und Woods übernehmen. Die Enkel der Chartisten werden Englands Arbeiterklasse befreien. Das scheint mir die Lehre des 31. Gewerkschafts-Kongresses zu sein, der zu den wichtigsten Kongressen gezählt werden muß. — Als die Gewerkschaften vor genau zwanzig Jahren ihren Kongreß in Bristol abhielten, da waren 136 Delegirte anwesend, die 114 Vereinigungen mit 623 957 Mitgliedern vertraten. Heuer waren dort 430 Delegirte, geschickt von 186 Vereinigungen mit über 1 250 000 Mitgliedern. Außerdem waren zwei amerikanische, ein australischer und zwei japanesische Delegirte anwesend. Der Fortschritt ist indeß bedeutender als man aus den gegebenen Zahlen ersehen könnte. Nach der neuen Kongreßordnung, angenommen in Kardiff 1895, werden nur wirkliche Arbeiter und im Dienste der Gewerkschaft stehende und bezahlte Beamte als Delegirte zugelassen; Gewerberäthe (Trades Councils) sind von den Kongressen ausgeschlossen, so daß Doppelvertretungen jetzt unmöglich sind. Der Gewerkschaftskongreß war also im vollsten Sinne des Wortes ein Handarbeiter-Kongreß. Und doch übertraf er alle seine Vorgänger an Gedankenreichthum und praktischen Vorschlägen. Nach beiden Richtungen hin ist der Klassencharakter der Bewegung schärfer denn je zum Ausdruck gelangt.

Den Mittel- und Glanzpunkt des Kongresses bildete die Eröffnungsrede des Kongreßpräsidenten O'Grady. Dieser, ein junger Mann von 32 Jahren, ist Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes in Bristol. Sein Vater war Dockarbeiter. Seine Rede zeigt den Höhegrad der geistigen Entwickelung der jüngeren Arbeitergeneration Englands. Wenn wir uns bei dessen Rede etwas länger aufhalten, so geschieht es nur, um zu sehen, was die Vorhut des englischen Proletariats denkt und wohin sie gehen will. Und die englische Arbeiterbewegung ist eine der wichtigsten Kräfte in der Geschichte der modernen Kultur. Nachdem O'Grady die tiefen Uebel der Kinderarbeit musterhaft beleuchtet und energisch verurtheilt hatte, überging er zu den industriellen Kämpfen des letzten Jahres und zum eigentlichen Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Er sagte:

„Seit dem letzten Kongresse kam ein Kampf zu Ende, der so schloß, wie wir es befürchtet hatten. Zum erstenmale in der Geschichte unserer Bewegung hatten wir einer Riesenverbindung des militärisch geleiteten Kapitals zu begegnen, dessen Absicht es war, die Gewerkschaftskräfte zu lähmen, wenn nicht ganz zu vernichten. Die Lehren, die wir aus dem Maschinenbauerstreik zu ziehen haben, sind klar. Was dieser Kampf bewiesen hat, ist die absolute Nutzlosigkeit, durch die gewerkschaftliche Aktion allein etwas erreichen zu wollen. Das Resultat dieses Kampfes ist die beste und vollständigste Antwort an unsere sogenannten Freunde (pseudo friends), die uns liebevoll auf die Schulter klopfen, unseren männlichen Unabhängigkeitssinn preisen und uns den Rath geben, auf uns selbst und nicht auf den Staat zu vertrauen. Die Bergarbeiter-Föderation hat schon vor Jahren die Lektion erhalten, daß der Weg zum Achtstundentag durchs Parlament führt. Die Sache der Maschinenbauer war unwiderlegbar. Und doch! Trotz aller Vernunftgründe und Thatsachen, aller Anstrengungen und Leiden stehen wir heute genau dort, wo wir vor dem Kampfe gestanden hatten. . . . Nein! Die Leiden und Opfer waren nicht vergeblich. Sie haben der Bewegung für Einführung des Achtstundentages durch Gesetz einen stärkeren Stoß nach vorwärts gegeben, als lange Jahre ruhiger Propaganda-Arbeit hätten geben können. Für diese Lehre sind wir den Maschinenbauern zu Dank verpflichtet. Diese Erfahrung ist das Gewinnkonto ihres Kampfes." Redner bespricht dann die Frage der Gewerkschaftsföderation und kommt zum eigentlichen Ziele der Arbeiterbewegung. Und hier bitten wir unsere Leser, die Gedanken O'Grady's aufmerksam zu verfolgen.

„Haben wir je ruhig überlegt," fragt er, „wohin alle unsere Anstrengung und Betheiligung in Wirthschaft und Politik uns unwiderstehlich zuführen?

In ihrer gegenwärtigen Form kam die Gewerkschaftsbewegung ins Leben als Protest gegen den zügellosen Individualismus in der Industrie. Bislang war ihr ganzes Bestreben, dem Arbeiter einen gerechteren (fairer) Antheil am Arbeitsprodukte zu sichern.

Aber ist dies ihr einziges Ziel? Wenn ja, dann muß es irgendwo eine Grenze geben, wo unsere Forderungen aufhören müssen. Aber ich behaupte, daß es keinen einzigen Trade-Unionisten gebe, der so närrisch wäre, diesen „gerechten Antheil" definiren zu wollen. Ich kenne niemand, der im stande wäre zu sagen, was eigentlich der gerechte Antheil am Arbeitsprodukt ist. Auch die bekannte Forderung nach einer „living wage" (Lebenslohn, d. h. ein Lohn, der ein auskömmliches Leben gestattet) ist eine unbestimmte Formel. Der Kulturfortschritt ändert alle unsere Begriffe über den standard of comfort. Es wäre deshalb närrisch, unseren Forderungen nach besserem Lohne, kürzerer Arbeitszeit und besseren Bedingungen eine Grenze setzen zu wollen.

Unter ernsten Forschern des sozialen Lebens gilt der allgemein angenommene Satz, „daß jeder Wechsel in der Produktionsmethode eine Revolution im sozialen Leben herbeiführt". Ausgehend von diesem Axiom, lassen sich alle Fragen, denen wir jetzt begegnen, auf eine Fundamentalfrage reduziren: „Arbeit und ihre Belohnung". Halten Sie diese Hauptwahrheit fest und Sie werden sehen, daß die meisten Argumente, die von so manchen Trade-Unionisten gegen Einmischung in soziale und politische Fragen angeführt werden, reiner Unsinn sind. Der „gerechte Antheil" ist ebensowenig fixirbar, wie die Art des Arbeitsprozesses. Wenn der denkende Gewerkschafter das wirthschaftliche Leben betrachtet, so werden ihm besonders die sich da manifestirenden Tendenzen auffallen. Ereignisse sind nur greifbare Beweise der Entwickelung, die sich im sozialen Leben vollzog, vielleicht ungesehen, bis irgend ein Ereigniß vorkommt, das uns die Augen öffnet und uns die Ursachen zeigt, die zu dem Ereigniß führten. Nehmen wir das wirthschaftliche Leben. Als Folge der industriellen Revolution und der enormen Entwickelung des internationalen Verkehrs, zeigt unsere Wirthschaft das Bestreben, Kleinbetriebe auszumerzen. Als Resultat sehen wir die Bildung von großen Unternehmungen, die die kleineren vom Markte jagen, und oft zur Monopolisirung gewisser Waaren führt. Dieses Gesetz von der Konzentration des Kapitals bildet einen Ring von Arbeitgebern, welche nicht wissen und nicht wissen wollen, unter welchen Bedingungen ihre Dividenden erzeugt werden. Hier haben wir die Dividende als das einzige Verhältniß zwischen dem Kapitalisten und Arbeiter.

Dies bedeutet wiederum die Einführung der neuesten Maschinen, die den Hand- und Gehirnverbrauch des Arbeiters ersetzen. Die Verwandlung der qualifizirten Arbeiter (skilled) in unqualifizirte ist auf der Tagesordnung. Das Lehrlingssystem ist dadurch veraltet geworden. Hierzu kommt noch die Einführung eines Systems, das die Arbeiter zwingt, mit der Maschine Schritt zu halten. Die ganze Wirkung dieses Prozesses ist, die Summe der Handarbeit auf ein Minimum zu reduziren, die Produktionskosten zu vermindern und Ordres rasch auszuführen. Daraus die Zunahme der Arbeitslosen, die den ohnehin überfüllten Arbeitsmarkt noch anschwellen und den durch unseren Gewerkschaftskampf errungenen standard of comfort ernstlich bedrohen. . . .

Ich bitte Sie also, sich zu bemühen, diese Tendenz der modernen Industrie zu erkennen und daraus Schlüsse zu ziehen.

Obgleich unbewußt, geht diese Tendenz entschieden zum Kollektivismus. Und wenn der Trade-Unionismus eine Kampfmacht bleiben will, so muß er kollektivistisch werden. . . . Wir müssen vor allem eine bewußte Macht in der Politik werden und auf das Ziel hinarbeiten, wohin unser wirthschaftliches Leben strebt."

Er schlägt dann vor, daß die Trade-Unionisten vorläufig verlangen sollen: Minimallohn, stärkere Besteuerung des Grund und Bodens, Nationalisirung der Bergwerke und Eisenbahnen, allgemeines Wahlrecht, Diäten, Uebernahme der Wahlkosten durch den Staat ꝛc. Er fährt dann fort:

„Nun zur letzten Frage: Angenommen, wir stimmen über dieses Programm überein, welche Methode ist nun zu wählen, um dieses Programm zu verwirklichen? An der Frage nach der politischen Methode ist das Schiff des Trades-Unionismus zu wiederholten Malen gescheitert. Ich glaube, der Plan, unseren Forderungen Gesetzeskraft zu geben, ist wohl möglich und praktisch. Aber er ist nur möglich oder praktisch, wenn wir unsere Unabhängigkeit wahren und uns von den vorhandenen politischen Parteien loslösen. Das wird uns durchaus nicht zu allen übrigen politischen Strömungen in Opposition bringen. Ich glaube vielmehr, daß der Trades-Unionismus mit seinen wohldisziplinirten Organisationen erst dann im stande sein werde, dem progressiven Gedanken aller Sektionen der Gesellschaft Ausdruck und Kraft zu verleihen. Wenn jedes Gewerkschaftsmitglied nur einen Penny die Woche zum Wahlfonds beitragen würde, so hätten wir nach vier Jahren eine Summe von 896 000 Pfund Sterling, die wohl hinreichte, jeden parlamentarischen Sitz zu bedrohen."

O'Grady schloß dann seine zweistündige Rede mit einer schönen Peroration, die — nach Art der englischen Redekunst — sich besonders an das Gefühl der Zuhörer wendete.

Die Wirkung dieser Rede wird unter den Trade-Unionisten groß sein. Sie kommt von einem der ihrigen; sie wurde nicht in irgend einer Straßenecke gehalten, sondern auf der vernehmbarsten Stelle des Arbeiter-Parlaments.

Und auch unsere hartarbeitenden Genossen, wie Hyndman, Tom Mann ꝛc., die — ungleich den kontinentalen sozialistischen Arbeiterführern — nicht das Glück haben, auf machtvolle Organisationen zu blicken, werden mit dieser Rede zufrieden sein. Diesen Männern ist es zu verdanken, daß der sozialistische Gedanke sich im Trade-Unionismus immer weiter Bahn bricht.

Nicht minder klassenbewußt und international war die Rede

*) Da in den letzten Tagen das politische Interesse auf die Kundgebung des Zaren und die Vorgänge in Paris konzentrirt war, mußten wir die Veröffentlichung des Berichts über den Kongreß der Trade Unions bis heute aufschieben.

des auswärtigen Delegirten Harry Lloyd, der dem Kongresse die Grüße der amerikanischen Arbeiter überbrachte. „Die schwarze Sklaverei ist in Amerika überwunden, jetzt gilt's die weiße Sklaverei zu überwinden.“

Die übrigen Verhandlungen des Kongresses, wichtig wie sie waren, boten weniger Interesse. Gewisse sozialpolitische und demokratische Beschlüsse haben sich, durch ihre alljährliche Wiederkehr, das Bürgerrecht erworben und werden vom Kongresse ohne lange Debatten angenommen. Hierzu gehören: Ausdehnung des Arbeiterschutzes, engere Verbindung zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften; Gewerkschaftslöhne für Arbeiter, die von Staatslieferanten beschäftigt werden; Achtstundentag; Vergesellschaftung der Produktionsmittel; allgemeines Wahlrecht; Abschaffung der Pluralstimmen; Diäten und Uebernahme der Wahlkosten durch den Staat ꝛc.

Von den neuen angenommenen Resolutionen sind zwei wichtig: 1. Die Gewerkschaftsbewegung aller Länder in engere Verbindung zu bringen, durch Austausch von Berichten und Abhalten von internationalen Fachkongressen, oder durch andere Mittel, die einer Konsolidirung der Arbeiter dienen; 2. Die alljährlichen Audienzen des Parlamentarischen Komitee's und der Gewerkschaftsführer bei den Ministern und anderen „Arbeiterfreunden“ als nutzlos aufzugeben und sich damit zu begnügen, ihnen die Kongreßresolutionen einzusenden und ein kurzes Ja oder Nein zu verlangen. Das ist ein sehr weiser Beschluß, der dem unwürdigen Antichambriren der Arbeiterführer ein Ende macht.

Dagegen ist es über zwei wichtige Punkte zu keiner ausführlichen Aussprache gekommen. Wir meinen den Plan der Gewerkschafts-Föderation und den Bericht des Parlamentarischen Komitees. Der Föderationsplan wurde nach kurzer Debatte vertagt und der Beschluß gefaßt, eine spezielle Konferenz im Januar 1899 nach Manchester zur Erledigung dieser Frage einzuberufen. Die Debatte über die Thätigkeit des parlamentarischen Komitees wurde unterdrückt, da man stürmische Szenen befürchtete. Einige Delegirte waren bereit, das parlamentarische Komitee wegen seiner Passivität anläßlich des Maschinenbauerstreiks zur Rechenschaft zu ziehen. —

Trotz einiger Dummheiten, die noch hier und da ausgesprochen und sogar beschlossen wurden, ist es unmöglich, nicht anzuerkennen, daß der soeben geschlossene Kongreß ein weiterer Beweis dafür ist, daß das organisirte Proletariat Englands sich auf dem Punkte befindet, seinem ausgeprägt ökonomischen Klassenkampf auch den politischen hinzuzufügen. Es werden gewiß zuweilen noch Rückfälle vorkommen. Das ist in der Arbeiterbewegung unvermeidlich. Die Bahn zum Sozialismus ist eben rauh. Aber das Ziel ist gegeben und ihm wird zugestrebt.

* * *

Als Delegirte zum nächsten amerikanischen Gewerkschaftskongreß wurden William Thorne und Inskip gewählt.

Die neugewählten Mitglieder des Parlamentarischen Komitees sind: Cowey, Wakefield, Will. Thorne, London; Chandler, Manchester; Mitchell, Glasgow, W. J. Davis, Birmingham; Hudson, Darlington; Knight, Newcastle; D. Holmes, Burnley; W. Wilkie, Newcastle; W. Mullin, Manchester; W. Inskip, Leicester, und C. W. Bowerman, London. mb.-

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. September.

Die internationalen Abmachungen der Kabinete. Ueber den Inhalt der neuesten deutsch-englischen Verhandlungen bleibt man noch immer auf Vermuthungen angewiesen. Die Regierungen hüllen sich in Schweigen. Sicher erscheint nun, daß es sich wirklich um recht bedeutsame Angelegenheiten gehandelt hat. Nach einer Berliner Korrespondenz der „Köln. Ztg.“ hat allerdings die Delagoa-Bai-Frage eine Rolle bei den Abmachungen in London gespielt; es stünden aber dem deutschen Zugeständnisse auch englische gegenüber.

Etwas Näheres will die „Intern. Corresp.“ von diplomatischer Seite erfahren haben. Dieselbe schreibt:

„Die zwischen der deutschen und der englischen Regierung geführten Verhandlungen hatten nicht nur keine gegen Rußland gekehrte Spitze, sondern sie wurden deutscherseits unter völliger Zustimmung der Petersburger Regierung geführt, weshalb sie gewissermaßen den ersten greifbaren Erfolg der Friedenskundgebung des Zaren darstellen. In dem Meinungsaustausch, welcher im Anschluß an die Note vom 24. August zwischen den Regierungen Deutschlands, Englands und Rußlands stattfand, betonte man russischerseits ausdrücklich, daß der Zar die Ausscheidung der elsaß-lothringischen Frage aus der Politik Frankreichs als die Grundlage jeder europäischen Friedenspolitik ansehe. Da nun Frankreich durch seine gegenwärtigen inneren Wirrnisse genöthigt ist, sich diesem Wunsche des Zaren unbedingt zu unterwerfen, so erlangte hierdurch die deutsche Regierung freie Hand, um sich mit England über einige schwebende afrikanische Streitfragen zu verständigen, ohne hierbei auf Frankreich eine allzuweitgehende Rücksicht nehmen zu müssen. Das bisherige Ergebniß dieser Verhandlungen dürfte jedenfalls darin bestehen, daß Deutschland durch seine Zustimmung zur Aufhebung der gemischten Gerichtshöfe in Egypten die britische Herrschaft in Egypten als rechtmäßig anerkennt, und daß andererseits Deutschland auf einen Einspruch gegen die englische Erwerbung der Delagoabucht verzichtet, wogegen England auf seine angeblichen Oberhoheitsrechte über Transvaal formell Verzicht zu leisten verspricht.

Bezüglich der Orientfragen werden voraussichtlich die Verhandlungen noch fortgesetzt werden. Auf diesem Gebiet dürfte man in Berlin besonders die Zurückziehung der englischen Pläne betreffend Erbauung von Konkurrenzbahnen in Kleinasien erwarten, sodaß die Fortsetzung der deutschen anatolischen Bahn bis zum Euphrat erfolgen kann. Das britische Kabinet soll aber die Zustimmung Deutschlands auch zur englischen Kreta-Politik wünschen, wonach die Gouverneurfrage vertagt und die provisorische Verwaltung unter Mitwirkung sämmtlicher Mächte durchgeführt werden soll.

In Petersburg sieht man jedenfalls eine Verständigung Deutschlands mit England um deswillen nicht ungern, weil durch eine genaue Abgrenzung der nichtrussischen Interessen im Orient für die russische Kolonisationsarbeit in Mittel- und Ostasien eine bessere Rückendeckung geboten und zugleich für die vom Zaren empfohlene Abrüstungskonferenz die Zahl der zu schlichtenden Streitfragen wesentlich verringert wird.“

Sind schon diese Mittheilungen theilweise recht unsicherer Art, so laufen über die Gestaltung des Verhältnisses zwischen England und Rußland Nachrichten ein, die im vollsten Widerspruche mit einander stehen, ohne daß eine Kontrolle im Augenblick möglich ist. Die „Times“ melden aus Peking vom 5. d. M., daß die Russen unter dem Schutze von bewaffneten Kosaken mit dem Bau einer Zweig-Eisenbahnlinie beschäftigt seien, welche den Hafen Niutschwang mit der Hauptlinie verbinden solle. Die Russen bestünden auf ihrem Rechte, für Eisenbahnzwecke Land durch Zwangskauf zum Schätzungswerthe zu erwerben und sie gingen vor, als ob Niutschwang bereits unter russischer Herrschaft wäre; an der Mündung des Flusses heimsten sie auf Ländereien, welche Engländern gehörten, Feldfrüchte ein und errichteten starke Militärlager zum Schutze der Eisenbahnverbindung.

Ja, „Daily Mail“ berichtet sogar aus Shanghai von einem dort herrschenden Gerücht, daß die englischen Flotten Befehl erhalten hätten, bei Niutschwang sich zu versammeln.

Dieser Zuspitzung der ostasiatischen Situation entspricht die kühle Sprache, mit welcher die englischen Regierungsblätter Balfour's Antwort auf die russische Einladung zur Friedenskonferenz begleiten. Der „Standard“ insbesondere bringt einen auffälligen Artikel, der ausführt, die verschiedenen Nationen könnten ihre Friedensliebe am besten beweisen, indem sie ihre Vorzugsrechte in China aufgeben. Ferner vermerkt das Blatt, daß der Zar den Bau der zu militärischen Zwecken dienenden Bahn von Merw nach Herat, durch die ein England befreundeter Staat (Afghanistan) bedroht werde, einstellen lasse.

Offenbar ist man in englischen Regierungskreisen längst außer Zweifel über die Hintergedanken der russischen Friedensposse.

Im vollsten Gegensatz zu ihrer eigenen oben wiedergegebenen Mittheilung behauptet „Daily Mail“ andererseits, es sei in der chinesischen Frage zwischen England und Rußland eine vollständige Verständigung erzielt worden. —

Zu der russischen Einladung hat jetzt auch die dänische Regierung ihre Einwilligung ausgesprochen.

Aus Rom wird gemeldet:

„Der „Popolo Romano“ theilt mit, daß die Regierung den Wortlaut der Antwort auf die russische Note betreffend den Abrüstungs-Vorschlag des Zaren festgestellt hat. Das Blatt fügt hinzu, die Antwort drückte die höchste Befriedigung Italiens über die edele Initiative des Zaren aus und sage zum Schluß, die Regierung werde dieselbe gern auf jede mögliche Weise unterstützen, damit die Wohlthaten des Friedens allen Völkern auf lange Zeit hinaus gesichert würden.“ —

Reminiszenzen. Die Vorschläge des Zaren, so überraschend sie gekommen sind, haben ihre Verläufer und nicht blos in der Literatur, sondern auch in den Verhandlungen der Diplomatie. Schon die heilige Allianz, die nach dem Wiener Kongresse abgeschlossen wurde und sich praktisch weit mehr gegen den „inneren Feind“ zu bewähren suchte, war als eine Garantie des Weltfriedens gedacht. Sie scheiterte an dem Widerstande Englands, wie wir dies unlängst in unserem Artikel anläßlich des 75. Jahrestages der Proklamirung der Monroe-Doktrin auseinandersetzten. 1831 tauchte der Gedanke der Abrüstung in den diplomatischen Verhandlungen wieder auf. Damals unterzeichneten in Paris Sebastiani, Apponyi, Granville, Werther und Pozzo di Borgo als Vertreter Frankreichs, Oesterreichs, Englands, Preußens und Rußlandd ein Abrüstungsprotokoll, das folgenden Wortlaut hatte:

„Die unterzeichneten Bevollmächtigten der fünf Großmächte in Paris haben, mit der Absicht, den allgemeinen Frieden zu bestärken und den Völkern die ihnen auferlegten außerordentlichen Rüstungslasten zu erleichtern, nach einer genauen Untersuchung der gegenwärtigen Lage Europa's mit lebhafter Genugthuung erkannt, daß die Beziehungen der Einigkeit und guten Harmonie, welche glücklicherweise zwischen den Mächten hergestellt und die auf der Unabhängigkeit der Staaten, sowie auf dem unabänderlichen Prinzip der Aufrechterhaltung der Verträge beruhen, heute die Annahme einer Maßregel möglich machen, die seit langer Zeit den Gegenstand der glühendsten Wünsche ihrer Regierungen bildet, nämlich eine allgemeine Abrüstung. Infolge dessen und auf grund der ihnen ertheilten Vollmachten sind die Unterzeichneten übereingekommen: 1. Daß die Land- und Seestreitkräfte Frankreichs, Oesterreichs, Großbritanniens, Preußens und Rußlands auf den gewöhnlichen Friedensstand vermindert werden. 2. Daß die Ausführung der Abrüstungsmaßregeln am 1. Januar 1832 beginnen und am 1. Mai desselben Jahres beendet sein soll.“

Die Entwickelung des Militarismus hat die völlige Werthlosigkeit dieses Beschlusses demonstrirt.

Auch aus noch näherliegenderer Zeit läßt sich ein Vorschlag anführen, der mit dem jetzt die Welt erregenden eine gewisse Aehnlichkeit hat. Wir zitiren im folgenden nach dem eben erschienenen Werkchen „Bismarck's Politik in den Jahren 1864 und 1866“.*)

Zehn Tage vor König Frederiks (von Dänemark) Tode (Ende 1863) hatte Kaiser Napoleon III. in seiner Thronrede Worte gesprochen, die wie ein zündender Blitz in die politischen Kreise einschlugen:

„Die Verträge von 1815 haben aufgehört zu bestehen. Was ist vernünftiger, als die Mächte Europa's zu einem Kongresse und damit zu einem höchsten Schiedsgericht über alle streitigen Fragen zu berufen.“

Noch an demselben Tage war eine Einladung an alle Souveräne Europa's ergangen, sich persönlich zu einem solchen Kongresse in Paris einfinden zu wollen. Das war die Ankündigung eines Schauspiels, neben welchem der Frankfurter Fürstentag sich wie der Zwerg neben den Riesen ausgenommen hätte. Der mächtigste und ehrsüchtigste der europäischen Monarchen, wofür damals Napoleon von aller Welt gehalten wurde, erklärte feierlich, daß die Rechtsgrundlage der Staaten Europa's, so weit sie auf den Bestimmungen des Wiener Kongresses beruhte, nicht mehr existire. „Die Rede „ist impertinent“, rief Königin Viktoria von England. „Der Streich ist doch zu stark“, sagte Kaiser Alexander von Rußland. Eine Verhandlung von zwanzig gekrönten Häuptern, ohne Bezeichnung des Gegenstandes, ohne Feststellung ihrer Kompetenz, gab wenig Aussicht auf friedliche Lösung. Niemand freute sich über die Einladung, aber niemand hatte auch Eile, durch eine Ablehnung den Zorn des gefürchteten Kaisers auf sich zu ziehen. Die kleineren Höfe, auch Papst und Sultan, wetteiferten in der Bereitwilligkeit. Unter den Großmächten wäre jede bereit gewesen, der anderen die Zurückweisung zu überlassen. Rußland hoffte auf Oesterreich und England, der englische Minister meinte, Oesterreich und Preußen seien in erster Linie dazu berufen, und beschränkte sich darauf, in Paris die Giltigkeit der Verträge von 1815 zu betonen.

Die natürliche Folge dieses Napoleonischen Kongreßvorschlages war ein allgemeiner Umschwung in den gegenseitigen Beziehungen der Großmächte. Früher hatte England und Oesterreich auf Frankreichs Seite gegenüber Rußland und Preußen gestanden. Jetzt wurde es umgekehrt und von London und Wien aus auf ein festes Einverständniß der vier Großmächte gegen den Pariser Friedensstörer hingearbeitet.

Der Fürstenkongreß kam nicht zu stande. Aber bald, nachdem die Einladungen ergangen waren, brach der Krieg gegen Dänemark aus, dann folgte nach zwei Jahren der deutsch- und der italienisch-österreichische Krieg und 1870/71 der deutsch-französische Krieg und das Ende der Napoleonischen Herrlichkeit. So manche Aehnlichkeit mit der Wirkung des Napoleonischen Vorschlages dürfte der des jugendlichen Nikolaus haben. Die Neugruppirung der Mächte beginnt, das Mißtrauen gegen den in Waffen starrenden Friedensapostel ist im Steigen begriffen, die Furcht vor der Kriegsgefahr wächst. Nur ein Sedan für das offizielle Rußland ist nicht zu erwarten. —

*) Auf grund des Sybel'schen Werkes „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ in gemeinverständlicher Form dargestellt von Dr. Franz Völler. (Gotha, Friedr. Andr. Perthes.) 97 S. 80 Pf.

* * *

Deutsches Reich.

Wahlstatistisches. Die „Köln. Volks-Ztg.“ giebt in Prozentzahlen eine Darstellung der Entwickelung der Hauptparteien bei den Reichstagswahlen von 1871 bis 1898. Die verschiedenen nach links neigenden liberalen Elemente sind dabei als eine Partei der Linksliberalen zusammengefaßt worden. Die fünf großen Parteien weisen dann folgende Prozentsätze der abgegebenen Stimmen auf:

	Zentrum	Konserv.	Linkslib.	Nat.-Lib.	Sozialb.
	pCt.	pCt.	pCt.	pCt.	pCt.
1871	18,5	13,8	12,2	29	2,6
1874	27,7	6,8	11,3	24,9	6,7
1877	24,9	9,7	11,5	26,8	9,1
1878	22,9	12,9	11,1	22,5	7,5
1881	23	15,9	25,5	12	6,1
1884	22,6	15,2	19,8	17,6	9,7
1887	20,1	15,2	14,6	22,2	10,1
1890	18,6	12,4	18,6	16,3	19,6
1893	19,1	13,5	14,4	13	23,2
1898	18,7	11,2	11,9	12,6	27,1

Gegen das Reichswahlrecht wühlen die Herren Konservativen lustig weiter. Herr v. Mirbach-Sorquitten theilt in der „Kreuz-Ztg.“ mit, Bismarck habe ihm gesagt: er hätte früher ein demokratisches Band um das Deutsche Reich für nöthig gehalten wegen der Gefahr partikularistischer Neigungen der deutschen Fürsten; diese Annahme sei aber irrig gewesen, und wenn in dem Reichstagswahlrecht eine Gefahr für das deutsche Volk liege, so müsse es auch die Kraft haben, dieses Band zu zersprengen.

Nichts kann komischer sein als die Idee, daß das deutsche Volk das höchste deutsche Volksrecht selbst zu vernichten Lust haben könnte. Solche Gelüste mögen die um v. Mirbach haben, ein hochmüthiger Adel, ein beutegieriges Junkerthum, eine herrschsüchtige Kapitalistenklasse. Aber seit wann sind die Ausbeuter des Volkes — das Volk? —

Agrarische Sorgen. Die deutschen Landwirthe haben bekanntlich vielfach den Getreidebau durch Rüben- und Kartoffelbau ersetzt und dann der Zuckerfabrikation und Branntweinbrennerei die größte Ausdehnung gegeben. Zugleich haben die Agrarier durch ihre Vertreter im Reichstage und Landtage dafür gesorgt, daß diese Produktion und Fabrikation durch Exportprämien und Liebesgaben aus dem Steuersäckel besonders bedacht wurden. Unter diesem Liebesgabensegen ist die deutsche Schnapsbrennerei und Zuckerfabrikation die bedeutendste der Welt geworden. Während Deutschland pro Jahr etwa 1,8 Millionen Tonnen Zucker produzirt, beträgt die Produktion des nächststärksten Zuckerproduzenten, Oesterreich-Ungarn, nur 1,05 Millionen Tonnen. Aber in neuerer Zeit werden in den verschiedensten anderen Ländern, und zwar unter weit günstigeren Umständen, als sie Deutschland bietet, eine bedeutende Anzahl großartiger Zuckerfabriken errichtet, so bei Teheran in Persien, in Rumänien, im Vilajet Adrianopel und in Egypten, daß die sich schon jetzt bemerklich machende Ueberproduktion bald zur Einschränkung der deutschen Betriebe zwingen wird. Am größten ist aber die Zunahme der Zuckerproduktion in den Vereinigten Staaten, wo neben der Neubelebung der Rohrzucker-Fabrikation auf Kuba und Portorico in Süd-Kalifornien, Utah, Neu-Mexiko und Nebraska von kapitalkräftigster Seite der Rübenbau mit künstlicher Bewässerung und die Rübenzucker-Fabrikation auf allergrößter Stufe eingerichtet wird, und wo dieselbe auch eine ungleich größere Ergiebigkeit als in Deutschland verspricht, so daß die Vereinigten Staaten, obwohl sie die bedeutendsten Zuckerkonsumenten der Welt sind, bald ganz den Import von europäischem Zucker werden entbehren können. Die Exportprämien für Zucker dürften immer mehr eingeschränkt resp. abgeschafft werden. Bleibt noch der Kartoffelbranntwein, mit dem Deutschland heute das Ausland am meisten beglückt, und für den die deutschen Brennereibesitzer jedes Jahr ca. 44 Millionen Mark Liebesgaben aus den Taschen der deutschen Steuerzahler ausgezahlt erhalten. Aber auch dem deutschen Branntweinimport droht eine immer näherrückende Konkurrenz, nämlich die Rußlands. Die Branntweinfabrikation ist ja in Rußland seit jeher bedeutend, aber derselbe wurde früher hauptsächlich aus Getreide, namentlich Roggen und Mais, hergestellt. In den letzten Jahrzehnten hat sich daneben die russische Branntweinproduktion hauptsächlich der Kartoffelbrennerei zugewandt und die russische Branntweingewinnung aus Kartoffeln ist schon heute fast ebenso groß, wie die gesammte russische Branntweingewinnung aus Cerealien. Im Jahre 1871/72 existirten im europäischen Rußland 677 Kartoffelbrennereien, 25 pCt. aller russischen Brennereien, die 9 419 000 Pud (à 16,38 Kilogramm) Kartoffeln verarbeiteten. 1881/82 hatte sich die Zahl der Kartoffelbrennereien auf 1115 vermehrten, 54 pCt. aller russischen Brennereien, und diese verarbeiteten schon 43 950 000 Pud Kartoffeln; im Jahre 1893/94 war die Zahl der Kartoffelbrennereien auf 1891 gestiegen = 82 pCt. aller russischen Brennereien und dieselben verarbeiteten 96 270 000 Pud Kartoffeln. In 22 Jahren hatte sich also die Produktion von Kartoffelbranntwein in Rußland mehr als verzehnfacht. Dabei hat sich der russische Kartoffelbau für die Brennerei mit der Zeit auf neue, für dieselbe günstigere Distrikte verlegt. Während früher sich die meisten Kartoffelbrennereien in dem unseren Ostseeprovinzen benachbarten Litthauen befanden und es dort schon vor 25 Jahren 260 solche Brennereien gab, verschwanden sie hier immer mehr, und 1887 gab es dort deren nur noch 131. Dagegen bestanden in den kleinrussischen Südwestgouvernements bis zum Jahre 1867 und im Uralgebiet bis 1887 noch gar keine Kartoffelbrennereien.

1893/94 vertheilten sich die russischen Kartoffelbrennereien wie folgt: im Zentral-Ackerbaurayon 172, im mittleren und unteren Wolgagebiet 94, in den neurussischen Gouvernements 4, in den Industriegouvernements 58, in den Südwestgouvernements 118, in den weißrussischen Gouvernements 287, im Uraldistrikt 20, in den Seegouvernements 37, in Litthauen 159 und in den baltischen Gouvernements 822. Schon heute ist die russische Branntweinproduktion größer als die deutsche, und wenn sich dieselbe auf dem Weltmarkte weniger bemerklich macht, so hat das seinen Grund darin, daß der Konsum in dem weiten Rußland selbst bedeutend größer ist, als in Deutschland, wo der Bierkonsum immer noch bedeutender ist, als der Branntweinkonsum. Aber der steigende Kwas- und Bierkonsum vermindert den Branntweinkonsum in Rußland selbst.

Die Russen kommen auch immer mehr zu der Einsicht, daß der Ertrag der Kartoffeln und damit die Branntweinproduktion aus denselben weit weniger Schwankungen unterworfen ist, als die Getreideernte. Wenn aber die Kartoffelbrennerei in Rußland in derselben Weise weiter zunimmt, so ist es nur eine Frage der Zeit, wenn auch der Export an russischem Branntwein zunehmen und den deutschen Kartoffel-Branntwein auf dem Weltmarkte mehr oder weniger verdrängen wird. Dann werden auch die fetten Jahre der Liebesgaben aus der Kartoffelschnaps-Fabrikation für unsere Agrarier sich ihrem Ende zuneigen. Das Gefühl, daß sie dieser Zeit entgegengehen, veranlaßt unsere Agrarier, als Ersatz für den zu erwartenden Ausfall an der Zuckerprämie und Branntwein-Liebesgabe auf möglichste Steigerung der Getreide-Schutzzölle hinzuarbeiten, und sie haben um so mehr Aussicht dazu, als in den Regierungskreisen jetzt vielfach ein ihnen günstiger Wind weht.

Schlotternde Angst vor dem Vordringen der Sozialdemokratie auf dem Lande bekundet der heutige Leitartikel der „Kreuz-Zeitung“. Als Mittel dagegen empfiehlt das Blatt in erster Linie Verfehmung der sozialdemokratischen Partei von Staatswegen, ferner Verbreitung guter christlicher Blätter und schließlich heißt es: „Aber auch das leibliche Wohl unserer Arbeiter möge uns stets am Herzen

liegen." Wir haben nichts gegen die beiden letzteren Vorschläge; gute christliche Blätter würden ja den Landarbeitern sofort zeigen, wie schändlich unchristlich das gesammte private und öffentliche Leben des Agrarierthums beschaffen ist. Und wenn die Angst vor der Sozialdemokratie schon die Sorge für das leibliche Wohl der Landarbeiter bei den Gutsherren hervorrufen sollte, so werden sich die Landarbeiter sagen: Je mehr Sozialdemokratie, um so besser.

Es freut uns, die „Kreuz-Zeitung" so sehr in Angst zu sehen, daß die geheiligsten Domänen des preußischen Junkerthums nicht mehr vor der Sozialdemokratie sicher sind. —

Fleischschau-Gesetz. Die „Berl. Pol. Nachr." theilen mit, daß im Reichsamt des Innern ein allgemeines deutsches Fleischschau-Gesetz ausgearbeitet ist und den maßgebenden Ressorts zur Beurtheilung vorliegt. —

Von der Fleischtheuerung. Wie die Grenzsperre das Fleisch vertheuert, ergiebt sich aus nachstehender Zuschrift, die der „Voss. Ztg." aus Posen zugeht:

Am Sonnabend kostete das Pfund Schweinefleisch in Posen 90 bis 100, in dem russischen Grenzstädtchen Boleslawice aber nur 40 Pf.; das Pfund Kalbfleisch kostete in Posen 70 und in Boleslawice 20 bis 24 Pf.; das Pfund Hammelfleisch wurde in Posen mit 70, in Boleslawice mit 20 bis 24 Pf. bezahlt. —

Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums. Am letzten Sonntag fand in Köln die Generalversammlung des Rheinischen Bauernvereins statt. Auf der Tagesordnung stand auch die ländliche Arbeiterfrage. Da sagte nach einem Bericht in Zentrumsblättern der bekannte Graf Hoensbroech:

„. . . Bezüglich der ländlichen Arbeiter ist der Satz zum theil richtig, daß die Getreidepreise gehoben werden müssen, damit die Landwirthe auch ihren Arbeitern höhere Löhne zahlen können. Aber andererseits kann die Landwirthschaft die Konkurrenz mit den von der Industrie gezahlten Löhnen nicht aushalten, und darum ist die Frage der ländlichen Arbeiternoth durchaus nicht lediglich eine Lohnfrage. Wir haben mit einem dauernden Zustande zu rechnen; denn eine Aenderung des ländlichen Arbeitermangels wäre höchstens dann zu erwarten, wenn die Industrie stark zurückginge. Ein kleiner Erfolg wäre schon erzielt, wenn es der Staatsregierung gefallen wollte, die Schulpflicht in ländlichen Bezirken um ein Jahr herabzusetzen. Aber das Hauptübel liegt in der gesetzlichen Freizügigkeit. Es ist ja erfreulich, daß die Regierung ins Auge gefaßt hat, die Auswüchse derselben zu beschneiden; es wird indeß sehr darauf ankommen, was man unter Auswüchsen versteht. Ferner ist auch nicht zu verkennen, daß die philanthropische Ausbildung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung zur Verschärfung der Nothlage der Arbeitgeber in hohem Maße beigetragen hat. Es muß deshalb verlangt werden, daß neben der Ausbildung der Arbeiterschutzgesetze auch der Arbeitgeberschutz ins Auge gefaßt werde."

Die Versammlung begleitete diese Ausführungen mit Bravo. Andere Redner suchten die Forderungen des Grafen Hoensbroech etwas zu mildern, zum theil hießen sie dieselben gut.

Graf Hoensbroech und der Rheinische Bauernverein haben allerdings schon öfter mit den jetzt maßgebenden Gruppen des Zentrums in Fehde gelegen. Dennoch ist es höchst bemerkenswerth, daß der Magen der Partei gut genug ist, um auch derartige Befürworter der allerungeheuerlichsten Reaktion wie Graf Hoensbroech zu vertragen. —

Zum deutsch-russischen Handelsvertrag. Verschiedene Handelskammern hatten an den Handelsminister die Frage gerichtet, ob nicht auf grund des Absatzes 2 des Artikels 1 des deutsch-russischen Handelsvertrages einzelne vertraglich gebundene Zollsätze oder zugestandene Zollfreiheiten abgeändert werden könnten, wenn sich herausstelle, daß die Voraussetzungen, von denen man beim Abschluß des Vertrages ausgegangen sei, sich als irrthümlich erweisen. Darauf hat der Minister erwidert, daß Artikel 1 des Vertrages ausschließlich die persönliche Stellung der beiderseitigen Staatsangehörigen behandele. Das gehe aus seinem Wortlaut wie besonders aus der Anordnung des Stoffes im Vertrage hervor. Die Angehörigen des einen Landes sollen nach diesem Paragraph im Gebiet des anderen Theiles keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen sein als Inländer und dieselben Rechte im Handels- und Gewerbebetrieb genießen wie diese. Dieser Grundsatz, der sich auf die Zulassung zum Betriebe von Handel und Gewerbe und die Ausübung dieser Thätigkeit bezieht, erfahre allerdings im Absatz 2 eine Einengung. Danach können Deutsche in Rußland und Russen in Deutschland durch Gesetze oder Verordnungen in bezug auf den Betrieb von Handel und Gewerbe Beschränkungen unterworfen werden, denen die Inländer nicht unterliegen, sofern solche Bestimmungen auf alle Ausländer Anwendung finden. Auf die Behandlung der Waaren im Handelsverkehr beziehe sich der § 1 nicht. Der Güterverkehr von Land zu Land sei vielmehr in den Artikeln 5 u. ff. geregelt und nach Artikel 7 sei es zweifellos, daß die vertragsmäßig zugestandenen Zollfreiheiten und Bindungen für die Dauer des Vertrages festgelegt seien. —

Herr v. Podbielski ist zum wirklichen geheimen Rath mit dem Prädikat Exzellenz ernannt worden. Seine Verdienste sind uns nicht genügend bekannt, um die Veranlassung dieser ihm sicher werthvoll erscheinenden Auszeichnung erkennen zu lassen. —

Politische Wandlung. Im neuesten Bande des „Bismarck-Jahrbuches" wird ein Brief des Gesandten v. Bismarck aus Petersburg vom November 1861 veröffentlicht, in dem folgende interessante Stelle vorkommt:

„Von meinen Kollegen fehlt noch Ossuna, den man in Verdacht hat, durch irgend ein neues Verlobungsprojekt zurückgehalten zu werden. Graf Münster bleibt aus entgegengesetzten Gründen aus, indem er sich scheiden lassen will; ich bin nicht unglücklich darüber, denn er spielt hier weniger den hannoverschen als antipreußischen Agenten.

Graf Münster, der 1856 bis 1864 als hannoverscher Gesandter in Petersburg war, ist, wie das „Berl. Tagebl." erinnert, derselbe, der 1878 vom Fürsten Bismarck zum Botschafter in London ausersehen wurde und jetzt Botschafter in Paris ist.

Charakteristisch ist, daß die Männer von der Mehrheit des Bürgerthums — und nicht blos von diesem — hochgeehrt werden, die den Mantel nach dem Winde zu drehen verstanden, während konsequente Politiker, die ihre Anschauungen, Ideale und Treuschwüre ohne Rücksicht auf Gunst und Glück hochhalten, angefeindet werden. —

Der dolus eventualis im Kriegerverein. Aus Grevesmühlen in Mecklenburg wird unserem Lübecker Partei-Organ folgender Vorfall mitgetheilt. Drei dortige Einwohner sind durch nachstehendes Schreiben überrascht worden:

Herrn

. . . . . .

Da Ihr ganzes Auftreten und Verhalten dem unterzeichneten Vorstande die Ueberzeugung hat verschaffen müssen, daß Sie trotz Ihrer neulich abgegebenen Erklärung der sozialdemokratischen Partei wenn auch vielleicht nicht angehören, so doch dieselbe unterstützen und Vorschub leisten und mit Angehörigen derselben in naher Beziehung stehen, so stellen wir es Ihnen anheim, binnen drei Tagen aus dem Kriegerverein auszutreten, andernfalls sehen wir uns gezwungen, Sie aus demselben auszuschließen.

Grevesmühlen, 24. August 1898.

Der Vorstand des Kriegervereins:

Ihlefeld. Dr. Jahn. E. Krönke. F. Heyden. F. Günther. G. Schönbohm. M. Lönnies. J. Schaefer. G. Kauschen.

Das Schriftstück ist ein Beweis dafür, welche unsinnigen Sprünge die neudeutsche Gesinnungsschnüffelei zu machen im stande ist. —

Ein Zeugnißzwangsverfahren ist gegen den Verleger der Danziger „Gazetta Gdanska" eingeleitet worden, nachdem gegen den verantwortlichen Redakteur Anklage erhoben ist. Der Verleger weigerte sich, den Verfasser des unter Anklage gestellten Artikels zu nennen und wurde deshalb zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Außerdem wurde er zum 17. September zu einem neuen Termin geladen mit der Aussicht auf Verhaftung bei fortgesetzter Weigerung, den Verfasser zu nennen. —

Der Breslauer Delegirtentag des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister beschloß die Gründung eines „Deutschen Arbeitgeber-Verbandes" zur wirksamen Bekämpfung von Arbeiterausständen.

Mit den Mitteln, auf die die Führer des Unternehmerthums im Baugewerbe ihre Hoffnung setzen, als da sind: Aussperrung, schwarze Listen, Import ausländischer Arbeiter, werden die Streiks nicht nur nicht „wirksam" bekämpft, sondern geradezu gezüchtet. —

Mühlhausen i. Th., 5. September. (Eig. Ber.) Die vom General von Spitz inaugurirte Sozialistenhetze in den Kriegervereinen hat hier eine ganz unerwartete Blüthe gezeitigt. Der Bezirkskommandeur des hiesigen Landwehrbezirks, Oberstlieutenat Freiherr von Eckhardtstein, und das Offizierkorps des hiesigen Landwehrbezirks beschlossen, sich an der Sedanfeier der vereinigten Krieger- und Militärvereine Mühlhausens nicht zu betheiligen. Der Grund hierfür ist die Wiederwahl des Premier-Lieutenants a. D. Gustav Koethe zum Vorsitzenden des Kriegervereins-Bezirks Nordwest-Thüringen-Obereichsfeld, welche seinerzeit bekämpft worden war, weil Koethe einen Wahlaufruf zu gunsten der — freisinnigen Kandidaten unterzeichnet hatte! Das ist allerdings ein schreckliches Verbrechen. —

Elberfeld, 5. September. (Eig. Ber.) Zu den Russen-Ausweisungen im hiesigen Industriegebiet berichtet die „Elberfelder Zeitung" nach „besten Informationen", daß es sich nicht lediglich um russische Staatsangehörige, und um keine besondere Maßregel handele, sondern um eine periodisch wiederkehrende Maßregel gegen alle Ausländer, „welche sich entweder sehr lange Zeit im Deutschen Reiche aufhalten, ohne sich naturalisiren zu lassen, und solche, welche keine genügenden Ausweispapiere besitzen". — „Leute, die sich nie etwas zu Schulden kommen lassen und einen ordentlichen Paß besitzen, können ruhig die Gastfreundschaft des Deutschen Reiches genießen." Dem widersprechen die Thatsachen, wie ja der von uns angeführte Fall zur genüge beweist. Verwunderlich erscheint es nach solchen angeblichen Grundsätzen der Behörden immerhin, weshalb von Ausweisungen italienischer Staatsbürger nichts bekannt wird, die namentlich in den Bauberufen und sogar seitens der Eisenbahn-Behörde zu Bahnbauarbeiten Verwendung finden und im westlichen Industriebezirk zu Tausenden vertreten sind, mitunter so zahlreich, daß sie ganze Niederlassungen errichten. Bei diesen bedauernswerthen Opfern deutscher Profitgier treffen alle die Voraussetzungen zu, die für die Ausweisungen der Behörden angeblich maßgebend sein sollen. Denn Messerstechereien', Diebstähle und ähnliche Ausschreitungen gehören bei den Söhnen des Südens infolge ihres hitzigen Temperaments und ihrer gedrückten wirthschaftlichen Verhältnisse zu den Alltäglichkeiten, das beweisen auch der Elberfelderin zur genüge die Gerichtsverhandlungen an Strafkammer und Schwurgericht. Und doch war von besonderen Maßregeln gegen italienische Staatsangehörige bisher nichts bekannt. — Von der Maßregel gegen die Russen sind zum theil Familien betroffen, welche sechs, zehn und mehr Jahre hier ansässig waren, und begreiflicherweise in eine oft geradezu verzweifelte Lage versetzt werden. —

Dresden, 5. September. (Eig. Ber.) Die Handhabung der neuen vereinsgesetzlichen Bestimmungen zeitigt wunderbare Blüthen. Gleich wie in Leipzig fängt man auch hier an, die Vorsitzenden von Gewerkschafts-Versammlungen zu bestrafen, wenn sie es versäumen, bei Versammlungen, welche „politischen" Charakter tragen, etwa anwesende Minderjährige durch Aufforderung aus der Versammlung hinauszuweisen. Dabei dreht es sich natürlich immer um die Definition des Begriffes „Politik". Und da liegt die Sache, wie es seinerzeit ganz richtig vorausgesagt wurde, immer so, daß darüber der Vorsitzende einer Versammlung und der Ueberwachende getheilter Meinung sind. Da der Beamte aber nicht nothwendig hat, unter allen Umständen den Vorsitzenden darauf aufmerksam zu machen, daß er (der Beamte) die Versammlung für eine politische hält, so läßt der Vorsitzende die Aufforderung im guten Glauben, recht zu handeln, nicht ergehen, und hintennach giebts ein Strafmandat. So bekam der Vorsitzende einer Modelltischler-Versammlung, hier, ein solches auf 5 Mark lautend, weil in der betreffenden Versammlung darüber gesprochen wurde, wie sich die gewerkschaftlichen Vereine unter den neuen Bestimmungen einzurichten haben, und der Vorsitzende die Aufforderung unterlassen hatte. Der Beamte war eben der Meinung, die Versammlung sei eine politische. In der Praxis wird es darauf hinauskommen, daß man schließlich jede Versammlung, welche sich mit Arbeiter-Angelegenheiten befaßt, für politisch erklärt. Vollständig unbegreiflich erscheint es aber, daß auch ein Minderjähriger, der in der erwähnten Versammlung anwesend war, ein Strafmandat erhalten hat. Die hiesige Behörde scheint also der Meinung zu sein, daß ein Minderjähriger ganz von selbst zu beurtheilen hat, was politisch ist oder nicht, und daß er dann event. auch unaufgefordert die Versammlung zu verlassen hat. Das steht freilich gar nicht im Gesetz drinn, und entspricht auch dem Sinn desselben nicht. Eine Konfusion ohne gleichen! —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Ein moralisch tief gesunkener Mensch wurde gestern der zweiten Ferienstrafkammer des Landgerichts I in der Person des Anstreichers Richard Moritz Koch vorgeführt. Der erst 30 jährige kräftig gebaute Angeklagte leidet, wie seine Vorstrafen beweisen, an chronischer Arbeitsscheu. Um sich Unterkunft im Gefängnisse zu verschaffen, griff er zum Mittel der Majestätsbeleidigung und verfuhr dabei in so energischer Weise, daß ihm eine lange Bestrafung in Aussicht stand. Am 4. August d. J. sandte er sowohl an das Militär- wie an das Zivilkabinet des Kaisers je einen Brief, der die gröbsten Schmähungen enthielt und ein drittes Schreiben gleichen Inhalts sandte er an die Redaktion einer hiesigen größeren Zeitung mit der Bitte um Veröffentlichung. Im Termin spielte der Angeklagte den Stumpfsinnigen, er gab zu, die Briefe geschrieben und abgesandt zu haben, war aber zu Erklärungen über den Beweggrund nicht zu bewegen. Der Staatsanwalt Dr. Romen hatte keinen Zweifel an der vollen Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten, er beantragte gegen denselben eine Gesammtstrafe von drei Jahren Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage. Der Angeklagte erklärte, sich bei diesem Urtheil beruhigen zu wollen.

Ungarn.

Budapest, 5. September. In einer Konferenz der liberalen Partei äußerte der Ministerpräsident Baron Banffy betreffend die Frage des Ausgleichs, es herrsche zur Zeit keine Besorgniß darüber, daß über die Ausgleichsvorlagen nicht verhandelt werden könne. Der Wunsch der großen Mehrheit im Lande sei Aufrechterhaltung der Zollgemeinsamkeit, welche die Regierung zu erhalten bestrebt gewesen sei und noch sei. Die Regierung hoffe, daß sich der österreichische Reichsrath nicht aktionsunfähig erweisen werde. Wenn die Hoffnung sich nicht erfülle, so zeichneten die Gesetze für Ungarn den Weg des Selbstbestimmungsrechtes vor, woraus jedoch eine Trennung nicht folge, welche weder politisch noch wirthschaftlich rathsam erscheine. Die Regierung werde sich nicht überraschen lassen und bei Wahrung der wirthschaftlichen Interessen nicht vom gesetzlichen Wege abweichen. Auf Antrag des Abg. Hegedues sprach die Partei dem Ministerpräsidenten ihr Vertrauen aus und sagte ihre Unterstützung bei Ausführung dieses Programms zu.

Budapest, 6. September. Banffy erklärte in der heutigen Abgeordnetenhaus-Sitzung, die wirthschaftliche Zusammengehörigkeit mit Oesterreich sei unerläßlich. Ueber die Art der Vorkehrungen für die Eventualität, daß der österreichische Reichsrath nicht aktionsfähig sei, dürfe er noch nichts mittheilen.

Schweiz.

Zürich, 5. September. (Eig. Ber.) Einen prächtigen Wahlsieg haben gestern die Sozialdemokraten in Winterthur errungen. Am 14. August fand der erste Wahlgang statt für die Wahl eines Mitgliedes in den Kantonsrath und zweier Mitglieder in den Großen Stadtrath. Der Kantonsrathssitz sowie ein Sitz im Stadtrath hatte den Demokraten gehört, der andere Stadtrathssitz den Sozialdemokraten. Im ersten Wahlgang kam nur eine Wahl zu stande und zwar für den Stadtrath. Der Gewählte war ein Liberaler. Er war mit 1624 Stimmen gewählt, während der Sozialdemokrat Nötzli und der Demokrat Müller, welche auf den Listen dieser beiden Parteien standen, 1455 resp. 1501 Stimmen erhielten. Gestern gingen alle drei Parteien selbständig vor und da siegten nun die Sozialdemokraten in beiden Wahlen. Ihr Kandidat Pfarrer Reichen wurde mit 1825 Stimmen in den Kantonsrath gewählt und Nötzli mit 1702 Stimmen in den Großen Stadtrath. Im ersten Wahlgange erhielt Reichen 1210, der Liberale 1406 und der Demokrat 555, gestern der Liberale 1601 und der Demokrat 821 Stimmen. Die Sozialdemokraten blieben mit nur 97 Stimmen hinter beiden Parteien zurück, jedoch galt die relative Mehrheit. Sie gewinnen den Kantonsraths-Sitz und behaupten ihren Stadtraths-Sitz; einen solchen gewannen auch die Liberalen, während die Demokraten alles verloren. Vor wenigen Jahren noch die stärkste Partei, sind heute die Demokraten als Mittelpartei fast völlig aufgerieben. —

Frankreich.

Paris, 6. September. Die Esterhazy-Presse ist durch die Ernennung Zurlindens zum Kriegsminister aufs äußerste gereizt und droht, einen Antrag auf Anklage gegen die Minister in der Kammer einzubringen, weil sie beschuldigt werden, an der Verschwörung des Dreyfus-Syndikats theil genommen zu haben. —

Paris, 6. September. Dem „Matin" zufolge kritisirte Ministerpräsident Brisson im gestrigen Ministerrathe scharf das Vorgehen des Kriegsministers, welcher dem Brauche gemäß seine Demission in Gegenwart aller Kollegen hätte geben sollen; ebenso beklagte Brisson die aggressive Form des Demissionsbriefes Cavaignac's. Es heißt, General Saussier lehnte das Kriegsportefeuille mit der Begründung ab, er sei als Militärgouverneur gezwungen gewesen, mehrfache Maßnahmen in der Dreyfussache anzuordnen, deshalb wolle er die Liquidation anderen überlassen.

Es verlautet, Oberst Picquart habe auf Ansuchen seines Vertheidigers Labori ein Gesuch um vorläufige Freilassung unterzeichnet.

Einem späteren Telegramm soll die Haftentlassung Picquart's bereits morgen erfolgen. Die Liga zur Vertheidigung der Menschenrechte beabsichtigt bei dieser Gelegenheit eine große Kundgebung für Picquart zu veranstalten.

Der nächste Ministerrath wird am 12. d. M. stattfinden. Für den Fall jedoch, daß der Justizminister Sarrien in der Angelegenheit der Revision des Dreyfus-Prozesses eine Mittheilung zu machen hat, kann auch ein früherer Termin für den Zusammentritt festgesetzt werden. —

Niederlande.

Königin Wilhelmina hat heute vor den Generalstaaten ihren Eid auf die Verfassung geleistet. —

Italien.

Rom, 5. September. Der Belagerungszustand in den Provinzen Florenz und Mailand ist nunmehr aufgehoben.

Spanien.

Madrid, 5. September. Deputirtenkammer. Der Kriegsminister antwortet auf den Angriff gegen das Rundschreiben des Madrider Generalkapitäns und sagt, das Rundschreiben habe den Zweck, zu verhindern, daß die Reden der Deputirten in den Blättern falsch gedeutet würden. Die Regierung habe es zweckmäßig befunden, einer Veröffentlichung der Depesche des Generals Linares vorzubeugen. Gasset, der Direktor des „Imparcial", bezeichnet die gegenwärtige Lage der Presse als unhaltbar. Romero erklärt es für unmöglich, daß die verfassungsmäßigen Garantien noch weiterhin während der Session aufgehoben blieben; er behauptet ferner, die Regierung habe mit der Verhängung des Belagerungszustandes eine ungesetzlichkeit begangen, und tadelt desgleichen die Art der Ausübung der Zensur. Der Minister des Innern erwidert, es sei der Augenblick noch nicht gekommen, die verfassungsmäßigen Garantien wiederherzustellen. Nach einer Erwiderung Romero's wird die Sitzung geschlossen. —

Madrid, 5. September. Senat. Nach Mittheilung einiger Senatoren erklärte Rivera in der geheimen Sitzung des Senats im Namen des demokratischen Prinzips, die Frage wegen territorialer Abtretungen müsse öffentlich berathen werden, da dies den Verhandlungen nicht schaden könne. Der Ministerpräsident Sagasta müsse wie jede liberale Regierung mit der öffentlichen Meinung leben oder andernfalls zurücktreten. Sagasta erwiderte, internationale Fragen seien immer geheim berathen worden. Die Lage sei eine ernste, der Kriegszustand dauere fort, nur seien die Feindseligkeiten in Erwartung des Friedensschlusses eingestellt worden. Indiskretionen könnten den Verhandlungen schaden. Sobald der Friede geschlossen sei, würden alle Schriftstücke veröffentlicht werden; jetzt müsse man einig vor den Feinden erscheinen. Die Regierung appellire an den Patriotismus der Vertreter des Landes, damit Indiskretionen die Verhandlungen nicht beeinträchtigen. Rivera erwiderte, er mache die Regierung für die Verluste der Kolonien verantwortlich. Toda (konservativ) erklärte, die geheime Sitzung sei eine Verletzung der Verfassung. Andere Senatoren äußerten sich in ähnlichem Sinne. Der Senat beschloß schließlich mit 57 gegen 6 Stimmen, die geheime Sitzung fortzusetzen. Die Konservativen stimmten mit der Majorität, die Demokraten und Republikaner dagegen. —

Madrid, 6. September. Die Regierung wird in der laufenden Session keinen Anleihe-Gesetzentwurf vorlegen. Die Frage der Reorganisation der Finanzen soll erst nach Unterzeichnung des Friedens zur Erwägung kommen. — Ende September sollen die Kammern sich bis Anfang nächsten Jahres vertagen. —

Madrid, 6. September. Nach amtlichen Telegrammen aus Barcelona erachtet man dort die gemeldete Verhaftung einer kleinen, bewaffneten Bande als jeder Bedeutung entbehrend. Man glaubt, die Theilnehmer seien Anarchisten. — Heute Vormittag fand ein Ministerrath statt, der sich längere Zeit hindurch mit den für die nächste Zeit bevorstehenden Erörterungen in den Kammern und der Philippinenfrage beschäftigte. Es wurde beschlossen, Kriegsschiffe nach den Philippinen zu entsenden, um diejenigen Spanier, welche es wünschten, in die Heimath zurückzuschaffen. Der Minister des Auswärtigen theilte mit, daß der diesseitige Botschafter in Paris, Leon y Castillo, zu einer Besprechung mit ihm in Madrid erwartet werde. — Heute Abend werden die Direktoren der Madrider Blätter zusammenkommen, um die Frage der Handhabung der Zensur zu besprechen. —

Serbien.

Belgrad, 5. September. Nach aus Uesküb von serbischer Seite eingegangenen Nachrichten hat Saad Eddin Pascha, welcher mit der Untersuchung der von Arnauten gegen Serben verübten Gewaltthaten betraut ist, seine Thätigkeit begonnen, ohne das Eintreffen der serbischen Delegirten abzuwarten. —

Afrika.

Sudanfeldzug. Aus Omdurman wird vom 5. September gemeldet: Ein Theil der englischen Armee verfolgt noch immer den Khalifen, die übrigen Truppen lagern in der Nähe des Nils, um auszuruhen. Verschiedene Kavallerie-Regimenter haben 48 Stunden im Sattel zugebracht, darunter 14 Stunden im Kampfe. General Kitchener hat selbst den Befehl über die den Khalifen verfolgenden Truppen übernommen. Der Gesammtzustand der Armee ist ein guter. Der Khalif ist nach Kordofan geflohen.

Reformpläne in Marokko. Ueber Madrid wird der „Int. Korr." folgende Drahtmeldung aus Tanger übermittelt: Die geplante Aussendung außerordentlicher marokkanischer Gesandtschaften nach Europa hat einen ernsten politischen Hintergrund. Sultan Abdul

Aziz beabsichtigt, sein Heer nach europäischem Muster zu organisiren, wozu einerseits deutsche Heeresinstrukteure berufen und andererseits junge Marokkaner zur Ausbildung im europäischen Militärdienst entsandt werden sollen. Gleichzeitig wünscht der Sultan die Schaffung einer Küstenflotte, für deren Dienst er ebenfalls Eingeborene in Europa ausbilden lassen will. Man sagt, daß sich Abdul Aziz zu diesen Plänen besonders auf Zureden des deutschen Gesandten entschlossen habe, weshalb es nicht unmöglich erscheint, daß die kürzliche Todtmeldung des Sultans auf diejenigen Kreise zurückzuführen ist, welche diese Pläne vereiteln möchten. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Händler und Händlerinnen! Um über den Stand der jetzigen Bewegung Bericht zu erstatten und gleichzeitig um über neue Schritte zu berathen, welche zur Wahrung unserer Interessen nothwendig sind, finden in dieser Woche drei Versammlungen statt, und zwar am Mittwoch, den 7. d. M., abends 8 Uhr, im „Kolberger Salon", Kolbergerstr.; am Freitag, den 9. d. M., abends 8 Uhr, in „Krieger's Festsälen", Wasserthorstr. 68, und am Sonntag, den 11. d. M., mittags 11 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstraße 26 c. Es ist Pflicht eines jeden Berufskollegen, für den Besuch dieser Versammlungen zu agitiren und auch diejenigen Arbeiterkreise zur Bewegung heranzuziehen, welche gegenwärtig noch in Arbeit, im Winter aber infolge der Arbeitslosigkeit zum Handel greifen müssen. Die Agitations-Kommission. J. A.: Karl Plewe, Kl. Markusstr. 4a.

Zum internationalen Glasarbeiter-Kongreß. Der internationale Glasarbeiter-Kongreß findet Sonntag, den 18. September, mittags 1 Uhr in Berlin im Saale des „Englischen Gartens", Alexanderstr. 27c, statt. Da bis heute von keiner Seite Anträge eingelaufen sind, so hat das internationale Komitee beschlossen, die provisorische Tagesordnung wie folgt festzusetzen: 1. Wahl des Bureaus. 2. Feststellung der Geschäftsordnung. 3. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate. 4. Bericht des Sekretärs. 5. Bericht der Delegirten. 6. Die Lohnfrage. 7. Die Arbeitszeit. 8. Die Schutzzoll-Frage. 9. Organisation der Glasarbeiter. 10. Anträge. 11. Internationales Sekretariat. 12. Der nächste Kongreß. — Die unterzeichnete Kommission ersucht nun die Glasarbeiter aller Länder, so weit es noch nicht geschehen, ungesäumt die Zahl der gewählten Delegirten und ihre Namen an unterzeichnete Adresse einzusenden. Auch sonstige Anfragen, die den Kongreß betreffen und eventuelle Wünsche betreffs des Logis sind an Unterzeichneten zu richten. — Das Kongreßlokal befindet sich in der Nähe des Bahnhof Alexanderplatz und werden die Delegirten direkt im Kongreßlokal empfangen. — Oskar Loesch, Berlin, Swinemünderstr. 120. J. A. der Kongreßkommission.

Achtung, Bauarbeiter! Da es vielfach vorgekommen ist, daß die Kollegen die Verhaltungsmaßregeln nicht innehalten, so bringen wir nochmals die Beschlüsse zur Kenntniß. Sollten die Kollegen in Lohndifferenzen gerathen, so hat der Deputirte die Pflicht, der Kommission sofort Mittheilung zu machen. Ist selbiger nicht am Platz, so hat ein anderer Kollege es zu veranlassen. Die Arbeit darf unter keinen Umständen niedergelegt werden, bevor die Kommission die Sache recherchirt hat. Dasselbe trifft bei Maßregelungen und Aussperrungen zu. Wird gegen diese Vorschriften verstoßen, so wird die Unterstützung davon abhängig gemacht. Die Lohnkommission. J. A.: W. Roack.

Die Täschner der Firma Schmidt, Berlin, Elisabeth-Ufer 31, befinden sich im Ausstand. Der Zuzug ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

An die Arbeiter des In- und Auslandes wendet sich heut die Magdeburger „Volksstimme" in folgendem Aufruf: In Magdeburg ist ein harter Kampf zwischen dem Verbande der Unternehmer des Maurer- und Zimmerergewerbes und den auf Bauten beschäftigten Arbeitern ausgebrochen. Der Streit dreht sich um die Frage, ob die Gleichberechtigung der Arbeiter anzuerkennen ist oder nicht. Die Arbeiter haben alles versucht, den Frieden herbeizuführen und zu festigen, sind aber mit allen Forderungen nur rauh abgewiesen; die Arbeitgeber haben ihr vor dem Herrn Oberbürgermeister Schneider gegebenes Versprechen: eine Kommission einsetzen zu wollen, die Streitigkeiten schlichtet und Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzt, schnöde mißachtet und eigenmächtig bis zum Jahre 1900 die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgesetzt. Infolge dieses Kampfes sind 1500 Personen ausgesperrt, denen sich durch Arbeitsniederlegung weitere 500 Personen angeschlossen haben — im ganzen sind durch den Gewaltstreich der Unternehmer und deren Herrschergelüste zirka 3500—4000 Personen dem Hunger und Elend preisgegeben. Arbeiter allerorts! Steht den Ausgesperrten und Streikenden thatkräftig bei. Die Solidarität der Magdeburger Arbeiterschaft ist oft genug erprobt worden, sie stand nicht an letzter Stelle, wenn es galt, ihre kämpfenden Brüder zu unterstützen. Vorerst ist nothwendig, daß kein Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter nach Magdeburg reist; jeder Zuzug erschwert den Kampf der Ausgesperrten und Streikenden, sodann wolle man bedenken, daß der Kampf ungeheure Opfer verschlingt. Wir wiederholen: Die Ausgesperrten haben versucht, die Streitigkeiten gütlich zu schlichten, aber alle Versuche mißlangen, der Kampf ist den Ausgesperrten aufgedrängt, er muß ausgefochten werden. Arbeitsbrüder! Die Ausgesperrten und Streikenden appelliren an Euer Solidaritätsgefühl.

Die streikenden Maurer in Frankfurt a. M. haben beschlossen, den Ausstand fortzusetzen. Wie bereits berichtet, haben eine große Anzahl Unternehmer durch öffentliche Bekanntmachung die Forderungen der Arbeiter indirekt zugestanden. Infolge dessen sind 700 Maurer in Arbeit getreten. 240 befinden sich noch im Ausstand. Die Lohnkommission wird den Arbeitgebern den Antrag unterbreiten, die noch in Frage kommenden Punkte einer gemischten, von seiten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gewählten Kommission zur Erledigung überweisen, um eine Verständigung herbeizuführen.

Uebelstände in der Krupp'schen Fabrik in Essen. Der in Essen erscheinende „Weckruf" schreibt: Das Ueberstundenunwesen auf der Krupp'schen Fabrik bildet eine ständige Klage der Arbeiter. Bei Krupp besteht nämlich nur dem Namen nach eine 10stündige Arbeitszeit. Im Kanonenressort und in den Reparaturwerkstätten regelmäßig, auch in den Feuerbetrieben nicht selten, werden zahlreiche Ueberstunden gemacht. Gewöhnlich wird zweimal in der Woche bis 11 Uhr abends gearbeitet, so daß an diesen Tagen eine 15stündige Arbeitszeit abgemacht werden muß. Es kommt sogar oft eine dreimalige wöchentliche Ueberzeit von einer halben Schicht vor und dazu gesellt sich eine, mit merkwürdiger Regelmäßigkeit wiederkehrende Sonntagsarbeit. Wie es möglich ist, daß bei Krupp manchmal monatelang Sonntag für Sonntag nicht etwa Reparaturen, sondern Kommissionsarbeiten gemacht werden können, ist uns unerklärlich. Die Gewerbe-Ordnung giebt den Inspektoren das Recht, für besonders dringende Fälle Sonntagsarbeit in beschränktem Maße zuzulassen. Nur Arbeiten, welche den Fortgang des Betriebes ermöglichen müssen, dürfen regelmäßig an den Sonntagen fertiggestellt werden. Aber bei Krupp raubt man den Arbeitern monatelang jeden freien Sonntag, damit Geschützbestellungen irgend eines Staates schnell erledigt werden können — und oft hat man noch viele Wochen später das Vergnügen, seine Sonntagsarbeit im Schuppen am Schießstand 2c. zu betrachten. Hier stehen dieselben Geschütze dann noch öfter monatelang, an denen Sonntag für Sonntag gearbeitet wurde. Ist dies der Behörde bekannt? Sie muß doch zu jeder sonntäglichen Ausnutzung der Arbeiter vorher um Genehmigung ersucht werden! Oder ist das in Essen keine Mode?

Gewiß, die Ueberstunden geschehen freiwillig — nur fragt mich nicht warum. Der größte Theil der Arbeiter verdient thatsächlich so wenig, — es wurden noch letzthin in einer mechanischen Werkstatt an Schlosser 20—30 M. pro 14 Tage ausgezahlt! — daß er die Ueberstunden machen muß, will er existiren. Gern möchten die Leute abends um 6 Uhr nach Hause, aber die Noth zwingt sie, ihre Gesundheit zu opfern. Lese man nur den Bericht des Fabrikinspektors für Essen-Duisburg nach; der Beamte spricht ungeschminkt von der Verderblichkeit der Ueberstunden für die Arbeiter und schlägt vor, „eine längere Arbeitszeit wie 11 Stunden von der behördlichen Genehmigung abhängig zu machen". Wenn dem so sein würde, dann wäre viel geholfen.

In der Buchbinderei von Barthel in Leipzig ist das gesammte Personal wegen Tarifstreitigkeiten im Ausstand.

In Rostock haben auf dem Platz des Steinmetzmeister Heinig 21 Steinmetzen die Arbeit eingestellt.

Gelegentlich eines kurzen Aufenthaltes im oberschlesischen Industrierevier gelang es dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, Legien, in einer oberschlesischen Bergarbeiter-Versammlung in Dorotheenstadt bei Zabrze zu sprechen. Diese Versammlung sollte über die Absendung einer Petition um Abänderung der Knappschaftsstatuten berathen und war gut besucht. Legien legte den Versammelten in längerer Rede dar, daß der Weg der Petition wenig Erfolg verspreche, daß dagegen alles darauf ankomme, gute Organisationen zu schaffen, die auf die Wahl tüchtiger Knappschaftsältesten Einfluß bekommen müßten. Er empfahl ihnen daher den Eintritt in den Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verband.

Die Versammlung wird wahrscheinlich zu einem Nachspiele vor Gericht in Form eines Majestätsbeleidigungs-Prozesses führen; bei einem an recht ungeeigneter Stelle vom Vorsitzenden ausgebrachten Kaiserhoch blieb ein Arbeiter sitzen; er soll allerdings taub sein und nicht Deutsch verstehen, sodaß er wohl straflos bleiben muß.

Die Lederfärber in der Fabrik von Holste u. Ko. in München haben wegen Maßregelung einiger Kollegen die Arbeit eingestellt. Die Lederfärber Berlins werden ersucht, kein Leder für die genannte Firma herzustellen.

Ausland.

Das Ende des Bergarbeiterstreiks in Südwales. Aus London wird uns geschrieben: Es war einer der bittersten wirthschaftlichen Konflikte, der am 3. September seinen Abschluß gefunden hat. An die 100 000 Bergleute haben 22 Wochen lang um bessere Bedingungen gekämpft. Sind sie siegreich oder besiegt aus dem Kampfe hervorgegangen? Anstatt einer kurzen Antwort geben wir lieber die Thatsachen, so komplizirt sie auch sein mögen.

Das südwalisische Ablohnungssystem beruht auf der Gleitskala: der Lohn richtet sich nach dem Verkaufspreise der Tonne Kohlen. Von 1879 bis Ende März 1898 galt u. a. folgende Skala: Der Lohn stieg oder fiel um 8¾ pCt., je nachdem die Tonne Kohle im Verkaufspreise um 1 Schilling gestiegen oder gefallen ist. Im März 1898 stand der Durchschnittslohn des Bergarbeiters um 12½ pCt. höher als im Jahre 1879. Als nun Anfang April 1898 eine neue Gleitskala festgesetzt werden sollte, da stellten die Bergleute folgende Forderungen:

1. Eine Skala von 10 pCt. anstatt der bisherigen von 8¾ pCt. 2. Die Festsetzung eines Minimal-Kohlenpreises mit 10 Schilling pro Tonne, was eine Erhöhung von 21¼ pCt. über den Stand im Jahre 1879 bedeutet hätte. 3. Die Aufstellung eines Schiedsrichters, um in Sachen zu entscheiden, über welche das Vereinte Komitee der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich nicht einigen könnte. 4. Eine sofortige Lohnerhöhung von 10 pCt., bis die neue Skala eingeführt ist.

Die Bergbesitzer verwarfen sämmtliche Vorschläge und boten dafür: 1. Eine Skala, die eine Reduktion von 2½ pCt. der bisherigen Löhne bedeutet hätte. 2. Die Einführung von Abgangsnoten. 3. Die Abschaffung des Ruhetages am ersten Montag eines jeden Monats (Mabonday).

Die Antwort der Besitzer war also ein Angriff auf die bisherigen Errungenschaften der Bergleute. Sie gingen zur Offensive über, da sie wußten, daß die Bergleute über keine Organisation und keine Mittel verfügten. Der Kampf begann, und nachdem er einige Monate gedauert und ein Vermittelungsversuch fehlgeschlagen hatte, verloren die Bergbesitzer etwas von ihrem Kampfmuthe und schlugen folgende Bedingungen vor:

a) Die alte Gleitskala soll als Grundlage des auf 4 Jahre abzuschließenden neuen Uebereinkommens dienen. Dieses Uebereinkommen kann sechs Monate vor seinem Ablauf gekündigt werden. b) Abschaffung des Mabonday. c) Lohnerhöhung von 5 pCt.

Das war am 18. Juli 1898. Diese Vorschläge bedeuten gewiß einen Rückzug der Bergbesitzer. Die Arbeiter schlugen jedoch diese Konzessionen aus und der Streik nahm seinen Fortgang. Erst am 29. August 1898 traten die Vertreter der streitenden Parteien zu einer Konferenz zusammen, die nach neunstündiger Dauer resultatlos zu verlaufen drohte. Die Bergbesitzer lehnten es entschieden ab, über die Vorschläge vom 18. Juli hinauszugehen. Schließlich verständigten sie sich doch zu einer kleinen Modifikation des Vorschlages a, der jetzt lautet:

„Sollten die Besitzer auf grund des neuen Uebereinkommens, nach dem 1. September 1899, die Löhne unter den Stand vom März 1898 reduziren, so steht den Arbeitern das Recht zu, das Uebereinkommen zu kündigen." Die Arbeitervertreter erklärten sich sodann zu einem Uebereinkommen bereit und legten den Streikenden die Vorschläge zur Abstimmung vor. Am 31. August fand die Abstimmung über Vorschlag a und c statt, die folgendes Resultat ergab: 61 912 für, 37 077 gegen die Annahme, 8800 enthielten sich. Die Mehrheit für die Annahme der Vorschläge a und c betrug also 24 835. Dagegen wurde Vorschlag b einer besonderen Kommission zur Regelung anvertraut. Am 1. September wurde auch Vorschlag b angenommen, was den langwierigen Kampf zum Abschluß brachte. Wer hat da gesiegt? Darauf gaben die Arbeiter selber die Antwort. Sie fühlten sich als besiegt, trotz der zeitweiligen Lohnerhöhung von 5 pCt. Aber erschlagen ist der Begriff von der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit, der in Südwales bislang geherrscht hatte. Sogleich nach der Abstimmung wurde beschlossen, große Kampforganisationen zu bilden und sich der englischen Bergarbeiter-Föderation anzuschließen. —

Soziales.

Aerztestreik in Remscheid. Wie aus Remscheid berichtet wird, wollten dort sämmtliche, an der Orts-Krankenkasse angestellte Kassenärzte, 14 an der Zahl, am 4. September Knall und Fall ihre Thätigkeit für die Kasse ein. Am selben Tage, und zwar noch ehe dem Kassenvorstand diese Maßregel der Aerzte bekannt war, veröffentlichte die „Remscheider Zeitung" durch Maueranschlag den seitens der Aerzte an den Vorstand gerichteten Brief, der da lautet:

„Remscheid, 4. September 1898.

An den Vorstand der Allgemeinen Orts-Krankenkasse Remscheid.

In Erwiderung Ihrer Zuschriften an einzelne Herren Kollegen theilen wir Ihnen mit, daß wir vom heutigen Tage ab unsere Funktionen als Kassenärzte niedergelegt haben. Zu allen weiteren Verhandlungen steht Ihnen die von uns gewählte Kommission zur Verfügung. Im Auftrage 2c.

Dr. Fischer. Dr. Lüdeke. Dr. Boehnke"

Zu dieser Angelegenheit wird uns geschrieben:

„Die Allgemeine Orts-Krankenkasse in Remscheid regelte bisher die Arztfrage so, daß die Aerzte auf das Kalenderjahr für eine Pauschalsumme von rund 50 000 M. verpflichtet wurden, ohne daß ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen wurde. Die Kasse beschränkte sich darauf, denjenigen Aerzten, die sie für das nächste Jahr zu verwenden gedachte, vor Ablauf des Vertragsjahres davon Mittheilung zu machen. Beim Abschluß der Verträge für 1898 beabsichtigte die Kasse einen der Aerzte, gegen den Beschwerden der Mitglieder vorlagen, nicht mehr zu verwenden, weshalb sie für ihn Ersatz zu schaffen bemüht war. Da die Kasse nun, durch die jahrelangen Erfahrungen gewitzigt, zur Einsicht gekommen war, daß eine für die Krankenkasse ersprießliche Arztthätigkeit nur von solchen Aerzten zu erwarten ist, die sich ganz in den Dienst der Kasse stellen und auf jede Privatpraxis verzichten, so wurde die Stelle dieses Arztes und die eines Augenarztes mit je 6000 M. Gehalt ausgeschrieben, wobei den Reflektanten der Verzicht auf Privatpraxis zur Pflicht gemacht wurde. Es liefen auch 51 Offerten ein. Das Vorgehen der Kasse brachte die Aerzte aber so in Harnisch, daß sie ganz gegen den Vertrag, der sie ja bis 1. Januar verpflichtet, die Thätigkeit einstellten, weil sie, jedenfalls aber ohne Grund, für ihre eigene Zukunft fürchteten. Auch hier scheinen die Aerzte im Einverständniß mit den Aufsichtsbehörden zu handeln, da sie sofort am 4. September unter den Patienten zu einem Vorgehen gegen den Vorstand Unterschriften sammelten, noch ehe derselbe überhaupt von ihrem Vorgehen Kenntniß erhalten hatte, und damit am 5. September einige Herren nach der Regierung in Düsseldorf sandten. Wie übrigens jetzt bekannt wird, hat bei der letzten seitens der Regierung vorgenommenen Revision der Regierungsbeamte, dem die Meinung des Vorstandes in der Arztfrage bekannt war, zu einigen Interessenten geäußert, sie sollten sich gegenüber der Kasse vorsehen, ehe ihnen die Verhältnisse über den Kopf wüchsen. Es ist abzuwarten, welche Schritte die Regierung nun gegenüber dem augenscheinlich ungesetzlichen Vorgehen der Aerzte unternehmen wird.

Welche Bedeutung dieser Aerztestreik für Remscheid hat, geht daraus hervor, daß die genannte Kasse 9000 Mitglieder hat und daß außerdem noch 14 000 Angehörige in betracht kommen, da auch diesen seitens der Ortskasse ärztliche Hilfe zu theil wird.

Es gehört ein großer Grad von Frivolität dazu, wenn die Aerzte unter solchen Verhältnissen sich ihrer Pflichten entäußerten."

Treu geblieben ist der Kasse ein älterer Arzt, ferner steht eine Aerztin zur Verfügung. Der Vorstand der Kasse hat vor die Wohnungen der früheren Kassenärzte Beauftragte postirt, die den die Aerzte konsultirenden Patienten das Honorar verabfolgen und ihnen die Rezepte mit einer Marke bekleben, die die Rezepte als solche der Kasse kenntlich macht. Im übrigen hofft der Vorstand, daß der Kasse schon in einigen Tagen genügend Aerzte zur Verfügung stehen werden.

Die übermäßige Ausbeutung der Dreschmaschinenarbeiter durch die Besitzer der Dreschmaschinen hat den Landrath des holsteinischen Kreises Norderdithmarschen, Herrn Behncke, zu einer anerkennenswerthen Polizeiverordnung veranlaßt. Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung" in Kiel hatte im Oktober v. J. die unmenschliche Behandlung jener Arbeiter zur Kenntniß der Oeffentlichkeit gebracht. Von einer geregelten Arbeitszeit der Dreschmaschinenarbeiter war von jeher keine Rede. Bei mangelhafter Beköstigung und in undurchdringlichen Staub gehüllt, mußten die Arbeiter tagtäglich, auch des Sonntags, 16—20 Stunden thätig sein. War die Tagesarbeit vollendet, so hatten die Arbeiter weder Zeit noch Gelegenheit, sich von Staub und Schmutz zu reinigen, denn noch mußten sie einen oft stundenweiten Weg, nicht selten bei strömendem Regen, bis zur nächsten Arbeitsstelle zurücklegen. Erst dann, wenn auf dem neuen Arbeitsplatze die Maschine „klar zum Drusch" wieder aufgestellt war, konnten sie daran denken, ihren ermatteten Körper etwa 3—4 Stunden auf einem elenden Strohlager ausruhen zu lassen. Bei dem übergroßen Angebot von Arbeitskräften war es den Unternehmern auch stets ein Leichtes, den Lohn beliebig festzusetzen. Er beträgt in den meisten Fällen 15—20 Pf. pro Stunde. Es ist erklärlich, daß unter solchen Umständen die Arbeiter recht häufig ein Opfer schwerer Unglücksfälle werden.

Mit den schlimmsten Uebelständen räumt nun die Polizei-Verordnung des Landraths auf. § 1 derselben verbietet das Dreschen vom Beginn der Dreschkampagne bis zum 1. Oktobrr in der Zeit vor 5 Uhr morgens und nach 8 Uhr abends, in der übrigen Zeit des Jahres nach 7 Uhr abends. § 2 gestattet das Dreschen in den Scheunen nur dann, wenn dieselben den Arbeitern genügend Bewegungsfreiheit bieten. Nach § 3 hat das Dreschen möglichst nur bei Tageslicht stattzufinden. Soll nach eingetretener Dunkelheit gedroschen werden, so sind die Arbeitsstellen genügend zu beleuchten. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, denn gar häufig ist es vorgekommen, daß infolge der ungenügenden Beleuchtung die Arbeiter von dem Boden gestürzt sind. § 6 besagt: „Den beim Dreschen beschäftigten Personen ist Gelegenheit zu geben, sich in den Pausen und nach der Arbeit zu waschen und vom Staube zu reinigen." § 7 lautet: Für eine gesundheitlich einwandfreie Unterbringung der beschäftigten Arbeiter während der Nachtzeit hat derjenige Landwirth, in dessen Betrieb gedroschen wird, zu sorgen. Von dem Dreschmaschinen-Besitzer ist jedem Arbeiter eine genügend große, wollene Decke zur Benutzung zu überweisen.

Es wäre zu wünschen, daß die Regierung die Landrathsämter generell anwiese, in ähnlicher Weise, wie es der Landrath des Kreises Norderdithmarschen gethan hat, für den Schutz der Arbeiter zu sorgen.

Arbeiter-Risiko. Dem Handlanger Becker aus Girlen bei Freiburg in Schlesien fiel aus einer Höhe von 9 Metern ein Materialkasten auf den Kopf. Der Unglückliche erlitt einen Schädelbruch und innere Verletzungen, die seinen Tod herbeiführten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Blankenburg a. Harz, 6. Septbr. (W. T. B.) Die hiesigen Stadtverordneten haben zwei ihrer Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens ausgestoßen. Hiergegen legten die Ausgestoßenen Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof ein und erkämpften ein obsiegendes Urtheil, worauf alle übrigen Stadtverordneten ihr Amt niederlegten. Dieser Beschluß wurde von der herzoglichen Kreisdirektion nicht bestätigt. Nunmehr hat der Regent von Braunschweig die Auflösung der Versammlung verfügt.

Budapest, 6. September. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Zu Beginn der Sitzung legt Abgeordneter Berzeviczy die Würde des Vizepräsidenten nieder. Die Berathung des Antrages Eötvös, der Regierung wegen ihrer Haltung in der Ausgleichsfrage ein Mißtrauensvotum zu ertheilen, wird auf nächsten Montag vertagt. Ministerpräsident Baron Banffy beantragt, daß das Haus in die Erledigung seines Arbeitsprogrammes eintrete. Szentivanyi (Nationalpartei) erklärt, daß das Votum seiner Partei von den Aufklärungen darüber abhänge, was die Regierung zu thun gedenke, falls es nicht gelingen sollte, das Zollbündniß mit Oesterreich auf parlamentarisch-konstitutioneller Grundlage zu erneuern. Der Ministerpräsident wiederholt in Beantwortung der Interpellation und zugleich der von Szentivanyi gestellten Anfrage den Inhalt der gestern von ihm im liberalen Klub abgegebenen Erklärung. Er führt aus: In beiden Parlamenten werden die Ausgleichsvorlagen noch im September zur Verhandlung gelangen. Wenn sich das österreichische Parlament wieder aktionsunfähig erweist, so schreiben die Gesetze den Weg vor, den Ungarn einschlagen müsse. Dieser Weg bedeute jedoch nicht die absolute Nothwendigkeit der wirthschaftlichen Trennung. Die Regierung, wie auch die liberale Partei ständen auf dem Standpunkte, daß die Aufrechthaltung der Zollgemeinsamkeit den Interessen Ungarns entspricht. So lange die Aktionsunfähigkeit des Wiener Reichsraths nicht festgestellt ist, könne er sich schon aus Gründen des politischen Anstandes nicht über das weitere Vorgehen äußern. Die Regierung werde dem Hause für diesen Fall rechtzeitig die nöthigen Vorlagen machen und das Haus werde dann in der Lage sein, Kritik zu üben. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Antwort des Ministerpräsidenten wird von der Mehrheit zur Kenntniß genommen.

Paris, 6. September. (W. T. B.) Der Sekretär des Advokaten Labori begab sich heute früh in das Justizministerium, um dem Direktor Lombard ein von Labori und Demange zur Unterstützung des Revisionsgesuches der Frau Dreyfus verfaßtes Gutachten zu überreichen.

Kanea, 6. September abends. (Meldung der „Agence Havas".) An mehreren Stellen der Stadt Kandia ist die muselmännische Bevölkerung im Kampfe mit den englischen Truppen. Der Zivil- und der Militär-Gouverneur von Kanea haben Admiral Pottier das Anerbieten gemacht, türkische Truppen zur Unterstützung der Engländer zu stellen, und haben dem Gouverneur von Kandia anempfohlen, den Versuch zu machen, die Bevölkerung zu beruhigen.

Kanea, 6. September. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Heute Abend 6 Uhr wurde Kandia bombardirt.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poertsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Demokratische und reaktionäre Abrüstung.

Im neuesten Heft der „Neuen Zeit" finden sich Artikel von Mehring und Kautsky zu dem zarischen „Friedensmanifest". Es ist unmöglich, beide sehr bemerkenswerthe Artikel hier wiederzugeben; wir müssen uns auf die Wiedergabe eines großen Theiles der Kautsky'schen Ausführungen beschränken. Kautsky legt zunächst dar, daß dem angeblichen Friedensmanifest ein schlaues Intriguenspiel der russischen Diplomatie zu grunde liege; er fährt dann fort:

„Damit, daß man nachweist, der russischen Diplomatie sei die Idee der Abrüstung nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck, wird die Bedeutung dieser Idee natürlich um nichts verringert, ebenso wie der Nachweis, daß die russische Diplomatie sich der nationalen Bestrebungen der Balkanvölker zu ihrem Vortheil bediente, durchaus nicht bewies, daß diese Bestrebungen verwerflich oder künstlich geschaffen seien. In dem schon erwähnten Artikel (über die auswärtige Politik des russischen Zarenthums. „Neue Zeit" 1890) weist Fr. Engels darauf hin, daß „die russische Diplomatie für alle ihre Erfolge eine sehr handgreifliche materielle Unterlage hat". Ihre Kraft bestand darin, daß sie in den thatsächlichen Verhältnissen tief begründete Strömungen in ihre Dienste nahm — ebenso wie die Jesuiten, während der Troß der anderen Diplomaten, gleich dem nichtjesuitischen Pfaffenthum, es liebt, sich dem Strome der Zeit verständnißlos entgegenzustemmen."

Die Idee der Abrüstung entspricht einem in ganz Europa mächtig anwachsenden Bedürfniß; der leiseste Schimmer einer Möglichkeit ihrer Verwirklichung muß ihr zahllose Proselyten zuführen. Daß die jetzige Methode der steten Vermehrung der stehenden Heere und ihrer Rüstungen ein Wahnsinn ist, der entweder zum Bankrott oder zu einem noch größeren Wahnsinn führen muß: zum Kriege, um die unerträglichen Lasten des bewaffneten Friedens abzuschütteln — das sagt sich jeder Einsichtige seit langem. Man zweifelte blos an der Möglichkeit, unter den heutigen Verhältnissen eine allgemeine Entwaffnung durchzuführen. Jetzt ist diese Möglichkeit gegeben, und wie unwahrscheinlich es auch erscheinen mag, daß sie zur Wirklichkeit wird, wir müssen mit ihr rechnen.

Die Idee der Abrüstung ist aber keine so einfache, wie sie auf den ersten Blick erscheint. Viele Wege führen nach Rom, und auch zur Abrüstung kann man auf mehreren Wegen gelangen, die voneinander total verschieden sind.

Der eine Weg besteht in der Herstellung des ewigen Friedens, in der einfachen Aufhebung aller Heere und der Austragung aller internationalen Differenzen durch ein Schiedsgericht. Dieser Weg wäre der wünschenswertheste und radikalste. Ihm zunächst kommt der Weg der Ersetzung des stehenden Heeres durch eine Bewaffnung des zur Wehrhaftigkeit erzogenen Volkes. Die Volksbewaffnung bedeutet keine so entschiedene Entlastung der Volksmasse, wie die Ersetzung des Heeres durch einen internationalen Gerichtshof, und sie schließt keineswegs die Möglichkeit von Kriegen aus. Aber die Unterwerfung der Völker unter ein Schiedsgericht setzt einen Zustand voraus, in dem alle wichtigen internationalen Streitfragen bereits erledigt sind; einen Zustand voller Harmonie zwischen den Völkern in allen Lebensfragen, so daß nur noch über untergeordnete Punkte Streitigkeiten ausbrechen können, um derentwillen niemand einen Krieg riskiren würde. Wir erwarten, daß der Sozialismus diesen Zustand bringen wird, heute ist er sicher noch nicht da.

Weit besser als mit den internationalen Schiedsgerichten steht es mit der Volksbewaffnung. Diese bedarf zu ihrer Durchführung keines von dem heutigen verschiedenen Zustandes der internationalen Verhältnisse, ja sie bedarf nicht einmal eines internationalen Abkommens. Jede Nation kann die Volksbewaffnung für sich allein durchführen, ohne wehrlos zu werden, ja, unserer Ueberzeugung nach muß die Volksbewaffnung die kriegerische Kraft einer Nation noch steigern, wenn sie mit einer entsprechenden Volkserziehung verbunden ist.

Ist der Zar wirklich so tief von der Nothwendigkeit der Abrüstung durchdrungen, hat er wirklich das grauenhafte Unheil vollkommen begriffen, welches das heutige System des bewaffneten Friedens mit sich bringt, dann kann er abrüsten, auch wenn seine lieben Vettern nicht wollen; er braucht blos seinem Volke eine Wehrverfassung nach dem Muster der schweizerischen (mit Verbesserung der Jugenderziehung) zu geben.

Er wird sich freilich hüten, das zu thun. Die Volksbewaffnung, das ist die Grundlage der Demokratie. Sie verwandelt die Regierung aus dem Herrn in den Diener des Volkes, denn sie macht die Regierung wehrlos, freilich nicht dem äußeren, wohl aber dem inneren Feinde gegenüber. Die Volkswehr ist allerdings dazu zu gebrauchen, einzelne lokale Krawalle niederzuschlagen, wie die Schweiz lehrt; aber sie versagt gegenüber einer großen, organisirten, andauernden Volksbewegung.

Die Volkswehr bedeutet das Ende des verschämten ebenso wie des unverschämten Absolutismus. Daß sie in einem der europäischen Großstaaten von Regierungswegen eingeführt wird, ist undenkbar.

Ebenso undenkbar ist es aber, daß diese Regierungen, selbst wenn sie zu voller Einigkeit in allen schwebenden Fragen und zur Unterwerfung unter ein internationales Schiedsgericht gelangten, zur vollständigen Aufhebung der stehenden Heere sich verstehen würden.

Es ist absurd, anzunehmen, diese Art der Abrüstung werde ein Herrscher vorschlagen, der stets ein Armeekorps gegen seine geliebten Unterthanen mobil machen muß, so oft er eine einfache Eisenbahnfahrt zu unternehmen gedenkt.

Eine von den heutigen Regierungen durchgeführte Abrüstung kann weder die Volkswehr, noch die Aufhebung der stehenden Heere bedeuten; sie kann nur eines bedeuten: die Reduzirung dieser Heere auf Dimensionen, die es ihnen noch ermöglichen, das eigene Volk niederzuhalten; sie bedeutet Entwaffnung gegen den äußeren, nicht aber gegen den inneren Feind, Volksentwaffnung, nicht Volksbewaffnung.

Die allgemeine Wehrpflicht fängt an, den herrschenden Klassen Furcht einflößen. Der stete Drang, einander in den Rüstungen zu überbieten, zwingt zu immer stärkerer Heranziehung aller Wehrfähigen in die Reihen der Armee; das ganze Volk wird, wenn auch nicht bewaffnet, so doch mit den Waffen vertraut. Die finanziellen Rücksichten erzwingen dabei eine Verkürzung der Dienstpflicht, während gleichzeitig die städtischen, industriellen, revolutionären Volksschichten an Zahl und Kraft gegenüber den ländlichen, konservativen wachsen. So wird unter dem System der allgemeinen Wehrpflicht und der Riesenheere die Armee immer unzuverlässiger und die Herrschenden sehen mit Entsetzen den Tag nahen, an dem sie versagt.

Die Abrüstung gestattet ihnen, das Heer der allgemeinen Wehrpflicht durch eine Prätorianergarde zu ersetzen, durch eine Armee angeworbener Lumpenproletarier, unter deren Obhut die heiligen Güter unserer Kultur wohl geborgen sind.

Nur eine unangenehme Seite hat dieser schöne Plan: während die Abrüstung durch Volksbewaffnung jeder Staat für sich durchführen kann, weil sie ihn nicht wehrlos nach außen macht, erfordert die Ersetzung des stehenden Heeres der allgemeinen Wehrpflicht durch ein kleineres Berufsheer die vorherige Vereinbarung aller Großmächte des europäischen Kontinents, denn ein Heer von Berufssoldaten genügt nicht gegen eine aus der allgemeinen Wehrpflicht hervorgegangene Armee. Und so muß denn der hochherzige Jüngling auf dem Zarenthron einen Appell an die Großmächte erlassen, sie möchten sich mit ihm über die allgemeine Abrüstung einigen.

Er spricht dabei von Menschlichkeit und Kultur, aber er kann den Regierungen auch mit weniger schönen, dafür aber um so wirksameren Argumenten zu gunsten der Abrüstung dienen.

Das eine haben wir schon kennen gelernt: die wachsende Gefährlichkeit der allgemeinen Wehrpflicht. Das andere ist der wachsende Haß gegen England.

Die herrschenden Klassen in Europa sind aus ihrer revolutionären Epoche herausgetreten. Wohl sind die historischen Aufgaben auch in der internationalen Politik noch nicht alle gelöst, die zu lösen die historische Mission der Bourgeoisieherrschaft war. Aber der Bourgeoisie graut vor jeder revolutionären Aktion, denn sie weiß, von jetzt an muß jede große Veränderung nicht ihr, sondern dem Proletariat zu gute kommen. Quieta non movere, ist ihr Grundsatz. Rußland läßt den Panslavismus fallen, denn es kann kein österreichisches Gebiet mehr verdauen, ja selbst ein Zuwachs von Bulgaren oder Rumänen, die doch eine Spur europäischer Freiheit genossen, müßte dem russischen Absolutismus schwere Verlegenheiten bereiten. Schon gar nicht kann er daran denken, deutsches Gebiet zu annektiren. Das Deutsche Reich anderseits hat auch andere Sorgen, als die Vervollständigung des nationalen Staates durch die Einverleibung der unter habsburgischem Szepter lebenden Deutschen, und die savoyische Dynastie schafft ein unerlöstes und der Erlösung bedürftiges Italien im eigenen Lande und verliert darob alle Lust, revolutionäre Bewegungen im Nachbarlande zu unterstützen. Das heutige italienische Regime folgt den Spuren Haynau's, der „Hyäne von Brescia", nicht denen Garibaldi's.

Frankreich wieder steht zu Deutschland nicht in einem aktuellen, sondern nur traditionellen Gegensatz, wegen Elsaß-Lothringens. Gelänge es, diesen Gegensatz zu beseitigen, dann bestände zwischen den Großstaaten des Kontinents keine Frage, die sie zwingen würde, ihre jetzige schwere Waffenrüstung weiter zu tragen und noch zu verstärken.

Nicht in Europa, sondern in Afrika und Asien liegen heute die Ursachen schwerer Konflikte zwischen den europäischen Staaten; die Theilung Afrika's, wo Frankreich, und China's, wo Rußland den Löwenantheil verlangt, bedroht Europa mit den schwersten Kämpfen. Der gemeinsame Gegner aber, den die drei in China, respektive Afrika vorschreitenden Mächte Rußland, Deutschland, Frankreich finden, ist England.

Wir haben diese Situation und ihre Ursachen bereits vor einigen Monaten ausführlicher geschildert (Aeltere und neuere Kolonialpolitik, „Neue Zeit", XVI, 1, S. 769 ff.), können uns also mit dieser Andeutung begnügen.

Der Gegensatz gegen England wird nicht verringert dadurch, daß auf dem Kontinent Militarismus, Bureaukratismus und Agrarierthum die Oberhand gewonnen haben, indeß jenseits des Kanals Demokratie und Industrie herrschen und das Proletariat immer einflußreicher wird.

Die Kämpfe, die den kontinentalen Großmächten bevorstehen, sind nicht Kämpfe der Landarmeen, sondern Kämpfe der Flotten. Auf dem Meere ist aber England jedem Gegner gewachsen, und es darf zur See auf Alliirte rechnen, so in der chinesischen Frage z. B. wahrscheinlich auf die Vereinigten Staaten und Japan, die es auch jeder Koalition überlegen machen.

Es ist aber für die kontinentalen Großmächte unmöglich, Englands Vorsprung zu überholen, so lange sie ihre Rüstungen zu Lande in der bisherigen Weise fortsetzen. Der Versuch, gleichzeitig zu Lande und zur See eine entscheidende Militärmacht bilden zu wollen, hat bisher noch jede Nation ruinirt, die ihn wagte. Das glauben wir in unserer oben erwähnten Artikelserie nachgewiesen zu haben. Wollen die kontinentalen Großmächte England zur See überflügeln, dann müssen sie zu Lande abrüsten. Wenn die Abrüstung unter russischer Führung in der inneren Politik nichts bedeuten kann, als Ersetzung des Heeres der allgemeinen Wehrpflicht durch ein Berufsheer, so kann sie in der äußeren nichts bedeuten, als eine Allianz der Großmächte des europäischen Kontinents gegen England, eine Wiederbelebung der heiligen Allianz, der beizutreten Frankreich sich jetzt würdig erwiesen hat — wenigstens das den Generalstab vergötternde Frankreich. Auch die heilige Allianz von 1815 wurde von einem russischen Zaren angeregt; auch sie war äußerlich ein Friedensbund.

Diese neue heilige Allianz würde die ökonomischen Mittel, die bisher dem Landheer geopfert wurden, zum großen Theil frei machen, aber nicht für Zwecke der Kultur, sondern für Zwecke der Kriegsmarine; die Vergeudung bleibt, nur werden die Millionen nicht mehr auf dem Lande verpulvert, sondern ins Wasser geworfen. Nicht den Frieden bedeutet diese Art Abrüstung, sondern den Weltkrieg; allerdings nicht den Landkrieg, sondern den Seekrieg, den Krieg des vereinigten militaristisch-bureaukratisch-feudalen Europa gegen das bürgerliche demokratische Angelsachsenthum in allen fünf Welttheilen.

Wir können nicht wissen, ob diese Ziele der russischen Diplomatie klar vorschwebten, als sie ihren Abrüstungsvorschlag machte; ob dieser ein bloßes Produkt einer momentanen Verlegenheit oder das Anzeichen eines weitschauenden, tiefangelegten Planes ist. Aber wenn es zur Abrüstung unter der Leitung des russischen Absolutismus kommen sollte, dann kann sie nur diese Früchte tragen.

Leicht wird allerdings auch diese Form der Abrüstung — die einzige unter den heutigen Machtverhältnissen mögliche — nicht erreicht werden, Dank dem Erbe, das Bismarck dem deutschen Volke hinterlassen, der elsässischen Frage.

Wir wollen gern anerkennen, daß die deutsche Einheit, wenn sie nicht auf dem Wege der Herstellung der deutschen Republik erreicht werden konnte, nur möglich war unter der Aegide Preußens. Aber die Herstellung des Deutschen Reiches bedurfte auf keinen Fall der Annektirung von Elsaß-Lothringen. Der bornirte Militarismus konnte glauben, das Reich durch die Vogesengrenze besser zu sichern, ein weitsehender Staatsmann mußte bessere Mittel wissen, das neue Reich sicher zu stellen, als die Provozirung der ständigen Todfeindschaft des Nachbarn.

Indessen wäre es auch heute noch nicht zu spät, den damals begangenen Fehler wieder gut zu machen. Von einer einfachen Rückgabe des Reichslandes könnte allerdings nicht die Rede sein. Wir finden es vollkommen begreiflich, daß eine große Nation nicht zur Ruhe kommen kann, so lange sie jenseits ihrer Grenzen Landestheile weiß, die mit vollem Herzen an ihr hängen und von ihr ihre Wiedervereinigung und Befreiung erwarten. Aber ebenso wenig darf man andererseits erwarten, daß eine große Nation freiwillig Volksgenossen, die nicht von ihr lassen wollen, dem Fremden ausliefert. Eine friedliche Lösung der elsässischen Frage ist nur dann möglich, wenn beide Theile aufhören, die Reichslande als eine willenlose Beute zu betrachten, die demjenigen zufällt, der die Kraft hat, sich ihrer zu bemächtigen; wenn beide so weit demokratisch denken lernen, um zu erkennen, daß im Zeitalter der Volkssouveränetät die nationale Zugehörigkeit eines Landstriches im Zweifelsfalle nicht nach den Wünschen der Strategen zu entscheiden ist, sondern nach dem nationalen Empfinden der betroffenen Bevölkerung; daß es sich in der elsässischen Frage nicht darum handelt, ob der Rhein oder der Vogesenzug die französisch-deutsche Grenze bilden soll, sondern darum, ob diejenigen Landestheile, die deutsch fühlen, zu Deutschland, diejenigen, die französisch fühlen, zu Frankreich gehören sollen oder nicht. Von einer Zurückgabe derjenigen Bezirke, die deutsch bleiben wollen, an Frankreich kann absolut keine Rede sein. Gegen ein solches Ansinnen würde sich die gesammte Bevölkerung des Reiches erheben. Dagegen würde die freiwillige Zurückgabe jener Bezirke, die nach Frankreich zurückverlangen, kaum ernsthaftem Widerstreben in der Volksmasse begegnen, wenn damit die Last des Militarismus beseitigt würde. Das große Deutsche Reich mit seinen 52 Millionen Einwohnern kann es wohl vertragen, wenn die 38 Millionen Franzosen um ein paarmal hunderttausend Köpfe vermehrt werden. Und wenn es im Jahre 600 Millionen Mark zu Kulturzwecken frei bekäme, so würde dadurch die Größe und der Wohlstand der deutschen Nation sicher mehr gefördert, als durch die Thatsache, daß einige hunderttausend Franzosen von Berlin statt von Paris aus regiert werden.

Aber so einfach diese Lösung vom proletarischen, ja vom rein demokratischen Standpunkt aus erscheint, sie ist undenkbar für ein im Gedankenkreis des Militarismus aufgewachsenes Gehirn, dessen Ehrenkodex es verlangt, nie freiwillig eine eroberte Position aufzugeben, mögen auch Vernunft und Menschlichkeit noch so sehr darauf drängen. Und dieser Geist ist diesseits wie jenseits der Vogesen noch sehr stark. Bei jedem Kongreß der Friedensfreunde konnte man es bemerken, daß die holde Harmonie wüstem Krakehl wich, sobald die elsässische Frage aufs Tapet kam. Passirt das schon am grünen Holze der enragirten Friedensapostel, was soll da bei Konferenzen von Generälen und Diplomaten der alten Schulen herauskommen!

Die so vielgerühmte geniale Leistung Bismarcks, die Annexion Elsaß-Lothringens, dürfte der Stein sein, an dem die Abrüstung im Sinne Rußlands zerschellt. Sie wird den Zusammenschluß des reaktionären Europa gegen das ihm so verhaßte demokratische England hindern. Welche Ironie der Geschichte!

Aber wie immer auch die Ergebnisse der Friedenskundgebung Nikolaus II. sein mögen, sie bedeutet auf jeden Fall einen großen Schritt, der nicht wieder zurück gemacht werden kann und der nicht ohne Konsequenzen bleiben wird. Und heute kann keine bedeutende Veränderung mehr geschehen, die nicht der Sozialdemokratie zu gute käme.

Die Kundgebung des Zaren muß auch den gedankenfaulsten Philister aufrütteln. Von den höchsten Autoritäten wird ihm jetzt verkündigt, daß jene Reform, die die Sozialdemokratie schon längst gefordert, weder unpatriotisch, noch lächerlich, sondern dringend geboten ist zur Rettung des Friedens und der Kultur. Dieselben Parteien, die eben noch das landesverrätherische Treiben der Sozialdemokratie verhöhnt und gebrandmarkt, liegen heute auf dem Bauche vor dem Zaren, weil er die Forderung der Sozialdemokratie zu der seinen gemacht.

Gedenkt er sie nicht durchzuführen oder scheitert ihre Durchführung, um so schlimmer für die betheiligten Regierungen. Es beweist nicht die Undurchführbarkeit der Forderung, sondern nur die Impotenz des herrschenden Systems, dem die Kraft, die Ausdauer, die Einsicht fehlen, um eine einschneidende Reform durchzuführen, auch wenn es deren dringende Nothwendigkeit selbst erkannt. Es beweist, daß nur noch das Proletariat gewillt und im stande ist, eine ernsthafte Reform durchzuführen. Und bei jeder neuen Forderung zu Kriegszwecken wird den Regierungen die Kundgebung des Zaren entgegengehalten werden als Dokument ihrer Unfähigkeit, als Protest gegen ihr verderbliches Thun. Daraus ersteht der Sozialdemokratie ein Propagandamittel von unübertrefflicher Wirksamkeit.

Versuchen die Regierungen jedoch ernsthaft, die Abrüstung durchzuführen, aber in reaktionärem Sinne, was unter russischer Leitung selbstverständlich, dann wird ihnen dies nicht gelingen, ohne ernsthafte Konflikte im Innern. Bei aller Reaktion ist Europa doch nicht die Türkei; ein Kongreß von Diplomaten und Generälen kann nicht nach Belieben über die Völker Europas verfügen. Jeder Versuch einer Armeereform im reaktionären Sinne müßte in Westeuropa heftige Kämpfe entfesseln, geistige und politische Kämpfe, in denen der Sozialdemokratie die Führung aller volksfreundlichen Elemente zufiele. Jeder Versuch, das Volksheer durch ein Berufsheer zu ersetzen, die Mittel, die durch Verringerung der Armee verfügbar werden, der Flotte zuzuwenden oder eine heilige Allianz gegen die angelsächsischen Demokratien herzustellen, wird dem entschiedenen Widerstand der internationalen Sozialdemokratie begegnen.

Die Sozialdemokratie verlangt völlige Abrüstung oder Volksbewaffnung, nicht aber die Schaffung einer Prätorianergarde; sie verlangt Abrüstung zur See wie zu Land, sie verlangt den Weltfrieden, nicht blos den Frieden auf dem europäischen Festland.

Das ist es, was sie unter Abrüstung versteht. Was der russische Absolutismus darunter versteht, werden wir bald sehen."

Partei-Nachrichten.

Die Sozialdemokratie des Wahlkreises Weimar-Apolda hielt am Sonntag in Ilmenau eine Parteikonferenz ab, die von 11 Orten durch zusammen 19 Delegirte beschickt war. Aus dem Bericht des Zentral-Wahlkomitee's ist hervorzuheben, daß in den genannten Kreisen 85 Versammlungen abgehalten worden sind; in 43 davon referirte der Kandidat Baudert, der jetzige Abgeordnete des Kreises. Weiter traten unsere Genossen in mehr als 20 gegnerischen Versammlungen als Diskussionsredner auf. Flugblätter wurden vom Zentral-Wahlkomitee drei Stück, und zwar jedes in einer Auflage von 40 000 Exemplaren herausgegeben; dazu kommen noch die in den einzelnen Orten von den Lokalkomitee's herausgegebenen Flugblätter. Die Einnahmen während der Wahlbewegung betrugen 4870,11 M., die Ausgaben 5076,81 M., so daß noch 206,70 M. Schulden zu decken sind. Im Lande finden unsere Bestrebungen immer mehr Anhänger, wie das ja auch der Ausfall der Hauptwahl ergeben hat. Die Thätigkeit des Genossen Baudert im Landtage hat den Boden für die Reichstagswahl gut vorbereitet und sind es nunmehr nur noch wenige von den 165 Orten des Kreises, wo für die Sozialdemokratie gar keine Stimme abgegeben worden ist.

Beschlossen wurde, daß die Vororte der einzelnen Agitationsbezirke dafür sorgen sollen, daß an jedem Ort mit einer nennenswerthen Zahl von Genossen Parteiorganisationen geschaffen und Vertrauenspersonen bestellt werden. Die Gelder sind allmonatlich an den Kreisvertrauensmann abzuführen. Flugblätter sind im Laufe des Jahres mehrfach zu verbreiten, besonders sollen Reichstag und Landtag den Stoff hierzu liefern.

Damit Baudert, der die Funktionen des Kreisvertrauensmannes bisher versehen hat, nicht überlastet werde, wurde mit seiner Zustimmung Fischer aus Weimar als Kreisvertrauensmann gewählt. Auf dem Stuttgarter Parteitag wird der 1. weimarische Kreis durch Baudert vertreten sein.

Eine Kreiskonferenz für den Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück tagte am Sonntag in Suhl. Vertreten waren 12 Orte durch 24 Delegirte. Zunächst wurde über die Schaffung einer festgegliederten Kreisorganisation verhandelt, die bisher noch fehlt, obwohl der Erfurter Wahlkreis geographisch einer der zerrissensten in Deutschland ist. Es fanden die auf ein weitverzweigtes Vertrauensmänner-System abzielenden Vorschläge einstimmige Annahme. Hierauf wurde die Betheiligung an den Landtagswahlen besprochen, über die wir an anderer Stelle berichten. Als Delegirter für den Stuttgarter Parteitag wurde Redakteur Schulz aus Erfurt gewählt.

Das „Volksblatt für Anhalt" schreibt unter Zustimmung zu unserer ablehnenden Kritik eines das Parteiprogramm betreffenden Antrages der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung": „Wir gehen noch weiter. Uns scheint, der erste theoretische Theil unseres Erfurter Programms sollte überhaupt aus dem Programm fortbleiben. Theoretische Ansichten gehören nicht in ein Programm, sondern nur Forderungen. Und der zweite Theil unseres Programms wäre mit Rücksicht auf unsere praktische Politik noch weiter und besser auszubauen."

Den ersten Theil aus dem Programm zu streichen, hieße praktisch das hauptsächlichste dessen aufgeben, was uns von den bürgerlichen Parteien unterscheidet. Dagegen würde sich mit vollem Recht die ganze Partei auflehnen.

Todtenliste der Partei. Ein schwerer Verlust hat die Sozialdemokratie des schlesischen Wahlkreises Landeshut-Jauer-Bolkenhain durch den Tod des Färbers Heinrich Grünert in Schöneberg betroffen. Mit Grünert, der ein Alter von 63 Jahren erreichte, ist einer der ältesten und treuesten Genossen des Wahlkreises aus dem Leben geschieden, aus einem Leben voll Kampf und Verfolgung, Noth und Entbehrung. Ein Menschenalter hindurch hat der „Alte vom Berge", wie ihn die Genossen nannten, Kämpfer geworben für die Partei des arbeitenden Volkes. Anspruchslos, freimüthig und offen, verstand er es, sich sowohl die Herzen der Genossen zu erobern, wie die

Achtung und Anerkennung seiner politischen Gegner zu erzwingen. Die Stürme des Sozialistengesetzes sind über sein graues Haupt hinweggebraust, er stand unerschütterlich, die fanatische Verfolgungswuth seiner religiösen Gegner umschlich ihn, er hat nicht gewankt. Ehre seinem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— In einem Ausfluge, den der Sozialdemokratische Wahlverein in Goslar nach der Stadtforst unternommen hatte und zu welchem vom Vorstand in der „Goslarschen Zeitung" mittels Annonce zur Betheiligung aufgefordert worden war, hatte die Polizei eine politische Versammlung unter freiem Himmel erblickt, die der behördlichen Genehmigung bedurft hätte. Sie löste die „Versammlung" auf und zwei Vorstandsmitglieder erhielten später je ein Strafmandat zu 45 M., ein Vorstandsmitglied eins zu 15 M. und 19 andere Parteigenossen je ein Strafmandat zu 3 M. oder entsprechender Haft, erstere drei wegen der Veranstaltung des Ausflugs, die übrigen wegen ihrer Theilnahme an demselben. Sämmtliche Empfänger der Strafmandate beantragten gerichtliche Entscheidung und hatten Erfolg. Das Schöffengericht sprach sie, wie uns mitgetheilt wird, etwa mit folgender Begründung frei: Durch die Annonce in der „Goslarschen Zeitung" ist festgestellt, daß es sich nur um Belustigungen der Mitglieder mit ihren Familien gehandelt hat; es sind weder Reden und Ansprachen gehalten, noch revolutionäre Lieder gesungen worden. Durch die Polizeibeamten ist nun festgestellt, das man Bier getrunken hat und daß die Musikkapelle ihre Weisen ertönen ließ. Das Gericht hat hierin eine politische Versammlung nicht erblicken können. Der Entscheidung des Kammergerichts, wonach alle Zusammenkünfte politischer Vereine dem Vereinsgesetz unterliegen sollen, kann sich das Schöffengericht nicht anschließen, da nach seiner Ansicht solche Versammlungen, die sich nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, eben deshalb nicht unter die Bestimmungen des preußischen Vereinsgesetzes fallen.

— Wegen Beleidigung des Obermeisters Wendler von der Sächsisch-Thüringischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung in Leipzig wurde Genosse Lipinski, Redakteur an der „Leipziger Volkszeitung", vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe oder fünf Tagen Haft verurtheilt.

Preußische Landtagswahlen.

Das gesammte Schulwesen

kommt im Reichstag niemals zur Sprache, da die Schulverwaltung Landessache ist. Ueber die Mißstände, besonders auch der preußischen Volksschule und ganz besonders auf dem flachen Lande Ostelbiens haben wir wiederholt berichtet. Die geringen Fortschritte, die auf diesem Gebiete, namentlich in den Städten gemacht worden sind, wurden durch die Liberalen herbeigeführt. Das Gebiet der Schule, das für die Arbeiterklasse von so mächtiger Bedeutung ist, zeigt deutlich den Gegensatz, der in der Bourgeoisie herrscht, den Gegensatz zwischen Feudalismus und Kapitalismus. Wir betonen, daß uns das kärgliche Ausmaß dessen, was selbst der Liberalismus den Kindern des Volkes auf der Schule zu bieten bereit ist, lange nicht genügt und nie genügen kann. Immerhin müssen aber die liberalen Kreise für eine Hebung der Volksschule und zwar in ihrem eigensten Interesse arbeiten, während den Feudalen zu ihrem Nutzen das möglichste Dummhalten der Bevölkerung geboten erscheint. Zum Beweis für diese Behauptung und dafür, daß in beiden Lagern völlige Klarheit über diesen Punkt herrscht, stellen wir einige Aeußerungen aus beiden gegenüber. Als im Jahre 1897 die Einführung des naturwissenschaftlichen Unterrichts in die mecklenburgische Volksschule angeregt wurde, wandte sich das „Mecklenburger Schulblatt" gegen diesen Plan und schrieb:

„Hüte Dich vor dem ersten Schritt, noch stehst Du unberührt von dem falschen Götzen der Wissenschaft. Hast Du diesem Satan erst den kleinen Finger gegeben, so erfaßt er nach und nach die ganze Hand, Du bist ihm rettungslos verfallen, mit geheimer Zauberkraft umgarnt er Dich und führt Dich hin an den Baum der Erkenntniß, und hast Du einmal davon gekostet, so zieht er Dich immer wieder mit magischer Gewalt zu dem Baume zurück, ganz zu erkennen, was wahr und was falsch, was gut und was böse sei. Wahre Dir das Paradies Deiner wissenschaftlichen Unschuld!"

Kann man hier noch sagen, es handle sich nur um pfäffischen Fanatismus, so wird folgendes Zitat aus der „Mecklenb. Kirchen- und Schul-Ztg." klar machen, wohin die Herren Geistlichen, die die Schulaufsicht führen, in Wirklichkeit zielen. Dort hieß es in einem Artikel, der sich mit dem Hofgängerwesen beschäftigte:

„Endlich haben wir (nämlich die Pastoren) die Pflicht, dafür zu streben, daß nicht durch Hereinziehung von Bildungselementen in die Schule, welche vielleicht für den Handwerkerberuf hinreichen würden, die Jugend zum Verlassen ihrer Heimath veranlaßt werde. Wenn die Schule auf dem Lande darauf wirkt, daß die Kinder fromm, zufrieden, fleißig und gesittet werden, steckt sie sich ein hohes Ziel und schafft Segen, während sie Unzufriedenheit, Halbheit und Unsegen wirkt, wenn sie beispielsweise durch Unterricht in Naturkunde, Geschichte, Geographie und Zeichnen den Kindern Anlaß giebt, ihrem ländlichen Berufskreise zu entfliehen. Wissen ist gut, aber macht doch begehrlich."

Ganz anders schreiben die Männer, welche den Industriekreisen nahestehen. So sagte der badische Fabrikinspektor Wörrishofer:

„Die Intelligenz der Leitung reicht allein nicht dazu aus, Fortschritte in die Industrie einzuführen. Dasselbe Geschick würde in weniger kultivirten Ländern oder in früheren Zeiten mit einem weniger unterrichteten oder weniger aufgeweckten Arbeiterstand die Benutzung einer fortgeschrittenen Technik gar nicht ermöglicht und nicht entfernt den gleichen Erfolg gehabt haben, weil die nothwendige, aber so wenig beachtete Voraussetzung dieser Fortschritte die ist, daß ihrer Durchführung auch intelligente Organe bis zum letzten Arbeiter herab zur Verfügung stehen. Man wende nicht ein, daß die vervollkommnete Maschine die Intelligenz der unteren Organe ersetzt. Das ist nur in sehr beschränkter Weise richtig; denn die Ansprüche an die Zuverlässigkeit der Leistungen und an das richtige Urtheil in der Leitung des Arbeitsprozesses durch die Maschine sind größer geworden. Man denke sich nur die intelligente Leitung sammt der vervollkommneten Maschine in eine frühere Zeit versetzt, um das unrichtige der Behauptung, daß die Arbeiter mit der fortschreitenden Vervollkommnung der Technik in immer geringerem Maße an den industriellen Erfolgen theil hätten, einzusehen."

Und Prof. v. Schulze-Gävernitz, der bei der letzten Reichstagswahl für die freisinnige Vereinigung kandidirte, schreibt:

„Zudem erfordern die Maschinen, welche immer komplizirter werden, eine gewisse liebevolle Behandlung, ein verständnißvolles Eingehen auf die in ihnen niedergelegten Gedanken der Technik seitens des Arbeiters. Aehnlich wie das englische Vollblutpferd mit Verständniß und Liebe geleitet sein will und der rohen Behandlung eines unerfahrenen Stallknechtes den Gehorsam versagt, wie jener hochentwickelte Typus der Fabrikarbeit selbst verständnißvolles Eingehen auf seine Eigenthümlichkeiten verlangt und dort die besten Resultate liefert, wo ihm eine gewisse Sympathie für seine Klassenbestrebungen seitens der Arbeitgeber entgegengebracht wird, ... so vertragen auch die immer künstlicheren Maschinen eine unwillige und verständnißlose Behandlung nicht. Selbst Wunderwerke des menschlichen Geistes, liefern sie dort das beste Erzeugniß, wo der an ihnen beschäftigte Arbeiter selbst zu der Höhe geistiger Arbeit aufsteigt."

Wir haben nichtpreußische Schriftsteller angeführt; aber es handelt sich hier auch um ganz allgemeine Gegensätze. Für uns ist namentlich von Bedeutung, daß die Vertreter der Industrie nicht um der Arbeiter willen, sondern in ihrem ureigensten Interesse jeder Verschlechterung der Schule entgegentreten müssen. — Hierin liegt, wie auch in anderen Fällen (Freizügigkeit!) die von den Gegnern der Wahlbetheiligung so häufig vermißte Gewähr für ihr „Wohlverhalten".

Eine Antwort auf das Eingesandt des Genossen Moricke.

Nachdem in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" eine Stimme aus den Reihen der Gegner der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen in Berlin, der Mehrheit der Berliner Parteigenossen, sich hat vernehmen lassen, gestatte man auch einem aus der Minderheit ein paar Worte.

Die Genossen im Reiche sind nur zu leicht zu der Annahme geneigt, über das Nutzlose der Betheiligung in Berlin herrsche unter den Berliner Parteigenossen nur eine Meinung, gleichviel aus welchen Beweggründen hervorgegangen. Dem ist jedoch nicht so. In Berlin besteht eine große Minderheit, die mit dem Genossen Bebel der Ansicht ist, daß hier die Betheiligung am allerersten Erfolge versprochen hätte und daß der Beschluß der Feenpalast-Versammlung eine „einfache Beiseiteschiebung des Hamburger Beschlusses" darstellt. Daß diese Minderheit in der Feenpalast-Versammlung nicht zu Wort gekommen ist, lag daran, daß niemand vermuthet hätte, Genosse Arons, der im Vorjahre so eifrig für die Betheiligung durch Aufstellung eigener Wahlmänner eingetreten ist und als Hauptzweck derselben die Erringung von Mandaten sah, werde sich auf einmal die Theorie von der Stärkung des Freisinns zu eigen machen und aus dieser Theorie heraus zu der Empfehlung der Nichtbetheiligung in Berlin kommen. Man war thatsächlich ganz verblüfft, als Arons sich gegen die Betheiligung in Berlin erklärte, es war aber bereits zu spät, als daß noch ein Anhänger der Betheiligung hätte zu Worte kommen können. Die Feenpalast-Versammlung hat also durchaus nicht die Anschauungen der Minderheit zum Ausdruck gebracht und die Genossen Heine und Arons haben mit ihren Argumentationen keinen Anklang gefunden, wie man sich tagtäglich aus den Unterhaltungen mit Genossen überzeugen kann.

Wir haben doch im vorigen Jahre lange, lange über die Betheiligung diskutirt und in Berlin ganz besonders die hiesigen Verhältnisse berücksichtigt. Keinem Menschen ist es damals eingefallen zu sagen: Hier in Berlin ist es unmöglich, daß dem Freisinn die Mandate entrissen werden, mithin liegt für uns kein Grund zur Betheiligung vor. Soweit man sich für die Betheiligung erklärte, ging man von der Ansicht aus, daß der Freisinn gerade hier in Berlin in eine Zwangslage gebracht werden könnte, in der er wohl oder übel uns einige Sitze, oder auch nur einen Sitz hätte einräumen müssen. In dieser Thatsache hat damals auch der eifrigste Gegner keinen Kompromiß gesehen, man bezweifelte nur die Möglichkeit, soviel Wahlmänner durchzubringen, um die Zwangslage herbeizuführen. Genosse Moricke sieht heute darin auf einmal wieder einen Kompromiß! Warum man dann unsere 22 in der Stichwahl gewählten Reichstags-Abgeordneten nicht zu veranlassen sucht, ihre Mandate niederzulegen, da sie ja durch denselben Kompromiß zu stande gekommen sind, ist mir einfach unverständlich. Aus eigener Kraft soll es unmöglich sein, auch nur einen Abgeordneten in Berlin, wie im Reiche überhaupt durchzubringen. Nun wohl, wenn man unter eigener Kraft die Anwendung roher, mechanischer Kraft, und zwar die möglichst ungeschickte Anwendung derselben versteht, so ist es einem schwächeren Menschen auch nicht möglich, einen stärkeren zu Falle zu bringen, wenn er es nicht geschickter anstellt, als sein Gegner. Wenn ich im Kampfe mit einem anderen die Gelegenheit auszunutzen verstehe und ihm ein Bein stelle, sodaß er sich seine Nase zerschlägt, habe ich ihn dann nicht aus „eigener Kraft" zu Fall gebracht? Doch sicherlich. Und so hätten wir auch in Berlin aus „eigener Kraft" Mandate erringen können, wenn wir es verstanden hätten, den Freisinnigen das Bein so zu stellen, daß sie darüber gefallen wären, und sie hätten darüber fallen müssen. War die Zwangslage einmal geschaffen, dann gab es für sie doch nur ein Eintreten für uns, oder sie hätten ihrer ganzen Tradition ins Gesicht schlagen und für die Konservativen stimmen müssen, was ihrer vollständigen Bankrotterklärung gleich gekommen wäre.

Breslau und andere Städte sind schlauer gewesen als Berlin. Dort hat man die Situation richtig erkannt, man wird sie auch richtig und geschickt auszunutzen verstehen und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Dieser wird dann der Mehrheit der Berliner Parteigenossen am deutlichsten zeigen, wieviel sie von den Genossen im Reiche noch lernen kann. Wilhelm Swienty.

Auf der Partei-Konferenz für Hessen-Nassau

referirte Reichstags-Abgeordneter Schmidt aus Frankfurt a. M. über die Frage der Landtagswahlen. Er meinte, Bebel habe den Hamburger Beschluß mit recht für einen Konsens erklärt, was er vom taktischen Standpunkt auch sei, wenn auch prinzipiell vielleicht nichts gegen ihn einzuwenden wäre. Wenn wir einen Erfolg bei den Landtagswahlen haben wollten, so müsse er darin bestehen, die bürgerliche Opposition zu stärken; anders sei nichts zu erreichen. Die Durchbringung eigener Kandidaten sei ausgeschlossen, es wäre denn, daß wir Kompromisse mit anderen Parteien eingehen, was aber dann gegen den Hamburger Beschluß sei. Am zweckdienlichsten sei es, wenn man mit definitiven Beschlüssen bis nach dem Stuttgarter Parteitag warte und auf demselben eine Revision des Hamburger Beschlusses vornehme. Blos um sozialdemokratische Wahlmänner durchzubringen, scheine ihm der Aufwand an Agitationskraft zu groß, dann wäre es eher besser gewesen, wie früher von vornherein für die Freisinn-Demokraten einzutreten. Redner räth, einstweilen im Stillen die Wahlvorbereitungen zu treffen und im übrigen abzuwarten, was der Stuttgarter Parteitag beschließt.

In der Diskussion sprach Wolff aus Hanau gegen die Ansicht Schmidt's. Im Wahlkreise Hanau-Gelnhausen-Orb werde man eigene Wahlmänner aufstellen, im Wahlkreise Schlüchtern dagegen von vorn herein direkt die Freisinnigen unterstützen. Auch darin vergebe man sich nichts, denn um die Junker-Reaktion zu schwächen, sei die Wahl eines Freisinnigen sicher das kleinere Uebel. Leyendecker spricht sich dafür aus, daß man es den einzelnen Wahlkreisen überlasse, wie sie sich in bezug auf die Landtagswahlen verhalten wollen. Dr. Quarck tritt dafür ein, nicht erst den Stuttgarter Parteitag abzuwarten, sondern die Vorbereitungen für die Wahlen schon jetzt zu treffen und den Ausfall der Urwahlen abzuwarten. Je nach dem Resultat dieser Wahlen könnten wir dann mit den Freisinnigen auch ein Wörtchen reden. Daß die freisinnige Opposition uns freiwillig einen Sitz überlasse, dieser Hoffnung gäbe er sich nicht mehr hin, daran hindere sie schon ihr Klasseninteresse. Wohl aber könnten wir durch eine Betheiligung dahin wirken, daß die freisinnigen Jubelgreise aus dem Landtage verschwinden und demselben frisches Blut zugeführt werde. Durch das Warten auf den Stuttgarter Parteitag werde die Zeit für die Wahlvorbereitungen verpaßt. Hoch aus Hanau ist ebenfalls der Meinung, daß wir uns nicht auf den Stuttgarter Parteitag verlassen sollten. Er wünscht, daß derselbe eine Debatte über die Frage garnicht zuläßt, denn das wäre nur Zeitverschwendung. In Hanau habe man die Wahlbetheiligung beschlossen, ohne daran Bedingungen zu knüpfen; man wolle erst einmal abwarten, wie die Urwählerwahlen ausfallen, dann werde man ja sehen, was weiter geschehe. Opificius aus Frankfurt a. M. ist entgegen Hoch der Meinung, daß die Zeit in Stuttgart garnicht besser verwendet werden könnte, als wenn in bezug auf den Hamburger Beschluß Klarheit geschaffen werde. Er schlägt folgende Resolution vor:

Die heutige Konferenz für Hessen-Nassau empfiehlt den anwesenden Vertretern der einzelnen Wahlkreise, bei Berathung in ihren Orten oder Kreisen über die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen dieselbe zu empfehlen, und ebenso darauf hinzuwirken, daß der Parteitag in Stuttgart volle Klarheit über diese Frage schafft.

Hoch und Wolff-Hanau sprachen sich gegen die Resolution aus; dafür sprachen Diener, Dejung und Quarck. Schließlich wurde dieselbe gegen eine Stimme angenommen.

Auf der Konferenz für den Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück

referirte über die preußischen Landtagswahlen der Redakteur der Thüringer „Tribüne", Genosse Heinrich Schulz aus Erfurt. Da über die Betheiligung bereits vor Wochen bejahender Beschluß gefaßt worden war, handelte es sich nur noch um das „Wie" der Betheiligung und der Agitation. Man beschloß einige Wahlmänner aufzustellen, die auf grund eines besonderen Landtagswahl-Programms, das Redakteur Schulz in längerer Rede entwickelte, gewählt werden sollen. Bei einer Stichwahl eines Konservativen mit einem Liberalen sind letzterem analog unserem Verhalten bei Reichstags-Stichwahlen einige Mindestforderungen zu stellen. Die Agitation soll sofort nach Art der Reichstagswahl-Agitation begonnen werden. Außer einem Flugblatt, das das Programm enthält, sollen in allen möglichen Orten Versammlungen abgehalten werden.

Die sozialdemokratische Kreiskonferenz von Hagen-Schwelm

hat am 4. September in der Frage der Landtagswahl-Betheiligung endgiltig beschlossen, den einzelnen Parteigenossen anheimzugeben, ob sie für die freisinnigen Wahlmänner stimmen wollen; selbstverständlich müsse jede abgegebene Stimme gegen die Nationalliberalen lauten. Mit diesem Beschlusse dürfte die Niederlage der Nationalliberalen entschieden sein.

Auf der Parteikonferenz des Wahlkreises Liegnitz-Haynau-Goldberg

betonte der Referent über die Landtagswahl, Bruhns aus Breslau, die Nothwendigkeit der Betheiligung. Es sei nur fraglich, ob der Wahlkreis Liegnitz die selbständige Betheiligung durchführen könne oder sich auf die sofortige Unterstützung der freisinnigen Wahlmänner beschränken müsse. Für das erstere spreche die Möglichkeit, bei der Abgeordnetenwahl den sozialdemokratischen Wahlmännern eine ausschlaggebende Stellung zwischen Freisinn und Konservativen zu verschaffen und damit den empfangenden Theil zu gewissen Zugeständnissen, wenn nicht für den Liegnitzer, so doch für einen anderen schlesischen Wahlkreis zu veranlassen. Freilich würde es sich bei selbständiger Betheiligung nur um die drei Städte handeln können, vielleicht auch noch um Parchwitz, während man auf dem Lande von Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmanns-Kandidaten von vornherein absehen und gleich für den Freisinn stimmen müsse.

In der Debatte bestritten Winkler aus Liegnitz und Sommer aus Goldberg, daß es möglich sei, in irgend nennenswerther Zahl eigene Wahlmänner durchzubringen, ja, es sei sogar schwer, überhaupt geeignete Wahlmanns-Kandidaten zu finden. Mohring aus Liegnitz war überzeugt, daß wir durch selbständige Betheiligung die Opposition gegen die Reaktion nicht stärken, sondern schwächen würden. Wir sollten daher von vornherein für den Freisinn eintreten, wenn wir überhaupt etwas erzielen wollten. Merker und Heider aus Liegnitz traten dagegen, ebenso wie Rieger aus Haynau, für die selbstständige Betheiligung ein. Das sofortige Eintreten für den Freisinn sei nicht geeignet, agitatorisch zu wirken und eine größere Zahl sozialdemokratisch gesinnter Urwähler zu dem Opfer der Wahlbetheiligung zu veranlassen.

Angenommen wurde mit 9 gegen 4 Stimmen und bei einer Stimmenthaltung folgender Antrag Heider's aus Liegnitz:

„Die Wahlkreiskonferenz von Liegnitz-Haynau-Goldberg beschließt die selbständige Betheiligung an den Landtagswahlen für alle jene Orte des Wahlkreises, die eine solche Betheiligung ermöglichen. Wo die Voraussetzungen selbständiger Betheiligung nicht gegeben sind, soll schon im ersten Wahlgange für die Wahl freisinniger Wahlmänner eingetreten werden."

Dann wurde beschlossen, die Liegnitzer Genossen mit der Wahl eines Komitees zu beauftragen, das die nöthigen Arbeiten für die Landtagswahlen zu leiten hat.

Weiter wurde nach kurzer Debatte beschlossen, zu beantragen, daß die Frage der Landtagswahl-Betheiligung vom Stuttgarter Parteitag erneut verhandelt werde, daß der letzte Satz des Hamburger Parteitags-Beschlusses: „Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden", wieder aufgehoben und die Punkte 3, 4 und 5 der vorjährigen Bebel'schen Resolution vom Stuttgarter Parteitag zum Beschluß erhoben werden sollen.

Die Parteikonferenz des Wahlkreises Altena-Iserlohn

beschloß ohne Debatte, von der Betheiligung an der Landtagswahl Abstand zu nehmen, weil bei den bisherigen Landtagswahlen die Freisinnigen selbst kaum sich gerührt haben, um Einfluß zu gewinnen, und weil das elende Wahlsystem jeden Erfolg unserer Partei bei selbständigem Vorgehen ausschließe. Ein Theil der Delegirten hatte ein gebundenes Mandat, in diesem Sinne zu stimmen.

Liberale Wahlvorbereitungen in Königsberg i. Pr.

Aus Königsberg i. Pr. wird der „National-Ztg." berichtet, die dort zwischen den drei liberalen Gruppen gepflogenen Verhandlungen ließen das Ergebniß erwarten, daß drei liberale Kandidaten aufgestellt und gewählt werden. Gegenwärtig ist der Wahlkreis von zwei Nationalliberalen und einem Konservativen vertreten.

Landtags-Wahlkreis Guben-Sorau.

Eine Versammlung freikonservativer, nationalliberaler und liberaler Wähler aus Forst, Guben und Sorau beschloß der „Voss. Ztg." zufolge einstimmig, für die Landtagswahl im Wahlkreise Guben-Sorau die bisherigen Abgeordneten Rittergutsbesitzer Reimnitz-Reichersdorf (natl.) und Fabrikbesitzer Brauer-Forst (frk.) wieder aufzustellen.

Ob die freisinnige Volkspartei auch an diesen Abmachungen mitbetheiligt ist, geht aus dieser Mittheilung nicht klar hervor. —

Extrem-Agrarisches.

In Lüneburg hat der Bund der Landwirthe, wie der „Hannov. Cour." berichtet, gegen den bisherigen nationalliberalen Amtsrath Hagelberg, obwohl derselbe Mitglied des Bundes ist, einen Mann von extrem agrarischer Richtung in dem Gutsbesitzer Jordan aufgestellt.

Lokales.

Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Am Sonntag, den 11. September, findet der diesjährige Provinzial-Parteitag in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 20, Berlin, mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht der Agitations-Kommission.
   Berichterstatter: Reichstags-Abgeordneter Otto Antrick.
2. Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen.
   Referent: Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen.
3. Anträge.

Der Provinzial-Parteitag wird präzise 12 Uhr mittags eröffnet werden; wir ersuchen die Delegirten daher, pünktlich zur Stelle zu sein. Da eine nennenswerthe Pause voraussichtlich nicht eintreten kann, ist es empfehlenswerth, sich vorher genügend zu restauriren.

Anträge, welche den Delegirten gedruckt vorgelegt werden sollen, müssen spätestens Freitag früh in unseren Händen sein.

Mit Parteigruß

Die Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg.

J. A.: Karl Dimmick, Berlin S., Louisen-Ufer 11.

NB. Die Partei-Organe der Provinz werden um Abdruck ersucht.

Die Sterblichkeit an akuten Darmkrankheiten hat, nachdem sie in diesem Sommer im Juni und Juli verhältnißmäßig niedrig gewesen war, um die Mitte des Monats August unerwartet noch eine bedeutende Höhe erreicht. In Berlin starben, nach den bis jetzt vorliegenden Wochenberichten des Berliner Statistischen Amtes, in den vier Wochen vom 24. Juli bis 20. August besonders an Magen-Darmkatarrh 15, 26, 35, 71, im ganzen 147, an Diarrhoe 22, 36, 45, 83, im ganzen 186, an Brechdurchfall 24, 42, 64, 157, im ganzen 287, an diesen drei Krankheiten zusammen 61, 104, 144, 311, überhaupt 620 Personen. (In den vier vorhergehenden Wochen vom 26. Juni bis 23. Juli waren im ganzen am Magen-Darmkatarrh nur 90, an Diarrhoe 98, an Brechdurchfall 159, an diesen drei Krankheiten überhaupt 347 Per-

sonen gestorben.) Die Gestorbenen waren fast ohne Ausnahme Kinder unter zwei Jahren. Der Einfluß, den die Temperatur auf die Höhe der Sterblichkeit an akuten Darmkrankheiten auszuüben pflegt, tritt diesmal mit großer Deutlichkeit hervor. Auf den vorwiegend kühlen Juni und Juli folgte ein heißer August. Die heißeste Woche des Jahres, die vom 14.—20. August, hatte auch die höchste Sterblichkeit an Magen-Darmkatarrh, Diarrhoe und Brechdurchfall: zusammen 311 Fälle, wie oben angegeben. (In der darauf folgenden Woche, 21.—28. August, kamen — nach Ausweis der bisher eingegangenen ärztlichen Meldungen — gleichfalls noch 291 Sterbefälle dieser Art vor.) An den einzelnen Tagen der heißesten Woche starben an Magen-Darmkatarrh u. s. w. 28, 36, 45, 73, 56, 40, 33 Personen. Der heißeste Tag des Sommers, der 17. August, hatte auch das Maximum an Sterbefällen dieser Art (73). Daß die akuten Darmkrankheiten in den Arbeitervierteln viel mehr Opfer fordern — auch im Verhältniß zu der Zahl der Lebendgeborenen mehr — als in den wohlhabenderen Stadttheilen, das ist hinreichend bekannt. Es zeigt sich in jedem Sommer aufs neue. In den vier Wochen vom 24. Juli bis 20. August wurden namentlich in der Oranienburger Vorstadt 45, im östlichen Theil der jenseitigen Luisenstadt 51, im östlichen Theil des Stralauer Viertels 73, auf dem Wedding 90, im nördlichen Theil der Rosenthaler Vorstadt (Gesundbrunnen) 110 Sterbefälle durch Magen-Darmkatarrh u. s. w. gemeldet, während z. B. die Friedrichstadt in vier Wochen nur einen einzigen Fall hatte. — Von den größeren Vororten hat namentlich Rixdorf, in geringerem Grade Schöneberg, im August eine Erhöhung der Sterblichkeit an akuten Darmkrankheiten gehabt. Die Wochenberichte des Gesundheitsamtes melden für die vier Wochen 24. Juli bis 20. August aus Charlottenburg 36, aus Rixdorf 84, aus Schöneberg 18 Fälle, während für die vier vorhergehenden Wochen bez. 35, 32, 12 Fälle gemeldet wurden.

Zum Fall Ziethen. Um eine Revision des Ziethen-Prozesses zu erreichen, hatte der Schriftsteller Landauer in der Nummer des „Sozialist" vom 5. Februar dieses Jahres den Polizeikommissar Gottschalk in Elberfeld, jetzt Distriktskommissar in der Provinz Posen, beschuldigt, in der Untersuchung gegen den Barbier Ziethen wichtige Beweisstücke gefälscht zu haben. Nachdem diese zweifellos beleidigende Aeußerung innerhalb der Verjährungsfrist nicht strafrechtlich verfolgt worden ist, wiederholt Landauer seine Anklage jetzt und fügt hinzu, daß „der Polizeibeamte Gottschalk seine Fälschung dadurch zum ausschlaggebenden Beweisstück gemacht hat, daß er am 28. Januar 1884 und den folgenden Tagen in der Verhandlung gegen Albert Ziethen unter seinem Eid wissentlich Unwahres zum Nachtheil des Angeschuldigten ausgesagt, also ein Verbrechen begangen hat, das nach § 154 des Reichs-Strafgesetzbuches mit Zuchthausstrafe nicht unter drei Jahren bedroht ist". Es muß in der That auffallen, daß die Vorgesetzten Gottschalk's, denen der Artikel des „Sozialist" nicht unbekannt geblieben sein kann, den Beamten nicht veranlaßt haben, gegen Landauer klagbar zu werden.

Ob Herr Landauer nunmehr seinen Zweck erreichen wird?

Eine vergnügliche Entdeckungsfahrt. Das „Berliner Tageblatt" rächt sich für die Bosheit, die der „Lokal-Anzeiger" seinem China-Wolff angethan, durch folgende Mittheilung:

„Auf der Däneninsel in Spitzbergen, neben Andrée's Ballonhaus, welches nebenher bemerkt nur noch ein Trümmerhaufen übereinandergestürzter Balken ist, befindet sich das Holzhaus des Engländers Mr. Pike, welcher in demselben behufs Ausübung der Bärenjagd einmal überwintert hat. Dieses Haus ist von Andrée vor seinem Aufstieg mit Proviant für einige Monate versehen worden und außerdem wurden dort ein Gewehr mit Munition sowie zwei Boote niedergelegt, damit Andrée, falls er wieder nach Süden verschlagen würde, oder sonstige Schiffbrüchige einen Stützpunkt für Ueberstehung der Polarnacht finden.

Es ist für jeden gesitteten Menschen selbstverständlich, daß ein derartiges Depot, der einzige Rettungsanker in Todesnoth, nur im Falle der äußersten Gefahr in Anspruch genommen wird, und es befindet sich in dem Vorraum des Hauses auch eine entsprechende Bekanntmachung, welche, da das Andrée'sche Original im vorigen Jahre entwendet worden war, durch den Nordpolfahrer Kapitän Bade wieder erneuert wurde.

Wie sah es aber in diesem Hause aus, als es eine deutsche Reisegesellschaft am 13. August 1898 betrat! Die Kisten erbrochen, die Konserven herumgestreut, alle Weinflaschen ausgetrunken, der Inhalt der Limonadenflaschen in die niedergelegten Kochkessel gegossen, die Zuckerkiste zum theil geleert und der Zucker in der Stube herumgestreut, als wenn Vandalen dort gehaust hätten; auch von dem Gewehr und der Munition war keine Spur mehr.

Eine begreifliche Entrüstung bemächtigte sich aller Reisegefährten, unter denen sich der baierische Staatsminister v. Crailsheim, Professor Dr. Klaatsch aus Heidelberg, der Schriftsteller Freiherr v. Schlicht und Ingenieur Härtel aus Rixdorf befanden, und die einzige Frage lag auf aller Lippen, wer ein derart verbrecherisches Werk an der Menschheit begangen haben könnte?

Die Aufklärung sollte bald kommen zur Beschämung für uns Deutsche: in der einen Fleischkonservenkiste, die von einem Chemnitzer Konservenfabrikanten Kickelhayn geliefert und im vorigen Jahre von Kapitän Bade niedergelegt worden war, befanden sich Adreßkarten mit dem Namen des Spenders, und auf drei von den nur durch Erbrechen der Kiste erreichbaren Karten fanden wir niedergeschrieben: Hermann Friedrich, Präparator, Braunschweig, Langestr. 64. 30./7. 98. Bruno Müller, Deutsche Nordpolarexpedition, S. S. „Helgoland" aus Wilhelmshaven. Heinrich Wetjen. Außerdem fanden wir im Hause geleerte Bierflaschen einer Hamburger Brauerei mit dem Bildniß des Fürsten Bismarck; dies zusammen war für uns der überzeugende Beweis, daß durch die Mannschaften der „Helgoland" die Verwüstungen in dem Pike-Hause vorgenommen sind. Die Originale der Adreßkarten befinden sich in den Händen des Kapitän Bade.

Es bedarf wohl keiner weiteren Ausführung, daß ein solches Vorgehen öffentlich an den Pranger gestellt werden muß, denn eine strafrechtliche Verfolgung ist nach Lage der Sache leider nicht angängig, unerfindlich ist es aber, daß seitens der Leiter der Expedition ein solcher Vandalismus nicht zu verhindern gewesen ist, wurde doch uns vor Einfahrt in Virgohafen durch den Expeditionsleiter die Wichtigkeit dieses Stützpunktes für etwa vom Eis eingeschlossene Schiffe besonders eingeprägt und alles, was in dem Pike-Hause befindlich, als unantastbares Eigenthum Andrée's bezeichnet."

Vielleicht thut das „Berliner Tageblatt" der deutschen Nordpol-Expedition unrecht. Die Annexion der für Andrée bestimmten Weinvorräthe mag insoweit eine wissenschaftliche Nothwendigkeit gewesen sein, als diese Alkoholika den fidelen Forschungsreisenden vielleicht erst den Muth gaben, sich an die Entdeckung der August Scherl-Insel heranzuwagen. Wir wollen dabei gar nicht einmal den Zuflüsterungen böswilliger Konkurrenzneider Gehör schenken, die da angeben, daß die Forschungsexpedition das neue Reklame-Eiland doppelt gesehen haben müsse, da es schon längst in den Atlanten verzeichnet stehe.

Schildbürgerei auf der Pferdebahn. Eine Leserin schreibt uns: Am Sonnabend befanden wir uns beim Umzug; um unseren Staar zu transportiren, hatten wir uns beim Vogelhändler ein kleines Reisebauer geliehen. Das Ding mißt etwa in der Höhe 15, in der Breite 20 Zentimeter. Meine Mutter nahm den Vogel in ihre Obhut und bestieg, um an ihr Ziel zu gelangen, an der Fichtestraße einen Pferdebahnwagen der Linie Rixdorf-Moabit. Als der Schaffner ihr einen Fahrschein verkaufen wollte, fiel sein Blick auf das verhüllte Bauerchen und er sagte: „Was haben Sie denn da? einen Vogel? Dann darf ich Sie nicht mitnehmen." Meine Mutter sah den Mann etwas verblüfft an und erwiderte nur: „Ach, seien Sie doch nicht komisch, das Bauer hindert doch niemand, ich werde es auch noch unter mein Cape nehmen." Hierauf wurde der Schaffner indessen sehr aufgebracht. „Ach was, komisch. Fahren Sie mit wem Sie wollen, hier müssen Sie 'raus." Thatsächlich ließ er denn auch den Wagen halten und meine Mutter mußte aussteigen. Der Kondukteur eines zweiten Wagens gestattete ihr allerdings das Mitfahren, erklärte aber gleichfalls, daß es eigentlich nicht erlaubt sei. Angesichts solcher Thatsachen, möchte man denn doch fragen, verkehrt unsere Pferdebahn in Krähwinkel oder in der Großstadt? Wenn nach Meinung der Direktion das letztere der Fall ist, sollte sie doch Verordnungen aufheben, die eher nach Mottenburg und Schilda als nach Berlin gehören.

Der buchmäßige Ueberschuß aus dem Etatsabschluß der Stadt Berlin für 1897/98 beträgt rund 12 Millionen Mark gegen 8 Millionen im Jahre 1896/97.

Die Wirrnisse im Rabatt-Sparverein „Norden" machen nachgerade auf den Fernstehenden einen unheimlichen Eindruck. Eine Generalversammlung folgt der andern, und jede beschließt das Gegentheil von dem, was ihre Vorgängerin festlegte. So erfolgte am Sonntag die Wahl eines aus Mitgliedern der Siebener-Kommission hervorgegangenen neuen Vereinsvorstandes durch Generalversammlungs-Beschluß, und dieser selbe Vorstand wurde am Montag in einer von Anhängern des bisherigen Vorstandes nach Röhr's Festsälen, Brunnenstraße, einberufenen Generalversammlung nicht nur seiner Mitgliedschaft für verlustig erklärt und aus dem Saale verwiesen, sondern es wurde ihm auch ein Prozeß in Aussicht gestellt, um ihn haftbar zu machen für die Schädigungen, die er angeblich durch sein Eingreifen in die Geschäftsleitung dem Verein zufügte. In der sehr erregten Versammlung suchte der alte Vorstand die von der Siebener-Kommission gegen ihn erhobenen Angriffe zu entkräften, und namentlich der Rendant Schaller verwahrte sich gegen die Behauptung, daß er 10—13 000 M. Jahreseinkommen besessen habe. Dasselbe belaufe sich vielmehr durchschnittlich nur auf 3500 M. (?)

Nach stürmischer Debatte, in deren Verlauf die Siebener-Kommission den Saal verlassen mußte, gelangte folgender Beschlußantrag zur fast einstimmigen Annahme:

„Da die eingesetzte Revisions-(Siebener-)Kommission durch ihr Verhalten den Rabatt-Sparverein geschädigt und eine Verwirrung geschaffen hat, die früher nicht war, da dieselbe den Verein durch die nun unausbleiblich folgende Anzahl größerer Prozesse geschädigt hat, welche dem Verein mindestens einen Kostenaufwand von 10 000 M. verursachen werden, so beschließt die Versammlung auf grund des § 3a des Statuts, die Siebener-Kommission von der Mitgliedschaft auszuschließen, ferner das von dieser Kommission gemiethete Geschäftslokal gerichtlich schließen zu lassen und die von der Kommission angeeigneten Werthe mit Beschlag zu belegen; ferner jeden einzelnen der Herren der Siebener Kommission persönlich für den dem Verein erwachsenen Schaden haftbar zu machen und die Vorstandswahl der Herren für null und nichtig zu erklären."

Die hierauf erfolgte Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes mit überwältigender Majorität. Derselbe wurde zugleich durch Beschluß ermächtigt, die sofortige Auszahlung der Spargelder zu verweigern.

Zum Bau eines neuen Gesinde-Hospitals in Treptow hatten die städtischen Behörden seinerzeit beschlossen, ein daselbst belegenes städtisches Grundstück von 7000 Quadratmeter an den Gesindebelohnungs- und Unterstützungsfonds zu verkaufen. Die Ausführung dieses Beschlusses hat sich bisher noch nicht ermöglichen lassen. Obwohl die Bau-Erlaubniß für den vor der Ringeisenbahn belegenen Theil von Treptow bisher stets ertheilt worden war, so erklärte nunmehr der Amtsvorsteher, daß dies fortan und so lange nicht mehr geschehen werde, bis der neue Bebauungsplan für jenen Theil Treptows die landesherrliche Genehmigung gefunden haben würde. Nachdem dies unterm 16. September 1893 geschehen war, verfügte der Minister für öffentliche Arbeiten, daß die Erlaubniß zur Bebauung des fraglichen Terräns erst dann zu ertheilen sei, wenn der Entwässerungsplan für Treptow fertig gestellt und von den Aufsichtsbehörden genehmigt ist. Beides ist bisher noch nicht der Fall. Unter diesen Umständen konnte mit dem Bau des Hospitals bisher noch nicht begonnen werden, und es werden voraussichtlich noch viele Jahre vergehen, bis dies wird geschehen können.

In einer häßlichen Rempelei zwischen einem Militärposten und einem Mädchen kam es Montag Abend vor dem Dienstgebäude des Generalkommandos des Gardekorps Hinter dem Gießhaus Nr. 3. Hier stand um 11 Uhr der Füsilier Wenzel von der 9. Kompagnie des Alexander-Regiments auf Posten. Ein angeblich betrunkenes Mädchen kam an Wenzel heran und wollte zärtlich mit ihm thun. Als der Posten diesen Spaß nicht verstand, wurde die Betrunkene handgreiflich und sprang ihm an die Kehle. Wenzel versuchte, sich in Güte der Lästigen zu entledigen. Als aber alles Zureden nichts half, wandte er schließlich Gewalt an. Das Mädchen wehrte sich heftig und griff wiederholt von neuem an, bis ein Kolbenschlag es niederstreckte. Von der Militärwache wurde die Verletzte durch einen Schutzmann in ein Krankenhaus gebracht. Hier stellte sich heraus, daß sie einen Schädelbruch erlitten hatte. Sie nannte sich Dienstmädchen Louise Kohn, konnte aber weitere Angaben bisher nicht machen.

Gegen den Bankier Eugen Merkell, der in der Neuen Friedrichstraße ein Bank- und Wechselgeschäft betrieb, und, wie gemeldet, im vorigen Monat mit Hinterlassung großer Passiven die Flucht ergriffen hat, ist jetzt ein Haftbefehl erlassen worden. Die Gläubiger haben, nachdem ihre Hoffnung auf einen gütlichen Ausgleich sich als trügerisch erwiesen hatte, Anzeige gegen M. erstattet.

Vermißt wird der Geschäftsreisende Max Schäfer, welcher für die hiesige Firma B. Sandmann, Greifswalderstr. 49, thätig war. Er hat in Begleitung seines 6jährigen Sohnes Fritz am 23. August seine in Potsdam Junkerstr. 54 gelegene Wohnung verlassen und ist seitdem nicht zurückgekehrt. Es wird angenommen, daß dem 35jährigen, sehr schwächlichen Manne und auch dem Knaben ein Unglücksfall zugestoßen ist.

Die Ermittelungen in Sachen des Raubmordversuchs auf den Radfahrer Töpfer haben insoweit zu einem Ergebniß geführt, als festgestellt ist, daß der Räuber ähnliche Anschläge schon mehrfach unternommen hat, jedoch ohne bisher einen Erfolg zu erringen. Die von dem Verbrecher gegebene Beschreibung paßt auf einen Handelsmann, der in einem Beelitz benachbarten Ort wohnhaft gewesen und von dort verschwunden ist. Auffällig erscheint es, daß sich der Thäter damit begnügte, sich nur das Rad des Mechanikers anzueignen, ihn aber sonst nicht weiter beraubte, obwohl die Chaussee in der fraglichen Zeit vollständig verkehrsfrei war.

Ueber einen merkwürdigen Ueberfall auf eine Portierfrau im Westen Berlins wird berichtet: Montag Nachmittag erschien an der Thür der Portierwohnung des Hauses Kurfürstenstraße 71 ein reduzirt aussehender Mann, der heftig läutete. Als die Frau, welche allein zu Hause war, öffnete, nahm der Strolch sofort eine drohende Haltung an. In der einen Hand hielt er ein Messer, mit welchem er die Frau erstechen wollte. In dem sich nun entwickelnden Kampfe erhielt die Frau einige Verletzungen. Dies die Angaben der Ueberfallenen. Nach ihrer Bekundung hat der Räuber etwa 6 M. erbeutet, worauf er verschwand. Hierzu muß bemerkt werden, daß die Wohnung nach dem Treppenhause zu belegen ist und dicht an die Lokalitäten eines Damen-Konfektionsgeschäfts grenzt. In dem Hause befinden sich auch die Geschäftsräume eines Bankgeschäfts. Unter diesen Umständen muß es befremden, daß ein derartiger Ueberfall überhaupt ausgeführt werden konnte.

Zu einem Kampf zwischen Schutzleuten und Einbrechern kam es in der vorgestrigen Nacht im Hause Münzstr. 27. Als der Eigenthümer des Grundstücks, Herr Damerow, gegen 3 Uhr nachts nach Hause kam, bemerkte er in dem Hausflur Lichtschein. Nichts Gutes ahnend benachrichtigte er den Wächter, und in Begleitung von zwei Schutzleuten begaben sich die Männer in das Haus. Hierbei stießen sie auf zwei Männer, die mit Brecheisen bewaffnet, die eisenbeschlagene Thür des Garderobengeschäftes von Engel auszuheben versuchten. Die Verbrecher drangen sofort auf ihre Verfolger ein. Die Schutzleute und der Wächter aber zogen blank und so gelang es, die gefährlichen Burschen dingfest zu machen. In den Verhafteten wurden der 17jährige Arbeitsbursche Pfeiffer und der vielfach vorbestrafte 23jährige Schlosser Lange ermittelt, die beide mit allen möglichen Diebswerkzeugen ausgerüstet waren. Ein dritter Kumpan der Spitzbuben, der, wie sich später herausstellte, auf der Straße „Schmiere" gestanden hatte, ist entkommen.

Beim Aussteigen aus einem Stadtbahnzuge ist Dienstag Nachmittag gegen 2½ Uhr ein Steindrucker Paul Schulz schwer verunglückt. Der junge Mann verließ den Wagen auf dem Bahnhof Friedrichstraße, bevor der Zug hielt, kam zu Falle und wurde überfahren. Der linke Arm wurde ihm zwischen Schulter und Ellenbogen abgetrennt, so daß er nur noch mit einigen Fetzen am Körper hing. Auch das linke Bein wurde verletzt. Der Verunglückte wurde bewußtlos von vier Beamten auf einer Bahre nach der Charitee getragen. Seine Wohnung ließ sich noch nicht feststellen.

Durch einen Absturz vom Gerüst ist Montag Nachmittag um 3 Uhr im Anatomischen Institut in der Philippstraße 12 der Arbeiter Paul Jung aus der Stendalerstraße 13 schwer verunglückt. Für den Umbau des Hörsaales ist in der Anatomie ein Gerüst errichtet worden. Auf diesem that Jung einen Fehltritt und stürzte aus einer Höhe von fünf Metern herab. Unglücklicherweise fiel er gerade auf den Kopf und brach sich den Schädel. Der Verunglückte wurde einem Krankenhause zugeführt; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Jung ist verheirathet und Vater von drei kleinen Kindern.

Zeugen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie der Sohn des Arbeiters Fr. Nessel, Naumerstr. 12, am Sonntag, den 28. August, abends 8 Uhr 20 Min. vor dem Hause Schönhauser Allee 53 von einem Pferdebahnwagen überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei dem Vater des Verunglückten abzugeben.

Feuerbericht. Neue Grünstraße 38 war Dienstag früh ein größerer Dachstuhlbrand abzulöschen, der an dem reichen Inhalt der Bodenkammer gute Nahrung fand und einen erheblichen Theil der Dachkonstruktion einäscherte. Mehrere Miether erlitten empfindliche Verluste. Montag Abend war Friedenstraße 107 ein Zimmerbrand zu beseitigen, der Möbel und Gardinen beschädigte. Dienstag Nachmittag wurde die Wehr nach Hochstraße 2a gerufen, wo Theer übergekocht war. Rostizstraße 43 erfolgte gegen 4 Uhr ein Küchenbrand. Fußboden, Tische und Küchengeräthe wurden zerstört.

Aus den Nachbarorten.

Wilmersdorf. Die Parteigenossen werden auf die heute, Mittwoch Abend im Volksgarten stattfindende Versammlung des sozialdemokratischen Arbeiterbildungs-Vereins aufmerksam gemacht. Auf die Tagesordnung ist ein Vortrag des Genossen Dr. Borchardt über materialistische Geschichtsauffassung gesetzt; auch erfolgt Aufnahme neuer Mitglieder. Der geringe Monatsbeitrag ermöglicht es jedem klassenbewußten Arbeiter, der politischen Organisation am Orte, dem sozialdemokratischen Arbeiterbildungs-Verein von Wilmersdorf, beizutreten. Beitrittserklärungen werden vom Genossen E. Witte, Berlinerstraße 38, sowie vom Genossen Klingenberg im Volksgarten und vom Genossen O. Nerre, Pfalzburgerstr. 67, entgegengenommen. Versäume kein Genosse, Mitglied der politischen Organisation zu werden, sowie den Versammlungen des Bildungsvereins beizuwohnen.

Die Stadt Charlottenburg bekommt auf recht fatale Weise die Segnungen des Privatkapitalismus zu kosten. Die Frage der Wasserversorgung Charlottenburgs gestaltet sich nämlich durch die Vertragsbestimmungen mit den Charlottenburger Wasserwerken recht schwierig. Bei Abschluß des Vertrages im Jahre 1884 hat die Stadt der Gesellschaft ein Entgegenkommen bekundet, das für den Kämmereisäckel unter Umständen noch empfindliche Folgen zeitigen wird. Der Schwerpunkt des ganzen Vertrages liegt in einer Bestimmung, wonach die Stadtgemeinde berechtigt ist, vom 1. Oktober 1905 an die Anlage für den zwanzigfachen Betrag der Durchschnittsdividende der letzten fünf Jahre käuflich zu erwerben. Der Magistrat hat bei verschiedenen Anlässen seine Absicht durchblicken lassen, von diesem Recht auf alle Fälle Gebrauch zu machen. Die Gesellschaft aber wird daraus die entsprechende Nutzanwendung für sich und ihre Aktionäre zu ziehen sicher nicht unterlassen. Die letzte Dividende betrug z. B. 11 pCt., d. i. bei einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark 880 000 Mark. Sie wird sich aber, je näher das Jahr 1905 heranrückt, durch Verminderung der Abschreibungen und Auslagen, sowie durch Herabsetzung des Zuschusses zum Reservefonds, dem 1897 800 000 M. zugeführt wurden, wesentlich steigern lassen. In Magistratskreisen macht man sich daher auch auf einen Kaufpreis von — 30 Millionen Mark gefaßt. Ehe sich aber die Stadtgemeinde mit einer derartig hohen Ausgabe belastet, erscheint doch die Erwägung geboten, ob es nicht vortheilhafter wäre, vorerst den Vertrag ablaufen zu lassen. Dies geschieht 1920 und dann ist die Stadtgemeinde berechtigt, die ganze Anlage zu dem alsdann festzustellenden Taxwerth käuflich zu erwerben.

In der Stadtverordneten-Versammlung von Schöneberg, welche vorgestern tagte, kam die Frage der Errichtung einer Haltestelle der Anhalter Bahn im Zuge der Kolonnenstraße zur Sprache. Der Magistrat hatte das Militärkommando der Eisenbahn-Regimenter ersucht, in dieser Sache mit ihm gemeinsam beim Minister der öffentlichen Arbeiten vorzugehen; das Militärkommando hat jedoch ablehnend geantwortet, weil kein militärisches Interesse vorliege. — Da im Feuerwehr-Gebäude neue fliegende Klassen der Gemeindeschule untergebracht werden sollen, bewilligte die Stadtverordneten-Versammlung eine Summe für Reparaturarbeiten.

Verhaftet wurde in Rixdorf der Inseratensammler Ladewig. Die Staatsanwaltschaft in Naumburg hatte gegen ihn wegen Nothzucht und versuchter Erpressung einen Steckbrief erlassen. Der Verhaftete war bei einem Rixdorfer Lokalblatt angestellt, das erst vor kurzem durch den verdufteten Annoncen-Acquisiteur Konietzny schwer geschädigt worden war.

Schwer verletzt wurde auf dem Rixdorfer Wochenmarkt am Richardplatz die Ehefrau des Droschkenfuhrherrn Leitel durch die Explosion einer Gasätherlampe. Ein Schlächter hatte gesehen, wie die zur Erleuchtung eines Verkaufsstandes benutzte Gasätherlampe im Innern zu brennen anfing. Um ein Unglück zu verhüten, nahm er die Lampe und warf sie auf den Straßendamm. Hier explodirte die Lampe in dem Augenblick, als Frau Leitel den Damm überschritt. Die Kleider der Frau fingen Feuer, was die Unglückliche veranlaßte, davon zu laufen, wodurch die Flammen natürlich nur größer wurden. Schließlich stellte sich ein Arbeiter der Frau entgegen und versuchte das Feuer zu ersticken, was ihm auch gelang. Allerdings erlitt auch der beherzte Retter nicht unerhebliche Brandwunden; infolge dessen mußten beide Personen nach der Unfallstation und von dort nach dem Krankenhause gebracht werden.

Gerichts-Zeitung.

Von den Ehrbegriffen des Premierlieutenants von Bismarck. Wegen Erpressung, Beleidigung und Bedrohung eines preußischen Offiziers hatte sich gestern das Fräulein Marie K. aus Berlin vor der zweiten Ferien-Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Die Angeklagte bestritt, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben, gab aber im übrigen folgende Darstellung des Sachverhaltes. Im Jahre 1889 lernte sie in Spandau den Premierlieutenant Rudolph von Bismarck kennen und trat mit diesen in Beziehungen. Im Jahre 1891 wurde sie Mutter eines Knaben. Sie habe nie Ansprüche an den Vater erhoben, weil sie wußte, daß er arm war, doch bei der Geburt habe Herr von Bismarck freiwillig und auf Handschlag versichert, daß er für die Erziehung des Knaben sorgen werde. Nur einmal habe er ihr 30 Mark geschickt, als das Kind krank war. Das Verhältniß habe bis zum Jahre 1896 gedauert, bis Herrn v. Bismarck Gelegenheit wurde, eine reiche Dame, die Tochter eines Villenbesitzers in der Platanenallee auf Westend, zu heirathen. Schon vorher habe ihr Herr v. Bismarck gesagt, daß, wenn er eine reiche Frau kriege, er dafür sorgen werde, daß der Knabe in eine bessere Schule gehen könne. Daraufhin habe sie ihr Kind in der Bürgerschule einschulen lassen. Sie habe den Vater desselben wiederholt an sein Versprechen erinnert, dieser habe aber garnicht mehr geantwortet. Da habe sie denn, obwohl sie bisher niemals etwas für sich selbst verlangt habe, am 10. November 1897 an Herrn v. Bismarck geschrieben und eine

Rechnung über 123 M. für Schulgeld und Kleider für das Kind beigelegt, mit dem Bemerken, daß, wenn sie nicht bis zum Sonnabend Geld oder Antwort hätte, sie sich nach Westend wenden müsse. Herr v. B. habe sie darauf aufgefordert, in seine Wohnung zu kommen. Hier habe er ihr 50 M. gegeben, mithin habe sie insgesammt 80 M. erhalten. Worte seien dabei kaum gewechselt worden. Er habe ihr zwar gesagt, daß, wenn er nicht belästigt werde, von einer Abfindung die Rede sein könne, sie habe ihn nun auch in keiner Weise belästigt, er habe aber wieder nichts mehr von sich hören lassen. Da habe sie denn am 19. April des Abends auf ihn in der Platanen-Allee gewartet, bis derselbe seine Braut nach der väterlichen Villa gebracht und alsdann zurückkehrte. Nun sei sie auf ihn zugetreten und habe ihn an sein Versprechen erinnert. Er habe sie aber kurz abgewiesen und sei davongelaufen. Da habe sie ihm in der Empörung nachgerufen: „Die ganze Welt soll wissen, was Du für ein erbärmlicher und herzloser Mensch bist!" Daß sie gerufen habe — wie die Anklage behaupte: — „erbärmlicher Lump bist! Man müßte dem Feigling eine Kugel durch den Kopf schießen!", das sei unwahr. Der als einziger Belastungszeuge geladene Premierlieutenant Rud. v. Bismarck erkannte die Darstellung der Angeklagten über sein Verhältniß zu ihr, er glaube aber keinerlei Verpflichtung zu haben, denn er habe den Verdacht, daß die Angeklagte ihm nicht allein ihre Gunst geschenkt habe, wofür er allerdings keinen Beweis habe. Im übrigen habe er der Angeklagten die 50 Mark auf den Brief vom 10. November 1897 nur aus Besorgniß gegeben, daß dieselbe ihre Drohung wahr machen und sich an seine Braut wenden könne. Auf die Frage des Vertheidigers Dr. Leonhardt Friedmann, ob er denn keinerlei moralische Verpflichtung fühle, erwiderte der Zeuge: „Ja, aber moralische Verpflichtungen können doch auf strafrechtlichem Gebiete nicht in betracht kommen! Daß er weitere Ausgaben als die erwähnten 30 und 50 M. für Mutter oder Kind gemacht, verneinte Zeuge. Dagegen behauptete er, daß ihm die Angeklagte bei dem Rencontre vom 19. April die Mütze vom Kopfe gerissen habe. Er habe ihr dieselbe entwunden, habe aber schnell davon laufen und sich hinter einem Zaun verstecken müssen, weil er fürchtete, daß eine skandalöse Szene entstehen könnte. Hinter dem Zaune habe er deutlich gehört, wie die Angeklagte rief: Die ganze Welt soll erfahren, was Du für ein erbärmlicher Lump bist! Man müßte dem Feiglinge eine Kugel durch den Kopf jagen!" Er habe denn auch gefürchtet, daß die Angeklagte ihre Drohung wahr machen könne und habe sein Haus und seine Wohnung einige Zeit von einem Geheimpolizisten bewachen lassen. Auf Befragen des Vertheidigers setzt Herr v. B. seiner Aussage hinzu, daß seine Befürchtung unbegründet war und nichts geschehen ist. Die Schwester der Angeklagten, eine hiesige Kaufmannsfrau, deponirt, daß ihr Herr v. B. mit Handschlag versicherte, er werde für das Kind sorgen, als sie ihm die Geburt desselben meldete. Das Zeugniß der Schwester konnte aber nicht in die Wagschale fallen, da dieselbe wegen ihrer nahen Verwandtschaft mit der Angeklagten nicht vereidigt wurde. Der Vertheidiger schickte seinem Plaidoyer voraus, daß er sich Mühe geben werde, sich in dem Maße Gewalt anzuthun, daß er das Verhalten des Herrn v. B. nicht so charakterisire, wie es dieses Verhalten geradezu herausfordere. In bezug auf die Erpressung beantragte der Vertheidiger Freisprechung. Der Vater des Kindes hatte ernste Pflichten diesem und der Mutter gegenüber und wenn die Angeklagte in ihrer Gutmüthigkeit und in dem Bewußtsein, daß der Vater des Kindes gänzlich mittellos sei, ihre Ansprüche an denselben rechtlich nicht geltend zu machen versucht habe, so könne das den Vater des Kindes nicht von seinen moralischen Verpflichtungen entbinden. Für die Beleidigung und Bedrohung, die als eine Handlung aufzufassen seien, könne auf eine niedrige Geldstrafe erkannt werden. Der Gerichtshof nahm Erpressung und auch den Begriff des Bewußtseins der Rechtswidrigkeit der Handlung an, was aus dem Umstande hervorgehe, daß die Angeklagte den Rechtsweg nicht beschritten hat (!), um ihren Ansprüchen Geltung zu verschaffen. In bezug auf die Beleidigung und Bedrohung wurde lediglich den Ausführungen des Herrn v. Bismarck gefolgt und so wurde im vollen Umfange der Anklage auf das Strafminimum von sechs Wochen Gefängniß erkannt. Die Verurtheilte mag sich mit den zahlreichen ehrenhaften Arbeitern trösten, die bei Lohndifferenzen Unternehmern gegenüber ein unüberlegtes Wort gebrauchten und dann wegen des entehrenden Vergehens der Erpressung auf Monate ins Gefängniß wandern mußten.

Zu einem kleinen Diebesnest hatte der Hausdiener August Chara, der mit drei Familienmitgliedern gestern vor dem hiesigen Schöffengericht zu erscheinen hatte, seine Wohnung ausgestaltet. Der Angeklagte war längere Zeit in einem hiesigen großen Manufakturwaaren- und Posamenten-Geschäft angestellt und hatte daselbst insbesondere den Fahrstuhl zu bedienen. Da in dem Geschäft in letzter Zeit wiederholt Waarendiebstähle vorgekommen waren, die auf die Thätigkeit eines Hausdiebes hinwiesen, so verstärkten die Aufsichtsorgane ihre Aufmerksamkeit und schließlich blieb auf dem Angeklagten der dringende Verdacht haften, daß er der Dieb sei. Eine in seiner Wohnung abgehaltene Haussuchung hat diesen Verdacht nicht nur bestätigt, sondern auch gezeigt, daß ein Zimmer der Wohnung als Lagerstätte für allerlei gestohlene Waaren diente, die die diebischen Anverwandten des Angeklagten dorthin in Sicherheit brachten. Außer zahlreichen Tuchstoffen und sonstigen aus dem bez. Geschäft herrührenden Gegenständen wurden daselbst verschiedene Waaren mit Beschlag belegt, die aus dem Gerson'schen Geschäft stammten, ebenso fand man ein Dutzend Messer und Gabeln vor, die dem Restaurateur Aschinger gestohlen worden waren. Es konnte leicht festgestellt werden, daß ein Schwager des Chara, der Kutscher Albert Witthaupt, Aufseher bei Aschinger, und die Schwägerin Frau Emma Witthaupt im Gersonschen Geschäft thätig gewesen war. Beide hatten an ihren Arbeitsstätten kleinere Gelegenheitsdiebstähle begangen und das gestohlene Gut nach Verabredung bei Chara untergebracht, der den Weitervertrieb besorgte. Das Geschäft muß recht gut gegangen sein, denn Chara ist in der Lage gewesen, sich in verhältnißmäßig kurzer Zeit eine Summe von mehreren tausend Mark zusammen zu sparen. Dabei hatte seine Frau, die wegen Hehlerei unter Anklage stand, nach Kräften mitgeholfen. Der Gerichtshof nahm an, daß die Angeklagten ihre Diebstähle ganz systematisch ausgeführt haben; er verurtheilte Chara zu sechs Monaten, Albert Witthaupt und Frau Witthaupt zu je einer Woche, Frau Chara wegen Hehlerei zu drei Monaten Gefängniß.

Versammlungen.

Die Brauer, Böttcher und Brauerei-Hilfsarbeiter hielten am Sonntag im Lokale des Herrn Hoffmann (Alexanderstraße) eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Genosse Täterow in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Bedeutung der Arbeiterbewegung für die sozialpolitische Entwickelung" sprach. — Hierauf erstattete Richter den Bericht der am 4. November 1897 gewählten Kommission zur Regelung des Ring-Arbeitsnachweises. Betreffs der Abänderung einzelner Paragraphen des Statuts des Arbeitsnachweises kam es allerdings zu einer Verhandlung, welche jedoch völlig erfolglos verlief, da die Kuratoriumsmitglieder seitens der Arbeitgeber erklärten, nicht in der Lage zu sein, bindende Antworten zu geben. Dagegen wurden durch Dr. Freund, den Vorsitzenden des Arbeitsnachweises der Ringbrauereien, verschiedene, die Vizestellen betreffende Anträge gestellt, welche, obwohl auch von den Arbeitern eine Regelung in diesem Punkt gerne angestrebt worden wäre, jedoch bei seite gelassen werden mußten. Von einem praktischen Erfolg sei also in der That bis auf den heutigen Tag durchaus noch keine Rede. Er ersucht daher die Kollegen tüchtig zu agitiren, damit bei den im September bevorstehenden Neuwahlen zum Kuratorium die richtigen Leute gewählt würden. — An der nun folgenden, außerordentlich lebhaft verlaufenden Diskussion betheiligen sich Narrotschck, Betzes, Richter, Kilbinger, Metzner, Juncke, Lehmann, Träger, Schüler und Täterow. Sämmtliche Redner geben drastische Beispiele von den verschiedenen Vorfällen im Arbeitsnachweis; Schiebungen seien an der Tagesordnung, so daß der ganze Arbeitsnachweis einfach illusorisch werde und der Brauerstand hierdurch ruinirt werde. Der Krebsschaden des Arbeitsnachweises aber sei das Prozentsatzwesen in seiner augenblicklich gebräuchlichen Form; gerade in diesem Punkte sei es nothwendig, so schnell als möglich Remedur zu schaffen. Dann wird ferner dem Kuratorium der Vorwurf gemacht, daß seine Lässigkeit an den jetzigen Mißständen einzig und allein Schuld seien, wogegen sich Betzer und Kilbinger als Kuratoriumsmitglieder seitens der Arbeitnehmer vertheidigen. Metzner will in einer Volksversammlung die Zustände im Arbeitsnachweis der gesammten Berliner Arbeiterschaft unterbreitet wissen. Täterow ist der Ansicht, vorläufig die ganze Angelegenheit noch energisch im Kuratorium den Arbeitgebern gegenüber zu vertreten. Schüler rathet vor allen Dingen davon ab, vorläufig die Kommission fallen zu lassen, um sich dadurch nicht in den Augen der Unternehmer eine Blöße zu geben. In diesem Sinne äußert sich auch Richter in seinem Schlußwort. Eine im Laufe der Diskussion eingegangene Resolution gelangt nunmehr zur Annahme: „Die Brauerversammlung bedauert, daß die am 31. Oktober 1897 in öffentlicher Versammlung gewählte Kommission nicht mehr für die Allgemeinheit erreichen konnte und daß sowohl das Kuratorium wie auch der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend den Satzungen des Arbeitsnachweises nicht stattgegeben haben. Die Versammlung beauftragt die Kommission, neue Unterhandlungen herbeizuführen. Für die satzungsgemäßen in diesem Jahre stattfindenden Kuratoriumswahlen hat die Kommission eine rege Agitation einzuleiten, damit diesmal wahre Vertreter der Interessen der Brauerei-Arbeiter zu Kuratoriumsmitgliedern gewählt werden." — Ein Antrag Metzner's, daß das Kuratorium in Zukunft dafür Sorge zu tragen habe, daß Böttcher nicht unter dem 1894 vereinbarten Minimallohn eingestellt werden, wird gleichfalls angenommen. — Im Verschiedenen berichten Narrotschck, Preuß und Träger über verschiedene Mängel in den Arbeitsverhältnissen und in der Arbeitsordnung; es werden hierbei besonders die Brauerei von d'Heureuse, Brauerei Friedrichshain, Bötzow, Patzenhofer und Pichelsdorf namhaft gemacht. Ein Antrag Preuß, für die Streikenden in Mannheim und Erfurt tüchtig auf den in Umlauf gesetzten Sammellisten zu zeichnen, wird einstimmig angenommen.

Die Stuckateure hielten am Montag eine öffentliche Versammlung ab, in der nach einigen Erläuterungen Rösener's Daschütt über den neuerrichteten „Streikfond" referirte. Gemäß dem Beschluß einer öffentlichen Versammlung am 1. August bezweckt die Gründung eines Streikfonds eine tägliche Unterstützung von 3 M. bis zur vorläufigen Dauer von 18 Tagen bei Maßregelung oder Arbeitsniederlegung infolge von Lohnaufbesserungen oder Aufrechterhaltung des bereits vereinbarten Tarifs. Aehnlich wie bei den Maurern hat ein jeder arbeitende Stuckateur eine wöchentliche Beitragsmarke à 25 Pfennig in eine vom Vertrauensmann ausgehändigte Streikkarte zu kleben, wenn er ein Anrecht auf Unterstützung erlangen will. Streikende sind gleich den gemaßregelten und arbeitslosen Kollegen vom Beitrag entbunden. Gleichwie bei anderen Gewerkschaften soll der Streikfonds dazu dienen, den Kampf mit dem Unternehmerthum mit größerem Nachdruck als bisher führen zu können. Nach einer kurzen und regen Diskussion, in der Barzanti und Krebs die allgemeine Durchführung der Beitragsleistung bezweifelten, wurde das von der Lohnkommission ausgearbeitete Streikreglement mit allen gegen vier Stimmen in Form einer entsprechenden Resolution angenommen. Die noch zu ernennenden Werkstatt-Delegirten haben die Streikkarten von Montag, den 12. September, abends 7 Uhr ab im Arbeitsnachweis der Stuckateure, bei Schünemann, Steinstraße 17 (Germannstraßen-Ecke), mit den Beitragsmarken in Empfang zu nehmen und alles weitere zu veranlassen. In die Lohnkommission wurden als Ersatz für die ausgeschiedenen vier neue Mitglieder gewählt. Unter „Verschiedenem" wurden vom Vertrauensmann Daschütt einige nachtheilige Gerüchte über einzelne auswärtige Kollegen wegen angeblicher Lohndrückereien widerlegt und als unwahr bezeichnet. Ferner wurden die Kollegen ersucht, die Frage wegen eventueller Gründung eines eigenen Organs für die Stuckateure als Antrag für den kommenden Verbandstag zu erörtern, wo auch die Frage: ob wie bisher der „Grundstein" oder die „Bildhauer-Zeitung" als Organ der Stuckateure gelten soll, jedenfalls zur Entscheidung kommen wird. Zum Schluß wurden alle Kollegen ersucht, umgehend die Wahl von Werkstatt-Delegirten zu vollziehen und davon Anmeldung im Arbeitsnachweis zu veranlassen; gleichzeitig auch die Sammellisten zu zeichnen und in der am Montag nach dem 15. stattfindenden Filialversammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute, Mittwoch, abends 8½ Uhr: Versammlung in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstr. 75.

Freie Vereinigung der Badeuser. Heute, abends 9 Uhr, bei Lange, Dragonerstr. 15, Versammlung.

Egidy-Vereinigung. Heute abends 8 Uhr: Geselliges Zusammensein im Königgrätzer Garten, Königgrätzerstr. 111.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

G. S. 24a. Auch in Stuttgart wird reichlicher Raum für Zuhörer des Kongresses vorhanden sein. Am Berichterstattertisch werden Sie nur Platz finden können, wenn Sie von einer Zeitung beauftragt werden.

H. K. Fragen Sie bei der Holz-Berufsgenossenschaft Berlin, Kesselstraße 37, an, ob Ihr Fall derselben unterbreitet!

W. K. G., P. L. 35. Für Ihre Mutter gelten die wiederholt an dieser Stelle mitgetheilten Regeln über Anfertigung eines Testaments. Dieselben mögen nachstehend wiederholt werden. Ein Testament muß im Gebiete des Allgemeinen Landrechts unterschrieben und bei Gericht niedergelegt oder zu Protokoll des Amtsgerichts erklärt sein, um giltig zu sein. Dasselbe gilt für ein wechselseitiges Testament. Zeugen brauchen zur Anfertigung eines Testaments nicht zugezogen zu werden. Für ein wechselseitiges Testament ist etwa folgende Form zu empfehlen: „Wir (Namen der Eheleute) setzen uns einander gegenseitig und unsere Kinder (Namen), sowie diejenigen Kinder, die uns etwa noch geboren werden, mit der Maßgabe zu Erben ein, daß der Ueberlebende von uns die von aller Aufsicht und Rechnungslegung befreite Verwaltung unseres beiderseitigen Vermögens bis zu seinem Tode behält und berechtigt ist, unter Lebenden über die Substanz zu verfügen. Was nach dem Tode des Letztlebenden übrig bleibt, theilen die anderen Erben nach der gesetzlichen Erbfolge. Für den Fall einer Wiederverheirathung des Ueberlebenden hat Auseinandersetzung nach der gesetzlichen Erbfolge zu erfolgen. Wer von unseren Erben unser Testament anfechten sollte, den setzen wir auf Pflichttheil." Die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Objekts. Die Kosten für protokollarische Testamentsaufgaben sind doppelt so hoch wie die für die Annahme eines offen oder versiegelt übergebenen Testaments. Durch Benutzung obiger Anweisung wird also die Hälfte erspart. Die Kosten für die Annahme von Testamenten betragen: bei einem Objekt von 2—300 M.: 2,40 M., von 300—450: 3,—, von 450—650: 3,60, von 650—900: 4,20, von 900—1200: 5,—, 1200—1600: 6,—, 1600—2100: 7,—, 2100—2700: 8,—, 2700—3400: 9,—, 3400—4300: 10,—, 4300—5400: 11,—, 5400—6700: 12,—, 6700—8200: 13, 8200—10 000: 14,—, 10 000—12 000: 15,—, 12 000—14 000: 16,— M. und so steigen bis 30 000 M. bei je 2000 M. mehr Objekt die Kosten um je 1 M., so daß also bei Objekten von 28—30 000 M. die Kosten 24 M. betragen. Es betragen bei Objekten von 30—35 000 M. die Kosten 26 M., bei Objekten von 35—40 000 M. 28 M. Von da ab steigt es in der Kostentabelle bei den Objekten um je 10 000 M., bei den Kosten um je 2 M., so daß also bei Objekten von 90—100 000 M. die Gebühren 40 M. betragen. Von da ab steigen die Werthklassen um je 10 000 M., die Gebühren um je 1 M., so daß also z. B. die Testamentsannahme bei Werthen von 1 990 000 bis 2 Millionen Mark 230 M. kostet. Die Kosten sind also wie durchweg in Gerichtssachen bei niederen Objekten prozentual außerordentlich viel höher als bei hohen Werthen. Wechselseitige Testamente gelten als zwei Testamente. Der Fiskus erhebt ferner ein Fünftel der angegebenen Sätze für die Aufbewahrung der Testamente. Für die Eröffnung und Ausfertigung einer letztwilligen Verfügung wird so viel wie für die Annahme erhoben. Für die Zurücknahme eines Testaments ist, falls zugleich ein anderes Testament überreicht wird, nichts, sonst die Hälfte der obengenannten Gebühren zu zahlen. Der einfachste und billigste Weg zur Anfertigung eines Testaments ist demnach nicht der protokollarische, sondern der: Sie setzen Ihren letzten Willen auf, achten dabei darauf, daß Jemand zu Erben eingesetzt und kein Pflichttheilserbe übergangen ist. Sodann unterschreiben Sie das Testament und überreichen es offen oder versiegelt, aber persönlich dem Amtsgericht. Machen Sie ein wechselseitiges Testament, so müssen beide Eheleute unterschreiben und zu Gericht gehen. — **G. H. 100.** Das Urtheil des Reichs-Versicherungsamtes ist nicht mehr angreifbar. Die Entscheidung desselben entspricht dem Gesetz, wiewohl der armen Verunglückten 60 pCt. der „Vollrente" mit nur 1 M. 35 Pf. monatlich zugebilligt sind. Würde das Unfallversicherungs-Gesetz nicht bestehen, so hätte die Verunglückte auf grund des Haftpflicht-Gesetzes etwa das Zehnfache zu beanspruchen. Das Unfallversicherungs-Gesetz hat einen großen Theil der Arbeiter geschädigt und schafft, sowohl was die „Höhe" der „Renten" wie die Art des Verfahrens anlangt, ein gegen die Arbeiter wirkendes Ausnahmerecht schlimmster Art. Dies ist wiederholt im Reichstag dargelegt und Aenderung begehrt. — **A. Z., Nummelsburg.** Nein. **Jugend hat keine Tugend.** Ein durch Gerichtsurtheil auferlegter Verweis ist eine Strafe. Ein Zeuge, der in seiner Jugend solchen Verweis erhalten hat, müßte also die Frage, ob er bestraft ist, bejahen. Indessen wird diese Frage keineswegs immer an Zeugen gerichtet. Liegt einem Zeugen daran, daß die Frage ihm nicht vorgelegt wird, so thut er gut, sich an das Gericht mit der schriftlichen Bitte zu wenden, ihm, der die und die Strafe erlitten hat, die Frage, ob er bestraft sei, nicht vorlegen zu wollen. Es ist wohl kaum ein Richter, der dann dennoch diese Frage stellt. Im allgemeinen wird ein Zeuge nur befragt, ob er wegen Meineids oder mit Zuchthausstrafe bestraft ist. — **Hussitenstr. 15. 2 Streitende.** Nein. — **E. 1870.** Ist nur strafbar (und dann noch nicht verjährt), wenn etwa das Kind nicht todt zur Welt gekommen ist. — **Petermann.** Sie haben zu beweisen. — **Freiheit.** Die Sache ist nicht verjährt, Pfändung kann innerhalb 30 Jahren seit Erlaß des rechtskräftigen Zahlungsbefehls wiederholt werden. — **Wette ein Viertel.** 1. Die Bestimmungen über Verjährungen sind erst dieser Tage wieder ausführlich an dieser Stelle wiedergegeben. 2. Ein Gesuch zur Zulassung zur Hebammen-Prüfung u. s. w. ist in Berlin an das Polizeipräsidium zu richten. Die näheren Bestimmungen über Zulassung zum Hebammen-Beruf enthalten die polizeilichen Bekanntmachungen vom 6. August 1883, 16. April 1884 und 11. Oktober 1881. Dieselben können Sie auf der Redaktion in der juristischen Sprechstunde einsehen. — **P. K. 24.** 1. Das ist bei der bestehenden dem Arbeiter immer ungünstiger werdenden Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts möglich. 2. Legen Sie gegen die Aufforderung, sich in die Anstalt zu begeben, Berufung beim Schiedsgericht ein. — — **E. B. 1.** Solch' Antrag ist nicht an die Staatsanwaltschaft, sondern an das Gericht zu richten. Zumeist wird er abgelehnt. — **G. L. 10.** Sie können Strafantrag an die Staatsanwaltschaft richten. Es ist zweckmäßig, vor Einreichung desselben in der Sprechstunde vorzusprechen. — **B. M.** In fünf Jahren. — **Lichterf. K. B.** 1. Nein. 2. Die Kasse hat voll die Bandage zu zahlen. 3. Die Frage, ob Krankenkassen für künstliche Zähne aufzukommen haben, ist, wie wir wiederholt eingehend an dieser Stelle dargelegt haben, streitig. Nach § 6 des Krankenversicherungs-Gesetzes sind zu gewähren: freie ärztliche Behandlung, Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel. Zu den zum Zweck der freien Kur zu gewährenden Leistungen sollten also auch solche Heilmittel gerechnet werden, die wie die beispielsweise benannten Brillen und Bruchbänder mit der Krankenbehandlung in unmittelbarem Zusammenhang stehen und zur Sicherung des Erfolges der zur Kur nothwendigen Heilmittel seien als „ähnliche" im Sinne des § 6 anzusehen. Vielmehr seien „ähnliche" Heilmittel nur solche, die bezüglich des Kostenpunktes den Brillen und Bruchbändern ähnlich sind. Es sei daher von Fall zu Fall unter Berücksichtigung des Kostenpunktes eine Entscheidung zu treffen. Diesem oberverwaltungsgerichtlichen Irrthum sind einige Gerichte gefolgt. Eine einheitliche Praxis besteht nicht. Das Reichsgericht hat solche Klage noch nicht entschieden und wird auch schwerlich zu einer Entscheidung Gelegenheit haben. — **H. B., Greifswald.** Für Preußen ist das Pfandleihgewerbe durch das Gesetz vom 17. März 1881 geregelt. Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Gesetzes sind folgende: Der Pfandleiher darf sich an Zinsen nicht mehr ausbedingen oder zahlen lassen, als 2 Pf. für jeden Monat und jede Mark von Darlehnsbeträgen bis zu 30 M., und 1 Pf. für jeden Monat und jede den Betrag von 30 M. übersteigende Mark. Es darf jedoch der Pfandleiher ausbedingen, daß Zinsen mindestens für 2 Monate gezahlt werden müssen. Die Fälligkeit des von einem Pfandleiher gegebenen Darlehns tritt nicht vor Ablauf von 6 Monaten seit dessen Hingabe ein. Der Pfandleiher muß in sein Pfandbuch eintragen: Datum des Darlehnsgeschäfts, Vor- und Zunamen des Verpfänders, Betrag des Darlehns und der Zinsen, Bezeichnung des Pfandes, Zeit der Fälligkeit des Darlehns. Eine Abschrift dieser Eintragungen muß der dem Darlehnsnehmer zu übergebende Pfandschein enthalten; falls Pfandbuch und Pfandschein nicht übereinstimmen, gilt der dem Verpfänder günstigere, dem Pfandleiher nachtheiligere Inhalt. Der Verpfänder ist berechtigt, das Pfand jederzeit bis zum Abschlusse des Verkaufs einzulösen. Der Pfandleiher ist berechtigt, das Pfand zum Zwecke der Befriedigung wegen seiner Forderung an Kapital und Zinsen nach eingetretener Fälligkeit in öffentlicher Auktion ohne vorausgegangene Klage verkaufen zu lassen. Nach erfolgtem Verkauf des Pfandes hat der Pfandleiher den für den Verpfänder nach Abzug der Pfandschuld und der Versteigerungskosten etwa verbliebenen Ueberschuß des Erlöses an den Verpfänder zu zahlen oder für denselben innerhalb längstens 14 Tagen bei der Ortsarmenkasse zu hinterlegen. Bis zum Ablauf von 3 Wochen nach der Fälligkeit des Darlehns erfolgt die Einlösung des Pfandes nur gegen Rückgabe des Pfandscheins. Sind seit der Fälligkeit des Darlehns 3 Wochen verflossen, so kann der Verpfänder das bis dahin nicht eingelöste Pfand auch ohne Vorlegung des Pfandscheins einlösen. — Das Gesetz findet auf den Pfandleih-Gewerbebetrieb durch den Staat keine Anwendung; indessen sind die für die staatlichen Pfandleihhäuser erlassenen Reglements im allgemeinen mit vorstehenden Bestimmungen übereinstimmend. — **M. B. 1 u. 2.** Wann verjähren in Preußen Forderungen? Mit dem Ablauf von 2 Jahren verjähren die Forderungen der Fabrikunternehmer, Kaufleute, Krämer, Künstler, Handwerker und Apotheker für Waaren und Arbeiten. Ausgenommen von dieser kurzen Verjährung sind solche Forderungen, welche in bezug auf den Gewerbebetrieb des Empfängers der Waare oder Arbeit entstanden sind. Diese verjähren erst in 30 Jahren. Mit dem Ablauf von 2 Jahren verjähren ferner die Forderungen der Fabrikunternehmer, Kaufleute, Krämer, Künstler und Handwerker wegen der an ihre Arbeiter gegebenen Vorschüsse, der Schul- und Verpflegungsanstalten für Unterhalt, Unterricht und Erziehung, der Lehrer, der Fabrikarbeiter, Handwerksgesellen, Tagelöhner und „anderer gemeiner Handarbeiter" wegen rückständigen Lohnes, der Gastwirthe für Wohnung und Beköstigung. Mit dem Ablauf von 4 Jahren verjähren die Forderungen der Kirchen, Geistlichen, Kirchenbeamten wegen der Gebühren für kirchliche Handlungen, der Anwälte und Aerzte wegen ihrer Gebühren und Auslagen, der Handlungsgehilfen und des Gesindes wegen Gehalt, Lohn u. s. w., der Lehrherren hinsichtlich des Lehrgeldes, des Prozeßgegners wegen Erstattung verauslagter Prozeßkosten, des Fiskus auf Nachzahlung für garnicht oder zu wenig geforderter Gerichtskosten. In 4 Jahren verjähren ferner die Rückstände für vereinbarte Zinsen, die Rückstände an Mieths- und Pachtgeldern, Pensionen, Besoldungen, Alimenten, Renten und allen anderen zu bestimmten Zeiten wiederkehrenden Abgaben und Leistungen, desgleichen die Rückstände an Wage- und Pachtgeldern. Die Verjährung beginnt bezüglich der Gebühren und Auslagen. — Wo diese kurzen Verjährungsfristen von 2 und 4 Jahren nicht Anwendung finden, sowie für die Fälle, in denen die Forderung eingeklagt ist und eine Verurtheilung stattgefunden hat, findet im allgemeinen eine Verjährungsfrist von 30 Jahren Anwendung. Von den noch kürzeren als zweijährigen Verjährungsfristen ist vor allem der Anspruch der Soldaten auf Entschädigung für durch den Dienst herbeigeführte Verletzungen hervorzuheben: solche Ansprüche müssen innerhalb 6 Monaten gerichtlich geltend gemacht werden. Für die Berechnungsart der zwei- und vierjährigen Verjährungsfristen gilt folgendes: die Verjährungsfrist beginnt rücksichtlich der in Prozessen und Untersuchungen vorkommenden Gerichtskosten und dergleichen mit dem letzten Dezember desjenigen Jahres, in welchem der Prozeß oder die Untersuchung durch rechtskräftiges Urtheil Entsagung oder Vergleich beendet worden ist. Bei den anderen Forderungen beginnt die Verjährung mit dem auf den festgesetzten Zahlungstag folgenden letzten Dezember, und wenn ein Zahlungstag nicht besonders festgesetzt ist, mit dem letzten Dezember desjenigen Jahres, in welchem die Forderungen entstanden. Durch ein ausdrückliches Anerkenntniß wird die Verjährungsfrist unterbrochen.

Witterungsübersicht vom 6. September 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.
Swinemde.	769	WNW	1	wolkig	13	Haparanda	766	S	2	wolkig	10
Hamburg	771	WSW	1	Nebel	13	Petersburg	—	—	—	—	4
Berlin	770	NW	2	bedeckt	13	Cork	763	SSO	1	bld. bed.	21
Wiesbaden	769	SO	2	heiter	16	Aberdeen	760	SSW	1	bld. bed.	21
München	770	O	1	wolkenl.	13	Paris	767	NO	1	wolkenl.	18
Wien	769	NW	2	bedeckt	14						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 7. September 1898.

Ein wenig wärmer, zeitweise neblig, vorwiegend heiter und trocken bei schwachen südöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Verbandstag der Tabakarbeiter.

Offenbach, den 5. September.

Am Sonntag Abend wurde hier der Verbandstag der Tabakarbeiter eröffnet. Zur Erledigung gelangten in dieser Sitzung nur geschäftliche Angelegenheiten.

Zu Vorsitzenden werden Dechand-Berlin und Vorrath-Bremen gewählt; dazu acht Schriftführer. Weiter werden die Kommissionen gewählt und sonstige Formalitäten erledigt. In der Montag Vormittag abgehaltenen Sitzung wurde zunächst die Geschäftsordnung festgesetzt. Dann soll täglich 8 Stunden berathen und bei jeder Sitzung die Präsenzliste verlesen werden. Der Vereinsvorsitzende, Junge-Bremen, ergänzte sodann den Geschäftsbericht des Vorstandes, welcher gedruckt vorliegt. Nach dem gedruckten Bericht wurden in der Zeit vom 1. Januar 1896 bis zum 31. Dezember 1897 vereinnahmt 383 648,25 M. und verausgabt 376 449,30 M. Das Vermögen des Vereins beträgt 19 878,20 M. Junge konstatirt noch, daß die Plackereien der Polizei etwas nachgelassen haben, daß aber neuerdings der Versuch gemacht werde, den Verein zu einem politischen zu stempeln. Dagegen habe man den Rechtsweg beschritten, der bisher noch nicht zum gewünschten Resultat geführt habe. In einer jetzt anhängigen Klage hoffe man die Frage zu einer prinzipiellen Entscheidung zu bringen. Ein wunder Punkt sei die Streikfrage. Es müsse verhindert werden, daß Streiks proklamirt würden, ohne daß der Vorstand geprüft habe, ob derselbe auch zu rechtfertigen gewesen. Der Hauptkassirer, Nieder-Welland, ergänzt die vorliegende Abrechnung durch Mittheilung der Einnahmen und Ausgaben bis zum Ende August. Es waren danach 11 426 M. 42 Pf. Ueberschuß vorhanden. Die Debatte über den Bericht wurde ausgesetzt, bis der Ausschußvorsitzende seinen Bericht erstattet. Der Reichstags-Abgeordnete Heinrich Meister erstattete den Ausschußbericht. Er konstatirte, daß der Ausschuß in der Berichtszeit mehr als je vordem in Anspruch genommen worden sei. Er habe im wesentlichen alle gerechten Ansprüche der Kollegen nach Besserung ihrer Lage zu befriedigen gesucht. In einem Falle bedauere er, daß der Streik zur Vereinssache gemacht wurde, es war in Goslar. Er habe befürchtet, daß der Streik verloren gehen werde und dann die dortigen tüchtigen Verbandsleiter gemaßregelt und beseitigt werden würden. Das sei denn auch geschehen. Im allgemeinen seien die Streiks dem Vereine aufgezwungen worden. Es habe sich immer um die Vertheidigung der augenblicklichen Lebenshaltung gedreht. Leider sehe das die Regierung nicht ein und betrachte, wie die Unternehmer, die Gewerkschaften als Streikvereine. Es gelte demgegenüber, die gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken, da sie bei der Haltung der Regierungen und des Unternehmerthums immer mehr Bedeutung erhalten. Ganz entschieden falsch sei es von den Arbeitern, wenn sie meinen, es genüge, sich der politischen Organisation anzuschließen. Jeder Arbeiter sollte seiner gewerkschaftlichen Organisation beitreten um zu helfen, daß die Lage der Branchenangehörigen gebessert, oder deren Verschlechterung verhindert werde. Differenzen zwischen Ausschuß und Vorstand hat es nicht gegeben, doch mußte der Ausschuß durch Ersetzung eines Hilfsarbeiters den Klagen des Vorstandes über die Arbeit abhelfen, was mit Erfolg gelungen sei. Bei den Arbeiten des Ausschusses sei es sehr empfindlich gewesen, daß die Lokalbeamten zu wenig oder garnicht das Material zu liefern für nöthig gehalten. Ohne dieses Material als Unterlage zur Beurtheilung der Situation an den einzelnen Orten, könne der Ausschuß aber keinen Beschluß über beantragte Streiks fassen. Da müsse Wandel geschaffen werden. Die Situation im allgemeinen ist nicht besser geworden. Die Fabrikanten verlegen ihre Fabriken in Gegenden, wo sie billige Arbeitskräfte haben können. Dagegen sei an sich nichts zu machen, doch solle man unaufhörlich darnach trachten, auch auf diese Orte die Organisation auszudehnen, um der gefährlichen Herabdrückung der Löhne entgegenwirken zu können. Möge das gelingen, zum besten des Vereins. Die Mandats-Prüfungskommission erstattete Bericht. Es sind 58 Mandate zur Stelle. In der hierauf folgenden Diskussion der Berichte des Vorstandes und des Ausschusses traten keine besonderen Differenzen hervor. Es wurden Klagen und Vorschläge vorgetragen, um gemachte Erfahrungen zu berücksichtigen.

In der Nachmittagssitzung wird beschlossen, über die Verhandlungen der Generalversammlung ein Protokoll in Broschürenform herauszugeben, welches den Mitgliedern unentgeltlich verabfolgt werden soll. Ueber die Höhe der Diäten für Delegirte 2c. entspinnt sich eine Debatte. Es wird beschlossen, die Diäten im Verbandsstatut nicht festzulegen und sie für die gegenwärtige Versammlung in gleicher Höhe wie bei der letzten in Stuttgart abgehaltenen zu zahlen. Nach längerer Debatte wird beschlossen, den bisherigen Titel „Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter" umzuändern in: „Deutscher Tabakarbeiter-Verband". Der Vorsitzende machte auf die Kosten aufmerksam, welche die Titeländerung bringt, doch blieb die Versammlung bei ihrem Beschlusse stehen. Der § 2 des Statuts stellt als Zweck des Verbandes die Hebung der Lage der Berufsgenossen hin. Spandau, Nordhausen und Stuttgart verlangen, daß dafür mehr gethan werde. Erstere beiden Städte fordern besonders: „Das Augenmerk soll dabei hauptsächlich nach dem platten Lande und kleinen Städten gerichtet werden, wo es an geeigneten Kräften fehlt, die es verstehen, diese Punkte für sich zweckmäßig auszunutzen." Der Antrag Stuttgarts, der bessere Pflege der Berufsstatistik fordert, wird einstimmig angenommen. Zu dem Antrag Spandau-Nordhausen hebt Kollege Meister die Schwierigkeiten, welche die Landagitation mit sich führt, hervor. Er erachtet die Nothwendigkeit der Agitation auf dem flachen Lande als bewiesen. Es sei das die höchste Aufgabe des Verbandes, ganz besonders in den die Schmutzkonkurrenz erzeugenden Orten in Süddeutschland. Der Antrag wird in Resolutionsform angenommen.

Versammlungen.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Potsdam-Osthavelland fand am Sonntag in Spandau statt. Es waren 22 Orte durch 30 Delegirte vertreten; außerdem war die Brandenburgische Agitationskommission durch den Genossen Dimmick und die „Brandenburgische Zeitung" durch den Redakteur Huth vertreten. Der Kreis-Vertrauensmann Schröer erstattete zunächst seinen Geschäfts- und Kassenbericht. Letzterer erstreckte sich nur auf 9 Monate. Die Einnahme betrug hiernach einschließlich des früheren Kassenbestandes von 289,59 M. zusammen 1157,34 M., darunter sind 356,50 M. enthalten, welche auf Listen gesammelt waren. Die Ausgabe betrug 990,94 M. und der jetzige Kassenbestand 166,40 M. Die Parteipresse werde leider noch viel zu wenig gelesen, und ebenso erfüllten die Wahlvereine nicht ihren Zweck; die Agitationsmethode in und für die Wahlvereine müßte abgeändert werden. Die für die Landagitation aufgebrachten Mittel seien nicht resultatlos gewesen, 35 pCt. aller auf dem Lande abgegebenen Stimmen seien auf unseren Kandidaten entfallen; trotzdem aber müsse in Zukunft das Hauptgewicht mehr auf die Städte des Kreises gelegt werden. Hiernach erstattete Laukant den Kassenbericht des Zentral-Wahlkomitees, nach welchem sich die Einnahmen auf 3926,76 M. und die Ausgaben während der Wahl auf 4466,91 M. belaufen. Das sich hieraus ergebende Defizit von 540,15 M. werde zum allergrößten Theil durch einen Zuschuß der Provinz-Agitationskommission gedeckt werden. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erstattete Staab-Potsdam Bericht über „Die Lehren der verflossenen Reichstagswahl und unsere Stellung zur Landtagswahl". (Bericht hierüber siehe in der gestrigen Nummer unter „Preußische Landtagswahlen".) Zu Delegirten für die Provinzial-Konferenz wurden Schröer-Spandau, Schmidt-Belten und Wegener-Ketzin, zum Delegirten für den Parteitag: Staab-Potsdam und als Ersatzmann Schröer gewählt. Letzterer wurde auch zum Kreis-Vertrauensmann einstimmig wieder ernannt.

Der Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin) hielt am Montag eine Mitglieder-Versammlung bei Feuerstein, Alte Jakobstraße, ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende auf die am 13. d. M. stattfindende Delegirten-Versammlung der Ortskrankenkasse aufmerksam. Hierauf referirte P. Lorenz über die geplante Einführung eines einheitlichen Minimaltarifs für die Buchbinderbranche, wobei er an die bisher erfolglosen Unternehmungen der Tarifkommission erinnerte und auf die außerordentliche Ungleichmäßigkeit der Akkordpreise für die einzelnen Artikel in den verschiedenen Werkstellen verwies. Es gelangte schließlich ein Antrag zur Annahme, wonach von den Vertrauensmännern Werkstellen-Sitzungen einberufen werden sollen, in denen ein Mitglied der Tarifkommission anwesend sein wird, um die Kollegen für die Tarifsache zu interessiren. Unter Verschiedenem wurden die Mitglieder ersucht, jeden Wohnungswechsel der Verwaltung umgehend anzuzeigen, und hierauf bekannt gemacht, daß eine Agitationsbroschüre herausgegeben wird und besonders die Verbreitung derselben unter den Indifferenten erwünscht ist. Für die ausgesperrten Berufsgenossen in Christiania bewilligte die Versammlung eine weitere Unterstützung im Betrage von 100 M. Gleichzeitig wurde beschlossen, dem Hauptvorstande zu empfehlen, ebenfalls noch eine weitere Summe von 500 M. den Ausgesperrten zu überweisen. Außerdem wurde aufgefordert, möglichst den Zuzug nach Christiania abzuhalten. Nach Erledigung einiger Werkstattangelegenheiten wurde noch bekannt gegeben, daß am 20. d. M. im Lokale Annenstr. 16 eine wichtige Versammlung für die Lederwaaren-Branche stattfindet.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere die in Pappenfabriken und Lumpensortier-Anstalten beschäftigten, hielten am Montag im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23, eine öffentliche Versammlung ab, in der die Genossin Frau Greifenberg über die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den oben erwähnten Betriebsarten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen referirte. In treffender Weise entwickelte die Referentin, wie die besitzende Klasse die Arbeiterschaft nicht nur wirthschaftlich durch Zahlung niedriger Löhne und übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit schädige, sondern auch durch Fortlassen von Schutzvorrichtungen und durch Benutzung ungenügender Räumlichkeiten zu Werkstätten die Gesundheit der Arbeiter untergrabe. Man habe zwar Fabrikinspektoren eingeführt, aber noch immer nicht den berechtigten Forderungen nach weiblichen Fabrikinspektoren nachgegeben, da man dann wohl sicher sein könnte, daß Zustände, wie solche gerade in den Pappen- und Lumpenfabriken vorkämen, bald aus der Welt geschafft werden dürften. Nach den von der Referentin eingezogenen Recherchen wird z. B. in der Pappenfabrik von „Kraft und Kunst" bei elfstündiger Arbeitszeit den Männern ein Wochenlohn von 15 M., den Frauen von 8,50 M. gezahlt; in derselben Fabrik müssen die Lumpensäcke von den Arbeiterinnen selbst nach dem Arbeitsplatz geschafft werden. Ferner wurde mitgetheilt, daß die Gewichte von der Polizei beschlagnahmt worden sind. In anderen Fabriken werden die Lumpen aus der Charitee angekauft, und das Geschäft der Arbeiterinnen ist es dann, die mit Eiter und Krankheitsstoffen durchsetzten Sachen zu sortiren. Handgreiflichkeiten seitens der Vorgesetzten seien fast überall an der Tagesordnung; deshalb könne sie, die Referentin, den Arbeiterinnen nur den einen Rath geben, sich zu organisiren, um geschlossen gegen derartige himmelschreiende Mißstände vorgehen zu können. — An der Diskussion betheiligen sich Schumann, Dietz und Sachmann. Sämmtliche Redner bringen noch weitere Mißstände ans Licht und fordern die Anwesenden auf, ja nicht etwa aus Angst derartige Zustände zu vertuschen, denn nur die Oeffentlichkeit und ein energisches Vorgehen könne hier eine Aenderung schaffen. Besonders häufig genannt werden die von der Referentin bereits erwähnten Firmen, sowie Wiganko u. Co. (Pankstraße). Von den vielen angeführten Fällen sei hier nur noch erwähnt, daß bei Wiganko (Chausseestraße) sich im Sortirraum der außerordentlich schädliche Dämpfe entwickelnde Strohkocher, sowie ein Kloset befinde, bei dem weder Thür noch Wasserspülung vorhanden wäre. Hierauf nimmt Frau Greifenberg das Schlußwort, indem sie nochmals zur Organisation auffordert und sich erbietet, falls irgendwo Mißstände vorliegen, und man ihr davon schriebe, sie persönlich in die Wohnungen der Arbeiterinnen kommen würde, um eingehende Informationen einzuziehen. Im Verschiedenen theilt Schumann mit, daß am 15. d. M. im Kolberger Salon eine Mitgliederversammlung stattfindet, auf deren Tagesordnung der Bericht vom letzten Verbandstag stehen wird.

In einer Textilarbeiter-Versammlung, die am Montag in Stechert's Saal tagte, hielt Albin Reichelt aus Burgstädt einen beifällig aufgenommenen Vortrag, in welchem er die traurige Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie schilderte und zu dem Schluß kam, daß die gewerkschaftliche Organisation ein wirksames Mittel gegen die Uebermacht des Unternehmerthums sei. Im folgenden Punkte der Tagesordnung wurden die Verhältnisse bei der Firma Felix Landé besprochen. Ein Vertreter der Firma war eingeladen, aber nicht erschienen. Mehrere Redner führten aus, die Firma Landé habe, was Lohn- und Arbeitsverhältnisse anbetreffe, früher zu den besten gehört, in letzter Zeit habe sich aber die Sachlage zu ungunsten der Arbeiter verschoben. Im allgemeinen solle der Arbeiter jetzt für den gleichen Lohn mehr leisten wie früher, und wenn die Geschäftsleitung über den Akkordlohn eines Artikels mit den Arbeitern nicht einig werde, dann würden die weiblichen Arbeitskräfte als Lohndrückerinnen benutzt, so daß den männlichen Arbeitern schließlich nichts weiter übrig bleibe, als dem Druck nachzugeben. Das Verhalten der Firma den Arbeitern gegenüber werde durch den Umstand wesentlich erleichtert, daß die Arbeiterinnen größtentheils der Organisation fernstehen, weshalb eine Verständigung zwischen diesen und ihren männlichen Kollegen sehr erschwert werde. Nach längerer Aussprache nahm die Versammlung eine Resolution an, in der es heißt, die Zustände in der Landé'schen Fabrik können als humane nicht bezeichnet werden. Hierauf wurde über die Entlassung eines Arbeiters der Firma Baader diskutirt und beschlossen: Die Entlassung des Kollegen Köhler aus der Teppichfabrik von Baader ist ungerechtfertigt, demselben wird daher, als einem Gemaßregelten, Unterstützung zugebilligt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch, den 7. September, abends 8½ Uhr:
Oeffentl. Versammlung
im Lokale des Herrn Zühlke, Dennewitzstr. 13.
Tages-Ordnung:
1. „Die Agrarier, die Börse und die Reichsbank." Referent: Dr. Alfred Bernstein.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 238/16*
Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Zimmerer Berlins und Umgegend.
Donnerstag, den 8. September, abends 8 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße Nr. 20:
Versammlung
Tagesordnung:
1. Bericht über die stattgefundenen Platzsperren und nochmalige Stellungnahme zu denjenigen Baufirmen, welche den Minimallohn noch nicht bezahlen. 2. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind sämmtliche Zimmerer eingeladen und ist es Pflicht der Kameraden, für rege Agitation Sorge zu tragen. Ganz besonders machen wir aber diejenigen Kameraden, welche bei Unternehmern zu Klassenlöhnen arbeiten, auf die Tagesordnung aufmerksam und erwarten zahlreiche Betheiligung. 256/14
Die Lohnkommission.

Fernsprecher: Amt IV. 447.
Einsegnungs-Anzüge
in glatten Kammgarn-, Satin-, Diagonal- und Tuchstoffen, 1- und 2reihig . . . . . 12–27 M.
M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4 am Kottb. Th. Hauptstr. 143, Schöneberg.
Bitte genau auf die Firma zu achten.

Möbel und **Polsterwaaren.** Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. [5878]*
Franz Tatzauer, Brunnenstraße 152.

Achtung! Maurer.
Wander-Versammlungen d. Filiale II Berlin des Zentralverbandes deutscher Maurer.
Mittwoch, den 7. September:
Für den Wedding bei Bergemann, Pasewalkerstraße 3.
Donnerstag, den 8. September:
Für Oranienburger Vorstadt bei Neumann, Brunnenstr. 150.
Für Westen im Lokal Königshof, Bülowstraße 37.
Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung unseres Fachorgans. 2. Neuregulirung der Verbreitung des Grundstein. 136/16
Zahlreichen Besuch erwartet Die Lokalverwaltung.

Achtung! Kupferschmiede.
Sonnabend, den 10. September, abends 8½ Uhr:
Große öffentliche Versammlung der Kupferschmiede Berlins.
Tagesordnung: 1. Unsere diesjährige Lohnbewegung und die jetzigen Lohnverhältnisse. 2. Die Lohnstatistik für die Provinz Brandenburg. 3. Stellungnahme zum Innungsgesetz. 4. Verschiedenes. 99/16
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

3 öffentliche Vorträge
(für Kranke jeder Art sehr wichtig)
über: Die Ernährung, Entstehung und Heilung der Krankheiten ohne Blutkreislauf.
Mittwoch, den 7. Septbr., Brunnenstr. 188.
Donnerstag, 8. September, Brauerei Moabit, Thurmstr. 25/26.
Freitag, 9. Sept., Nieft's Saal, Weberstr. 17.
Die Vorträge beginnen abends 8½ Uhr und werden am lebendgroßen künstl. Menschen vom Naturheilkundigen Grundmann erklärt. Gäste, Frauen und Männer willk. Eintritt 20 Pf. Der Naturheilverein, Alexanderstr. 8. Sprechz. 11–1, 6–7.

Einsegnungs-Anzüge
in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maaß.

Händler! Händlerinnen! Hausirer!
3 öffentliche Versammlungen:
1. Mittwoch, den 7. September, abends 8 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.
2. Freitag, 9. September, abends 8 Uhr, in Krieger's Festsälen, Wasserthorstr. 68.
3. Sonntag, den 11. September, vormittags 11 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstrasse 27c.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Die gänzliche Beseitigung des Straßenhandels und welche Schritte gedenken wir dagegen zu thun? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Kollegen und Kolleginnen! Bei der Wichtigkeit dieser Versammlungen ist es Pflicht eines Jeden, pünktlich zu erscheinen. 88/5
Die Agitationskommission. J. A.: Karl Plewe, Kl. Markusstr. 4a.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 181. Konkurrenzlose Zahl.-Bed. H. & M. Lewent. Beamten ohne Anzahl.

Steppdecken kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik B. Strohmandel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 5901L*

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren reell, zu soliden Preisen, empfiehlt H. Strelow, Tischlermeister, Rixdorf, Richardstr. 116, am Denkmal.

Die Selbsthilfe
einzig in seiner Art existirendes Werk zur Verhütung und Heilung von Erkrankungen des Unterleibs, insbesondere in veralteten Fällen. Mit zahlreichen anatomischen Abbildungen. Nützlich für Jedermann. Preis 2 Mk. (in Briefmarken) Zu beziehen von Herman Schmidt, Buchhdl. Berlin W., Winterfeldstr. 34.

Herren-Anzüge
Reine Wolle: 25, 27, 28, 30 M., nach Maaß: 33, 35, 37, 39 M. Halbwolle: 18, 19, 20, 21 M. Eigenes Fabrikat. Bei theureren Anzügen Theilzahlung, monatl. 10 M., gestattet.
Tomporowski, Schneidermstr., Stralauerstr. 56, Laden.

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. * Olga Jacobson, Invalidenst. 145.

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden. 10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

5¼ Pfund Brot für 50 Pf. Frankfurterstr. 87, zweiter Hof, Straußbergerstr. 5. 7245 P. Neubauer jun.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben Putzger, Stegliterstr. 65.

Arbeitstischplatte kauft Kartonfabrik Kastanien-Allee 79. 8255

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 7. Septbr.:

Opernhaus. Undine. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der Widerspenstigen Zähmung. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anf. 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Der Pfarrer von Kirchfeld. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Tartüffe. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Hamlet. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Ueber Land und Meer. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Schluntz sel. Wwe. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Seine Puppe. Hierauf: Entdeckt. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Leopoldi Fregoli (Verwandlungskünstler). Reisempago. Eldorado. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Demi-Monde. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Mittwoch:
Hamlet.
Donnerstag:
Der Geizige.
Freitag zum 1. Male:
Der politische Kannegießer.

Central-Theater

Direktion: J. Ferenczy.
Mittwoch, den 7. September:
Zum **150.** Male:
Die Grisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Aufzügen v. Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassen-Eröffnung 6½, Anfang 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.

Victoria-Brauerei.

Lützow-Strasse 111/112
Letzte Woche!!
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 11. September:
Abschieds-Soirée.
Sonnabend, 17. Sept.:
Erste Soiree
in den Reichshallen.
(Im großen Theatersaal.)
Humoristisch-orchestraler Eröffnungs-Festprolog u. Meysel.
Vor der Soiree: **Gr. Konzert.**
Anfang der Soiree präzise 8 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr. Entree (Saal durchweg) **50 Pf.**, Vorverk. 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkon-Logen 1 M., Orchester-Logen 1 M. 50 Pf., Fremden-Logen 2 M. Die Kasse ist vom Sonntag, 11. September an in den Reichshallen täglich von 11–1 Uhr geöffnet.

Reichshallen-Restaurant

(vom 17. Septbr. an):
Jeden Abend: **Großes Konzert** des 24 Mann starken Reichshallen-Orchesters mit seinem populär-amüsanten Repertoire. (Kapellmeister Max Schmidt).
Jeden Mittag: **Grossartiger Mittagstisch.** Während des Diners: **Tafel-Musik des gesammten Reichshallen-Orchesters.**
Restaurations-Chef: **Felix Müller.**
Küchen-Chef: **Fritz Schallié.**

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Eine Stunde Kaiser von Oesterreich.
Historisches Lustspiel in 1 Akt von Oppenheim.
Liesecke in Italien.
Komisches Singspiel in 2 Bildern von Fritz Waldau.
Musik von R. Thiele.
Im Saal: **Bali.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Seine Puppe.
Volksstück in 3 Akten nach dem Französischen v. **Max Schönau.** Musik von **Fritz Krause.**
Hierauf: Auftreten des ersten, deutschen Verwandlungsschauspielers
A. Angeloti in seiner Tragikomödie:
Entdeckt!
(4 Personen, dargestellt v. **A. Angeloti.**)
Zum Schlusse: **Sinfonia Cosmopolita,** musikalischer Scherz von **A. Angeloti.**
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55–57.
Direktor: **Rich. Schultz.**
Theater-Telephon Amt I. Nr. 378.
Kasse-Telephon Amt I. 2126.
Novität. Zum 5. Male: Novität.
Das Paradies der Frauen.
Gr. Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 6 Bildern nach Blum u. Tochè's „Madame Satan" von Jul. Freund, Musik von Jul. Einödshofer u. Bertr. Sänger. In Szene gesetzt vom Dir. Richard Schultz. Der choreographische Theil v. Balletmeister Louis Gundlach. Im 2. Bilde: **Ballet u. Die Moden des Jahrhunderts.** (60 Damen.) Im 6. Bilde: **Eva's Vermächtniß,** großes Balletbild mit Apotheose (80 Damen).
Preise der Plätze: Orchestersauteuil 4,50 M., Parkettauteuil 3 M., Parket 2 M., Promenoire 1,50 M. **Von 9 Uhr ab 1 M.**
Anfang der Vorstellung ½8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Das Paradies der Frauen.** Restaurants unter Leitung des Hoflieferanten L. Schaurté. Konzert der **Tscherkessen-Kapelle Petrow.**

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 1. Male:
Schluntz sel. Wwe.
Gesangsburleske in 3 Akten v. O. Hanold. Bearbeitet von J. Dill. Musik von G. Steffens.
Anfang 7½ Uhr.
Bei günstiger Witterung im Garten **Frei-Konzert.** Anfang 6½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: **Winkler und Fröbel.**
Wiederholung der
Gr. Fest-Vorstellung
im neu renovirten
Riesen-Theater.
Auftreten des neu engagirten **Spezialitäten- und Schauspiel-Personals.**
Gr. erfolgreiches Programm.
Neu! Neu!
Stürmischer Beifall.
's ist unheimlich!
Original-Burleske mit Gesang.
Hauptrollen: **R. Winkler u. Wilh. Fröbel.**
Anf. 7½ Uhr, Sonnt. 6 Uhr.
Entree 50 Pfg.
Billet-Vorverkauf vormittags von 11–1 Uhr.

Volks-Theater im Welt-Restaurant

Dresdener-Straße 97.
Täglich: **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung**
Neu! **Novität!** Neu!
Unser Junge.
Posse mit Gesang v. E. Braune.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 20 Pfennig. Sonntags 40 Pfennig.
Die Direktion: Aug. Kolig.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Anfang 8 Uhr, Sonnt. 7 Uhr.
Entree 30 Pf., 50 Pf., 1 M.
Reservisten im Biwak.
Aus Frankreich zurück.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: **Richard Winkler.**
Novität! **Täglich:** Novität!
Die Kiebitze.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Meta's Verlobung.
Schwank in 1 Akt.
Gesammtauftreten des durchweg neuengagirten **Künstler- und Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.

Betten, Steppdecken, Gardinen, Portièren, Anzüge, Sommerpaletots, Hosen, Regulatoren, Remontoir-Uhren, Bettdecken spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6.

Milchwirthschaft preiswerth verkäuflich wegen Uebernahme elterl. Grundstücks. Näheres O. Köppe, Milchwirthsch., Dunckerstr. 2a.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matterhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5–10 Uhr.

Passage-Panoptikum.

Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Fahrt auf dem Golf von Neapel.
Fahrt durch Konstantinopel.
Neu!
Alpenglühen.
Heute 25 Pf. Entree.
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Castan's Panopticum.

Major Grai Walsin-Esterhazy.
Neu!!
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Mähr's Theater

Oranienstr. 24.
Neu! Neu!
Kulike als Kuli
oder:
Die Entführung nach Kiautschou.
Große Ausstattungsposse.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Preise wie bekannt. Bons haben Giltigkeit.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 118.
Otto Reutter
Consuelo Tortajada
Les Minstrels Parisiens
und 15 hervorragende Debuts.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Prater-Theater,

Kastanien-Allee 7/9.
Schloss Trauenstein.
Melodramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Abtheil. von Hugo Schulz. Musik von A. Kersten.
Klown **Tanti** mit seinen dressirten Hunden. **The 3 Forleys,** chinesische Excentrics. **Gebr. Millardo,** Grotesque-Duettisten. **Elly Viola,** Kostümsoubr. **Jan and Jim,** Knockeboutis. **Morleys,** Fata Morgana.
Ballet, Konzert und **Ball.**
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 50 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Flora-Säle

1000 Pers. fass. Elektr. Beleuchtung.
Besitzer: **Bernh. Nickt,** Weberstr. 17.
Sonnabende Septemb. bis Dezember gratis zu vergeben. [*
Achtung! Achtung!
Feldschlößchen.
Die Sonntage der Wintersaison sind an Theatervereine zu vergeben.
5709L* **Fritz Nagel.**

Vereinszimmer frei, geräumig, mit Piano. Simeonstr. 23, Flick.

Achtung, Vereine.
Oktober und November noch Sonnabends frei im Saal zu 300 Personen.
Engl. Garten, Alexanderstrasse 27c.

„Zur Klosterglocke"
Kommandantenstr. 65,
an der Alten Jakobstraße.
Weiss- u. Bairischbier-Lokal.
Destillation und Frühstücksstube. 5819L*
J. V.: Gustav Ladewig.

Album- u. Lederwaarenfabrik
Oskar Gundau,
Oranienstrasse No. 30,
5895L* Ecke Adalbertstraße.

Gesangbücher von Mk. 1,25 an.

Restauration, für Parteigenossen geeignet, ist anderer Unternehmung halber preiswerth zu verkaufen. Näheres Wrangelstr. 11, im Zigarrengeschäft. 828b

Möbel, Spiegel, Polsterwaaren empfiehlt 781b
A. Römer, Ritterstraße 2.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

Nur noch kurze Zeit!
CARL HAGENBECK's INDIEN.
Donnerstag, den 8. September:
Arena-Schaustellungen fortan täglich um 5 u. 7 Uhr.
— Als Schluss der 7 Uhr-Schaustellung: —
Gross. Ringkampf
zwischen dem Indier **Mhabool Khan** vom Hofe des Fürsten von Beludschistan
und dem Berliner Ringer Herrn **Kanitzki.**
Dauer des Ringkampfes 15 Minuten.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

24 Stunden-Rennen.
Rennbahn Halensee.

Preise 20000 Mark.
Beginnt am **Mittwoch,** den 7. Septbr., **abends 8 Uhr.**
Schluss am **Donnerstag,** 8. September, **abends 8 Uhr.**
Billets vorher: bei Herrn **O. Wendt,** Leipzigerstr. 112 und im Depeschensaal des Berl. Lokal-Anz., Unter den Linden 3.

Max Kliem's Sommer-Theater,

Hasenhaide 14/15. — Artistischer Leiter: **Paul Milbitz.**
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Neues Programm:
Wienecke's Zwerg-Theater. Mackwell, Froschmensch. **Benedetti,** Imitator. **Edler von Metz,** Transformationskünstler. **Bertoletti,** Jongleuse. **Max Grabow,** Komiker. **Elsa Rotti,** Chansonnette. **„Das Täubchen von Quedlinburg",** Volksstück mit Gesang.
In den Festsälen:
Grosser Ball.
Die Kaffeküche ist geöffnet.
Max Kliem.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gek. schw. perls. und gesn. Fleisches.
Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . . 40 Pf. [4978L*
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Für Fabriken, Werkstätten, Kantinen 2c.
liefere ich: 5921L*
40/2 Fl. Export-Weißbier f. M. 3,—
ohne Wasserzusatz.
50 Fl. Echt Grätzer Exportbier für M. 5,—,
40 Flaschen helles Lagerbier für M. 3,—,
(von welcher Brauerei gewünscht wird).
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.
Eis umsonst.
A. Seidler,
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin W., Sedanstrasse No. 82.

Möbel auf Theilzahlung

und **Wohnungs-Einrichtungen**
bei **bescheidener Anzahlung**
und auf **Jahre** hinaus vertheilten Ratenzahlungen.
Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht.
Stets enormes Lager v. einfachst. b. feinst. Genre.
Central-Möbel-Halle 5293L*
Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstrasse.

Bayer. Hypotheken- und Wechselbank

in München
— gegründet 1835. —
Baar eingezahltes Aktien-Kapital: 44 Millionen Mark.
Gesammtreserven: über 62 Millionen Mark.
Ständige Kontrolle eines königlichen Regierungskommissärs.
Die Versicherungs-Abtheilung
hat die

„Markversicherung"

d. s. Versicherungen kleinerer Summen gegen **monatliche** Prämienzahlungen von **einer Mark** an eingeführt; daher auch dem Minderbemittelten Gelegenheit geboten, sich die Wohlthaten einer Lebens-Versicherung zu verschaffen; mit denkbar günstigsten Versicherungs-Bedingungen und Tarifen; **ohne jede Karenzzeit.**
Die Bank gewährt zu geringen Prämien

Allgemeine Reise-Unfallversicherungen

giltig für **alle Unfälle** bei Benutzung von Eisenbahnzügen, Dampfschiffen, Pferde- und elektrischen Bahnen, Postwagen, Droschken 2c. **einschließlich der Unfälle beim Besteigen und Verlassen des Eisenbahnzuges,**
und betreibt die

Eisenbahn-Unfallversicherung.

Versicherungspolicen zum Preise von **10 Pf.** giltig für **5000 Mk.** Versicherungssumme sind an den Fahrkartenschaltern der K. Bayerischen Staatsbahnen, der Bayerischen Lokalbahngesellschaft und der Pfälzischen Eisenbahnen erhältlich.
Ferner übernimmt die Bank:

Alle Arten Lebens-, Leibrenten-, Unfall-, Haftpflicht-, sowie Feuerversicherungen.

Nähere Auskünfte werden von unserer **Subdirektion Berlin SW., Kochstraße 53,** oder von deren Agenten kostenlos ertheilt. Ebenso werden die Tarife, Grundbestimmungen und Prospekte gratis abgegeben.
Tüchtige Vertreter finden lohnendes Engagement.
Die Direktion.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen.
Allein-Verkauf für Berlin. Dieselbe ist in schönen praktischen dunkelgrauen und braunen Streifen echtfarbig gedruckt. Eine außerordentlich starke Ware, sehr feste Kappnähte, haltbare Nähmaterialien, breite, tiefe Leder-Pilot-Taschen, ein hohes bequemes Gesäß, richtig weit gearbeitete Schenkeltheile verleihen der Hose die größten Vorzüge. Der Hosenbund ist hinten und vorn aus einem Stück gefertigt, ein Reihen der angenähten Bundtheile ist daher ausgeschlossen. Die Knöpfe sind fest angenietet, nicht angenäht, so daß dieselben nicht so leicht abfallen können. Trotz all' dieser ganz erheblichen Vortheile kostet die Hose nur den billigen Preis von
Bei Entnahme von 6 Stück **26 Mk.** **4 Mk. 50**
Versandt nach auswärts von 20 Mk. an franko. — Bei Bestellungen genügt die Angabe der Bundweite und der inneren Schrittlänge.

Baer Sohn

Chausseestr. 24a. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 16.

Steppdecken Reine Wolle

am billigsten 5899L*
M. 3,75, 4,50, 5,50, 6,75
bis zu den elegantesten
R. & S. Moses,
4. Reinickendorferstr. 4,
an der Markthalle.

Wer-Stoff-hat

fertige Anzug 20 M. feinste Zuthaten engl. Serge, Garantie guter Sitz, sauberste Näharbeit engl. Zuschnitt; **fertige Anzug 18 M.,** haltbaren Cloth, fest genäht, chik verarbeitet, zwei Anproben. 500 Hosenreste Stück 5 M.; **fertige Anzug 15 M.,** gute Futtersachen Hose 3,50 M., 500 Anzugreste spottbillig, Gelegenheitskauf 10 M.; **fertige Paletot 18 M.,** echtfarbiger Sammetkragen, wollenes Futter, warme Taschen, 2 rbg. engl. Façon Schneiderei **Engel,** Münzstraße 26, parterre.

Zur Aussteuer!

Grosse Betten 11,50 M.
Kompleter Stand, enthaltend:
Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen
für **11.50, 13.50, 16.50, 19.50.**
Doppeltgereinigte
Bettfedern und Daunen
von **50 Pf.** pro Pfund an
bis zu den feinsten Qualitäten.
Bettstellen zu allen Preisen!
R. & S. Moses
4. Reinickendorferstr. 4,
an der Markthalle. 5900L*

Fahrrad fast neu, sehr stabil, für 95 M. zu verkaufen, Schultze, Annenstr. 26, II.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
In der Möbelfabrik von **Zelder & Plathen,**
Königsbergerstr. 26–27 u. 28–29, haben **91 Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.**
Zuzug ist bis zur Regelung der Angelegenheit fernzuhalten.
107/1 **Die Ortsverwaltung.**

Geübte Einleiser u. Ausputzer sucht Filzschuhfabrik Markusstr. 50. 780b

Schneider-Lehrling verl. Genosse **Sikorski,** Berlin, Neue Roßstr. 9.

Stuckateur.
Ein tüchtiger **Werkstattarbeiter** (Former u. Gießer) sowie ein tüchtiger **Ansetzer** können Arbeit in Kopenhagen finden. Tagelohn für Werkstatt 4,50–5,50 M., auf Bau 6–7 M., hier indeß meistens Akkord. Arbeitszeit zehn Stunden. Schriftliche Hinwendungen an Dekorationsbildhauer **Hans Chr. Berg, Gothersgade 91, Kopenhagen.** 5918L*

Jugendliche u. ältere Arbeiterinnen verlangen **Gebr. Siemens & Co., Charlottenburg,** Salz-Ufer 2. 775b

Tüchtige **Farbigmacherin** w. verl. Kottbuser Damm 100. [816b

Kunstschlosser, nur tüchtige, verlangt Thurmstr. 68. 827b

Arbeiter zu Schachteln verlangt Andreasstr. 10, Hof 2 Tr. 823b

Kistenmacher verlangt Schulz, Alte Leipzigerstr. 2. 825b

Verantwortlicher Redakteur: **Hugo Poetzsch** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.